



Beilage zur Wochenzeitung

Das Parlament

20. September 2004

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 Konrad H. Jarausch

Zeitgeschichte zwischen Nation und Europa

Eine transnationale Herausforderung

11 Ute Planert

**Nation und Nationalismus in der deutschen
Geschichte**

19 Antje Helmerich

**Ethnonationalismus und das politische
Potenzial nationalistischer Bewegungen**

25 Ulrich Schlie

**„Behausung des Menschen in einer
unbehausten Welt“**

Nation und Europa in der deutschen Geschichte

32 Thilo Ramm

Die Deutschen – eine Nation?



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.

Redaktion:

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer
Telefon: (0 18 88) 5 15-0

Internet:

www.bpb.de/publikationen/apuz
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck:

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice:

Die Vertriebsabteilung
der Wochenzeitung **Das Parlament**,
Frankenallee 71 – 81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung **Das Parlament**
einschließlich Beilage zum Preis
von Euro 19,15 halbjährlich,
Jahresvorzugspreis Euro 34,90
einschließlich Mehrwertsteuer;
Kündigung drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammel-
mappen für die Beilage
zum Preis von Euro 3,58
zuzüglich Verpackungskosten,
Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in der Beilage

Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.
Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ Als im Mai 1945 das „großdeutsche“ Reich der Nationalsozialisten in Trümmern lag und Europa verwüstet war, schien in Deutschland die Idee des Nationalstaats für lange Zeit diskreditiert. Die staatliche Teilung beförderte im Westen im Laufe der fünfziger und sechziger Jahre die Europabegeisterung. Manche sahen mit dem Niederreißen der Grenzpfähle das Zeitalter eines europäischen Bewusstseins anbrechen. Paris, London und Brüssel schienen näher und vertrauter als Rostock oder Leipzig.

■ Doch der Nationalismus als politische Kraft blieb auch in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts ein geschichtsmächtiger Faktor. Die Befreiungsbewegungen in Afrika und Asien beriefen sich auf ihre nationalen Traditionen, um die von den Kolonialherren willkürlich gezogenen Grenzen in Frage zu stellen und die Unabhängigkeit zu erlangen. Als vor 15 Jahren zuerst der Zwangskordon aus Satellitenstaaten und schließlich die Sowjetunion zusammenbrachen, waren nationale Symbole allgegenwärtig: im Baltikum, in den Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei, in Polen und auch in Ostdeutschland. Der demokratisch-emanzipatorische Ruf „Wir sind das Volk!“, der zum Sturz der SED-Herrschaft führte, wurde bald vom nationalen, die Vereinigung mit der Bundesrepublik vorwegnehmenden „Wir sind ein Volk!“ abgelöst. Die Idee der freien Nation wurde zum Motor der Neugestaltung Mittel- und Osteuropas.

■ Der Nationalismus hat in den vergangenen 250 Jahren unter völlig unterschiedlichen historischen Bedingungen seine Kraft bewiesen. Der Begriff „Nation“ hat dabei einen erheblichen Bedeutungswandel durchlaufen. Abgeleitet vom lateinischen *nasci* (geboren werden), wurden im Späten Mittelalter und in der Frühen Neuzeit ständische Vertretungen als *nationes* bezeichnet. Als *nation* bezeichneten sich auch die Generalstände in Frankreich. Das Selbstbewusstsein des „Dritten Standes“, die Nation

zu repräsentieren, führte zur Französischen Revolution. In der Folge breitete sich der moderne Nationsbegriff aus – in den Worten des französischen Religionswissenschaftlers Ernest Renan: die Nation als tägliches Plebiszit.

■ Wann schlägt Patriotismus in antidemokratischen Nationalismus um? Am Ende des 19. Jahrhunderts dienten nationalistische Vorstellungen zur Legitimierung des Imperialismus nach außen und zur Ausgrenzung demokratischer Strömungen nach innen. Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus griffen stark auf nationalistische Symbolik und Propaganda zurück, um ihre Herrschaft zu legitimieren. Die Balkankriege der neunziger Jahre waren grausame Belege dafür, wie rasch der Firnis der demokratischen Zivilisation durch nationalistische Strömungen hinweggefegt werden kann, die sich auf eine herausgehobene Ethnie berufen und die Minderwertigkeit anderer behaupten.

■ Bringt der Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung und massenhafter Migration ausreichend Integrationskraft auf, um die Stabilität von Gesellschaften zu gewährleisten? Der Historiker Eric J. Hobsbawm hat mit Recht darauf hingewiesen, dass die Legitimität der Nationalstaaten eine entscheidende Voraussetzung für Volksherrschaft ist. Das gilt auch im Europa der 25. In Deutschland, so jüngst Egon Bahr, hat die 1990 wiederhergestellte Einheit „den Urlaub von der Nation beendet. Nach 45 Jahren Pause gibt es den Sonderweg zur Übernationalität nicht mehr.“

■ Ob im 21. Jahrhundert an die Stelle national organisierter Staaten überstaatliche Gebilde oder eine Vielzahl von regionalen Einheiten treten werden, ist offen. Die im weltweiten „Kampf gegen den Terror“ offen zu Tage getretene Handlungsfähigkeit internationaler Organisationen scheint eher für eine Renaissance des Nationalstaates zu sprechen.

Hans-Georg Golz



Zeitgeschichte zwischen Nation und Europa

Eine transnationale Herausforderung

Das Thema Europa geistert durch die Medien meist in Form von moralischen Appellen zur überfälligen Überwindung des Nationalstaats.¹ In Sonntagsreden entwerfen Politiker wie Joschka Fischer grandiose Visionen eines vereinigten Europas, das stark genug für eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik und vielfältig genug für die Bewahrung kultureller Unterschiede sein soll. Dagegen zeigt sich die Öffentlichkeit eher desinteressiert, während Intellektuelle über die Probleme des Integrationsprozesses wie das Demokratiedefizit der „Brüsseler Bürokratie“ diskutieren.² Deswegen fordert der Regensburger Politologe Jerzy Mackow analog zur Entwicklung des Nationalismus im 19. Jahrhundert den Entwurf einer „europäischen Idee“, die er „Europäismus“ nennt: Um durch Rückgriff auf die Geschichte eine gemeinsame Identität jenseits von „einem Haufen von nationalen Erzählungen und Legenden“ zu schaffen, „müssen die Europäer europäische Geschichte lernen und verstehen“.³

Die Europäische Union (EU) hat die Strategie einer Legitimation von Integration durch Stiftung eines gemeinsamen Geschichtsbildes bisher kaum berücksichtigt. Zwar handelten die Gründungsväter aus dem expliziten Wunsch, die Wiederholung der historischen Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch Schaffung von Gemeinsamkeiten jenseits des Nationalstaats zu verhindern.⁴ Aber der Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents vom Sommer 2003 enthält nur vage Anspielungen auf die „kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen“, die eine Wertegemeinschaft begründen, sowie auf die

Notwendigkeit, trotz des Stolzes auf die „nationale Identität und Geschichte (...) die alten Trennungen zu überwinden“. Es fehlt jede Erwähnung der Nationalitätenkonflikte, ethnischen Säuberungen, Weltkriege sowie Genozide. Der Abschnitt über Kultur enthält nur eine Absichtserklärung, zur „Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker“ einen Beitrag leisten zu wollen.⁵

Auch die Subdisziplin der Zeitgeschichte ist denkbar schlecht dafür gerüstet, die Erarbeitung eines europäischen Geschichtsbildes in Angriff zu nehmen, da sie noch immer primär nationalhistorisch ausgerichtet ist. Grundsätzliche Überlegungen zu ihrer Entwicklung und Periodisierung von Hans-Günter Hockerts und anderen sind hauptsächlich auf die Aufarbeitung der NS-Diktatur sowie das langsame Entstehen einer eigenständigen Nachkriegsgeschichte fokussiert.⁶ Durch den Zusammenbruch des Kommunismus kam das Thema der zweiten deutschen Diktatur hinzu, so dass die Zeitgeschichte sich mit einer „doppelten Vergangenheitsbewältigung“ herumschlagen muss.⁷ Erst in letzter Zeit haben einige Autoren wie Christoph Kleßmann „Europäische Zeitgeschichte als Problem“ erkannt und auf die Notwendigkeit einer systematischeren Auseinandersetzung mit dem westlichen und östlichen Kontext sowie dem euro-

1 Dieser Beitrag ist die überarbeitete Einführung zur Konferenz „Thinking Europe. Towards a Europeanization of Contemporary Histories“ in Berlin/Potsdam, 6.–8. Mai 2004. Vgl. auch Europäer, du mußt wandern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 11. 5. 2004, und Annelie Ramsbrock, Patchwork Europa?, in: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte> (8. 6. 2004).

2 Vgl. Ulrike Ackermann (Hrsg.), *Versuchung Europa. Stimmen aus dem europäischen Raum*, Frankfurt/M. 2003.

3 Jerzy Mackow, *Europäismus*, in: FAZ vom 17. 12. 2003.

4 Vgl. Helmut Kohl, *Erinnerungen 1930–1982*, München 2004, S. 84ff, 208ff. Vgl. auch Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957*, Göttingen 1996³.

5 Entwurf. Vertrag über eine Verfassung für Europa vom 18. 7. 2003, S. 3–4, 146, zit. nach: <http://european-convention.eu.int>. Vgl. Entwurf einer Verfassung für Europa, EU-Nachrichten, Themenheft Nr. 6, 2003.

6 Hans-Günter Hockerts, *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, B 29–30/1993, S. 3–19; Anselm Döring-Manteuffel, *Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ)*, 41 (1993), S. 1–29; Axel Schildt, *Nachkriegszeit. Möglichkeiten und Probleme einer Periodisierung der westdeutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg und ihrer Einordnung in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 44 (1993), S. 567–584.

7 Konrad H. Jarausch, *A Double Burden: The Politics of the Past and German Identity*, in: Jörn Leonhard/Lothar Funk (Hrsg.), *Ten Years of German Unification: Transfer, Transformation, Incorporation?*, Birmingham 2002, S. 98–114.

päischen Integrationsprozess hingewiesen.⁸ Inhaltliche Konsequenzen haben diese Aufrufe jedoch kaum gehabt.

Wie sollen Zeithistoriker mit der Treitschke-Versuchung umgehen, den Integrationsprozess durch die Konstruktion einer europäischen Meistererzählung zu rechtfertigen? Der Kölner Historiker Jürgen Elwert beantwortet diese Frage eindeutig positiv: „So wie die Nationalhistorie des 19. Jahrhunderts wesentliche Teile des Stoffes geliefert hatte, aus der die nationalen Identitäten gemacht wurden, muss eine moderne europäische Geschichtsforschung dazu beitragen, den europäischen Integrationsprozess flankierend-argumentativ zu unterstützen.“⁹ Jedoch warnen Euroskeptiker vor einer vorzeitigen Verabschiedung vom Nationalstaat und einer weiteren politischen Selbstinstrumentalisierung der Geschichtswissenschaft.¹⁰ Um Distanz für eine selbstreflexive Beurteilung zu gewinnen, werden die folgenden Bemerkungen zunächst einige Defizite des Geschichtsbildes andeuten, sodann die fehlende Resonanz der Europaforschung thematisieren, noch zu lösende intellektuelle Probleme ansprechen und schließlich inhaltliche wie methodische Alternativen skizzieren.

Defizite eines europäischen Geschichtsbewusstseins

Auch wenn europäische Schulbücher ein halbes Dutzend gleicher Bilder zur Illustration von dramatischen Momenten der Geschichte verwenden – ein gemeinsames „europäisches Geschichtsbild“ belegen solche Überlappungen nicht. Susanne Popp hat in einer verdienstvollen Untersuchung festgestellt, dass etwa Davids Tuschezeichnung des Ballhauschwurs oder Goyas Ölbild der Erschießung der rebellierenden Madrilenen in vielen Lehrbüchern auftauchen, aber die 15 häufigsten Repräsentationen zu einem „Kanon“ zu erklären, ist, gelinde gesagt, eine Überinterpretation.¹¹ Schon der Fehlschlag der EU bei der Bebilderung

8 Vgl. Christoph Kleßmann, *Zeitgeschichte als wissenschaftliche Aufklärung*, in: APuZ, B 51–52/2002, S. 3–12, sowie Michael Gehler, *Zeitgeschichte zwischen Europäisierung und Globalisierung*, ebd., S. 23–35.

9 Jürgen Elwert, *Vom Nutzen und Nachteil der Nationalhistorie für Europa*, Ms., Köln 2002.

10 Vgl. Tony Judt, *A Grand Illusion? An Essay on Europe*, New York 1996, und Harold James, *Vom Historikerstreit zum Historikerschweigen. Die Wiedergeburt des Nationalstaates*, Berlin 1993.

11 Vgl. Susanne Popp, *Auf dem Weg zu einem europäischen „Geschichtsbild“*, in: APuZ, B 7–8/2004, S. 23–31.

der gemeinsamen Währung sollte eine Warnung sein. Wenn ein entstehendes Gemeinwesen sich weder auf führende kulturelle Gestalten Europas wie Michelangelo, Shakespeare, Molière und Goethe oder wenigstens auf hervorragende Bauwerke einigen kann und letztere nur in abstrahierenden Architektenzeichnungen wiedergibt, kann man nicht von einer transnationalen, verbindlichen Erinnerungskultur sprechen.¹²

Die Millionen von Touristen, die in den europäischen Hauptstädten in Kirchen, Schlösser und Museen pilgern, begegnen meist einer nationalen Verherrlichung der Vergangenheit, obwohl die bestaunten Artefakte oft das Produkt prä- oder transnationaler Beziehungen sind. So sind viele der herrlichen Kunstwerke in Prag während des Vielvölkerstaats der Habsburger entstanden, der Künstler aus Italien, Frankreich und Deutschland anzog, um repräsentative Gebäude auszuschnitzen. Auch wenn die Herkunft der Schöpfer erwähnt wird, werden ihre Werke doch in ein Narrativ tschechischer Nationswerdung eingebettet, das europäische Bezüge zugunsten der Betonung des Nationalstaats weitgehend unterschlägt. Statt als europäische Stadt stellt sich Prag in populären Broschüren als Hauptstadt Tschechiens dar – zutreffend für die Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert, aber irreführend für die Epochen davor, die von anderen dynastischen, kirchlichen und ständischen Traditionen geprägt sind.¹³

Der Eklat auf der jüngsten Leipziger Buchmesse über die Gleichsetzung von Hitlers und Stalins Verbrechen zeigte, wie weit Ost- und Westeuropäer von einer „gemeinsamen Erinnerungskultur“ entfernt sind. Als die lettische EU-Kommissarin Sandra Kalniete behauptete, „die beiden Totalitarismen – Nazismus und Kommunismus – waren gleichermaßen verbrecherisch“, verließ Salomon Korn, Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, demonstrativ den Saal, weil er die Behauptung als Affront empfand.¹⁴ Während Westeuropäer das normative Axiom der Singularität des rassistischen Holocausts betonen und aus dem Leiden der Weltkriege den Versuch politischer Integration ableiten, sind viele Osteuropäer mit der Aufarbeitung des anderen, auf Klassenba-

12 Vgl. Harold James, *Europe Reborn: A History 1914–2000*, Harlow 2003, S. 442 f.

13 Vgl. *Prag – das Herz Europas*, info@prag.cz.

14 Vgl. Christoph von Marschall, *Der nächste Osten. Wird der Völkermord zum Aufrechnungs-Exempel? Zum Streit um Hitlers und Stalins Verbrechen im Baltikum*, in: *Der Tagesspiegel (TSP)* vom 1. 4. 2004, und Salomon Korn, *NS- und Sowjetverbrechen. Sandra Kalnietes falsche Gleichsetzung*, in: *Süddeutsche Zeitung (SZ)* vom 31. 3. 2004.

sis verübten Unrechts der kommunistischen Diktatur beschäftigt und um die Rechtfertigung nationaler Unabhängigkeit bemüht. Einen Ausweg aus diesem Dilemma bietet nur größere Offenheit: „Es muss beides gelernt werden: das eigene Leid zu artikulieren und an das fremde zu erinnern.“¹⁵

Auch die Ausstellung des Deutschen Historischen Museums über „Die Idee Europas“ im vergangenen Jahr zeigte, wie schwierig die musealische Repräsentation eines europäischen Geschichtsbildes ist. Die Plastiken und Malereien mögen den „Europa-Mythos“ anschaulich repräsentieren, jedoch werfen schon die alten Landkarten das Problem der Abgrenzung des Kontinents auf. Zwar lassen sich Gemeinsamkeiten wie die Glaubenseinheit im römischen Christentum oder die politischen Einigungsversuche im Kaisertum graphisch illustrieren, aber die Entwicklung von Souveränität belegt eher das Ausmaß territorialer Zersplitterung. Die Geschichte des Aufstiegs der Nationalstaaten weist auf die Desintegration des Kontinents, während gegenläufige Entwürfe von Ordnungen eines „ewigen Friedens“ eher Hoffnungen auf Pazifizierung der ganzen damaligen Welt belegen. Die im letzten Ausstellungsraum vorgestellten Artefakte des Einigungswillens sind Zeugnisse einer allzu knappen Gegenreaktion auf Jahrhunderte der Zwietracht und des Krieges.¹⁶

Erste These: Ein gemeinsames europäisches Geschichtsbewusstsein ist bestenfalls in ersten Ansätzen vorhanden.

Paradoxe von Forschung ohne Resonanz

Ein kurzer Überblick der wissenschaftlichen Bemühungen um das Eurothema ergibt ein widersprüchliches Bild intensiver Bemühungen und fehlender Resonanz. Leitdisziplin ist die Politikwissenschaft, die schon Ende der fünfziger Jahre mit Forschern wie Ernst B. Haas eine europäische Integrationsforschung entwickelt hat.¹⁷ Als

15 Stéphane Courtois u. a. (Hrsg.), *Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München 1997; vgl. auch Sibylle Quack, *Fremdes und eigenes Leid. Europa braucht eine gemeinsame Erinnerungskultur*, in: SZ vom 14. 4. 2004.

16 Vgl. Marie Louise von Plessen, *Idee Europa. Entwürfe zum „Ewigen Frieden“*. Ordnungen und Utopien für die Gestaltung Europas von der pax romana zur Europäischen Union, Berlin 2003, S. 33–41.

17 Vgl. Ernst B. Haas, *The Uniting of Europe: Political, Social and Economic Forces, 1950–1957*, Stanford 1958; und

Teil der Vergleichenden Regierungslehre hat diese Richtung durch die Gründung von European-Studies-Zentren an führenden amerikanischen Universitäten einen rapiden Aufschwung genommen und sogar eine European Community Studies Association hervor gebracht. In den vergangenen Jahren sind politologische Beschreibungen der *emerging European polity* immer komplexer geworden und haben sich durch Umfrageforschung (Eurobarometer) auch qualitativen Fragen kultureller Identität zugewandt. Allerdings besteht ein Grundproblem darin, dass sich viele Wissenschaftler als teilnehmende Beobachter verstehen, die den Integrationsprozess vorantreiben wollen, also Analyse und Politikberatung vermischen.¹⁸

Im Bereich der Geschichte bemühen sich vor allem Schulbuchautoren, durch den Abbau von nationalen Stereotypen zu einem europaverträglicheren Geschichtsbild zu gelangen. Schon in den fünfziger Jahren rang eine deutsch-französische Schulbuchkommission um die Formulierung einer gemeinsamen Erklärung zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, die vom Verdikt des Versailler Vertrages abrückte.¹⁹ Unterstützt vom Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig haben in den letzten Jahrzehnten ähnliche Verhandlungen mit den ostmitteleuropäischen Staaten stattgefunden, um gegenseitige Feindbilder abzubauen. Anfang der neunziger Jahre versuchte ein Projekt sogar, ein „europäisches Schulbuch“ zu entwerfen, während einzelne Autoren Direktiven für eine nationenübergreifende Darstellung ausgearbeitet haben.²⁰ Initiativen wie der Schülerwettbewerb der Körber-Stiftung haben dazu beigetragen, die Darstellung vieler Konflikte zu entschärfen, aber trotzdem perpetuieren die meisten Curricula weiterhin nationale Bilder der Vergangenheit.

Auch Fachhistoriker haben dem Eurothema Aufmerksamkeit gewidmet, ohne aber die Mehrheit ihrer Kollegen dafür begeistern zu können. Einige Verlage haben Buchreihen wie „Europa

Leon Lindberg, *The Political Dynamics of European Economic Integration*, Stanford 1963.

18 Vgl. Gary Marks/Liesbeth Hooge, *Multilevel Governance and European Integration*, Lanham MD 2000; eigene Erfahrungen am Center for European Studies an der University of North Carolina in Chapel Hill.

19 In: Dwight E. Lee (Hrsg.), *The Outbreak of the First World War: Who Was Responsible?*, Lexington, Mass. 1963.

20 Frederic Delouche u. a., *Europäisches Geschichtsbuch. Geschichtliches Unterrichtswerk für Sekundarstufe I und II*. Erarbeitet von 12 europäischen Historikern, Stuttgart 1992; Falk Pingel, *Macht Europa Schule? Die Darstellung Europas in Schulbüchern der Europäischen Gemeinschaft*, Frankfurt/M. 1995; Horst Gies, *Nation und Europa in der historisch-politischen Bildung*, Schwalbach 1998. Vgl. auch Eustory unter www.stiftung.koerber.de.

bauen“ aufgelegt, und der Beck-Verlag hat eine polyglotte Zeitschrift mit dem nicht ganz originellen Titel „Journal of Modern European History“ gegründet.²¹ Die ersten empirischen Forschungen und Quelleneditionen der Integrationsgeschichte gehen bis in die fünfziger Jahre zurück, und mittlerweile hat das Europäische Hochschulinstitut in Florenz diesen Sektor erheblich belebt.²² Allerdings gibt es kaum kritische Untersuchungen wie die Studie von John Gillingham, die nicht nur Erfolge, sondern auch Fehlschläge des Einigungsprozesses analysieren. Ebenso haben über die Geschichte der internationalen Beziehungen und Kriege hinausgehende, transnationale Untersuchungen zur europäischen Sozial- oder Wirtschaftsgeschichte bisher Seltenheitswert.²³

In der Teildisziplin Zeitgeschichte ist die Lage noch problematischer, da ihre Entstehung eng mit der Verarbeitung der ideologischen Diktaturen im 20. Jahrhundert zusammenhängt, die erhebliche Disparitäten in Entwicklung und Thematik hervorgebracht hat. Während in den postfaschistischen Demokratien Zeitgeschichte als Reaktion auf die eigene Vergangenheit entstand, ging es bei den westeuropäischen Ländern eher um den Zweiten Weltkrieg und die NS-Repression; in Ostmitteleuropa hingegen steckt die Aufarbeitung des Kommunismus noch in den Anfängen. Daher sind die Periodisierungen disparat, die in Mitteleuropa meist mit dem Ersten Weltkrieg beginnen, in Frankreich aber schon mit der Revolution von 1789 einsetzen, während sie sich in Osteuropa eher auf die Zeit nach 1945 beziehen.²⁴ Statt die Großkatastrophen der ersten Jahrhunderthälfte transnational zu erforschen und auch den Kalten Krieg als Teilung Europas zu begreifen, bewegen sich die meisten Zeithistoriker noch immer in einem nationalen Referenzrahmen, um ihrer eigenen Leidens-, Kollaborations- oder Tätergeschichte gerecht zu werden.

Zweite These: Die wissenschaftliche Forschung zeigt eine paradoxe Diskrepanz zwischen intensiver Arbeit in einigen Bereichen und Defiziten in anderen wie der Zeitgeschichte sowie zwischen

hoher politischer Aufmerksamkeit und enttäuschender öffentlicher Resonanz.

Ungelöste inhaltliche Probleme

Eine der Hauptursachen für das verbreitete Desinteresse sind ungelöste inhaltliche Fragen, mit denen sich jede Konzipierung einer europäischen Geschichte im 20. Jahrhundert auseinandersetzen muss. Ein Blick in ein halbes Dutzend neuer amerikanischer Lehrbücher deckt die neuralgischen Punkte auf. Die erste Schwierigkeit ist die Unbestimmtheit der Grenzen Europas, von denen eine positive Beurteilung seiner „Wiedergeburt“ oder eine negative Einschätzung des „dunklen Kontinents“ abhängt.²⁵ Aufgrund eines Selbstverständnisses, das Europa mit Zivilisation und Fortschritt gleichsetzt, gehen die Darstellungen meist von den Weltkriegsallianzen mit Großbritannien und Frankreich aus, die auch die kleineren westeuropäischen Staaten einschließen. Der zweimalige Kriegsgegner Deutschland und die mitteleuropäischen Staaten passen nur als das „nahe Andere“ in dieses Schema, denn ihr Rückfall in die NS-Barbarei ist eigentlich unverständlich. Fast ganz übersehen wird Ostmitteleuropa, da es hinter dem Eisernen Vorhang lag, und auch die Rolle Russlands innerhalb oder außerhalb Europas bleibt unbestimmt.²⁶

Ein zweiter Problemkomplex betrifft den von unterschiedlichen methodischen Perspektiven gesponnenen thematischen Faden und in postmoderner Terminologie die Metanarrative, die eine Darstellung interpretatorisch zusammenhält. Reicht es, wie in Handbüchern eine Geschichte der internationalen Beziehungen, der Kriege und Friedensschlüsse vorzulegen, die durch länderspezifische Kapitel zur Innenpolitik komplettiert wird?²⁷ Soll sich die Präsentation auf den sozialen Prozess der Modernisierung konzentrieren und die Entwicklung Europas als zivilisatorischen Fortschritt feiern, der nur von schwer zu erklärenden

21 Hagen Schulze, *Staat und Nation in der europäischen Geschichte*, München 1994, S. 4. Vgl. die Verlagsankündigung des *Journal of Modern European History*, 2003.

22 Vgl. W. Loth (Anm. 4), S. 141 ff.

23 Vgl. John Gillingham, *European Integration: Superstate or New Market Economy, 1950–2003*, Cambridge 2003. Vgl. Hartmut Kaelble, *Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880–1980*, München 1987; und Gerold Ambrosius, *Wirtschaftsraum Europa. Vom Ende der Nationalökonomien*, Frankfurt/M. 1996.

24 Vgl. Alexander Nützenadel/Wolfgang Schieder (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa*, Göttingen 2004, S. 7–24.

25 Vgl. die Titel von H. James (Anm. 12) versus Mark Mazower, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Berlin 2000.

26 Stuart Wolf, *Europa und seine Historiker*, in: *Comparativ* 14 (2004) 3. Vgl. Karl Schlögel, *Die Mitte liegt ostwärts. Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa*, Berlin 1986; Gesine Schwan, *Die Tücken der Ortsbestimmung – wo liegt Osteuropa?*, in: *Osteuropa*, 52 (2002) 4, S. 389–394.

27 Vgl. Theodor Schieder (Hrsg.), *Handbuch der europäischen Geschichte*. 7 Bde., Stuttgart 1967–1986; Herrmann Kellenbenz (Hrsg.), *Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*. 6 Bde., Stuttgart 1980 ff.

Krisen unterbrochen wird?²⁸ Oder müsste es eher um die Konkurrenz ideologischer Großordnungen von Kommunismus, Faschismus und Demokratie gehen, welche die äußere wie die innere Politik der europäischen Staaten zwischen 1917 und 1992 bestimmt hat?²⁹ Ist schließlich trotz aller Hinweise auf Repression die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zu Konsum und Populärkultur das blockübergreifende Hauptthema?³⁰

Ein dritter umstrittener Bereich ist die reale oder wahrgenommene Beziehung Europas zur Außenwelt, da sich das Klischee der „Einheit in der Vielfalt“ nur durch den Kontrast mit der Alterität des Anderen erschließen lässt. Meist wird die postkoloniale Dekonstruktion des Eurozentrismus, welche die Leiden des von Europa vorangetriebenen Imperialismus betont, in Überblicksdarstellungen ignoriert, da sie das positive Selbstbild der kulturellen Überlegenheit Westeuropas verdunkeln würde. Verschwammen nicht in der Sicht der Kolonialvölker die sonst so stark betonten nationalen Unterschiede, so dass die Weißen nur als „Europäer“ wahrgenommen wurden?³¹ Ein ähnliches, selten angesprochenes Problem betrifft das ambivalente Verhältnis Europas zu den englischsprachigen Ländern in Nordamerika und Übersee. Zwar konnte die Verbreitung europäischer Zivilisation anfangs als Projektion nach außen verstanden werden, aber vor allem in der Neuen Welt wuchs daraus eine dynamischere Alternative heran, die den alten Kontinent in den Weltkriegen retten und danach rehabilitieren musste.³²

Ein letzter, aber wichtiger Streitpunkt ist die Frage der Grundwerte Europas, die den gemeinsamen Kern dieser faustischen Zivilisation ausmachen. Auch wenn die judäo-christliche Herkunft europäischer Moralbegriffe generell unbestritten ist, widerlegt die Reformation Vorstellungen von katholischer Einheit des Abendlandes – von der fatalen Beimischung des in beiden Konfessionen enthaltenen Antisemitismus

ganz zu schweigen.³³ Eine zweite Klammer, die oft erwähnt wird, ist das Erbe der Aufklärung mit seinem Versuch der rationalen Rechtfertigung von politischen Menschenrechten und seinem gleichzeitigen Bemühen um die praktische Verbesserung der Lebensbedingungen. Allerdings hat die postkoloniale wie feministische Kritik auf deren unvollständige Umsetzung hingewiesen und versucht, sie als Rechtfertigung der Dominanz weißer, europäischer Männer zu entlarven.³⁴ Wie passen die Ideologien des Faschismus und des Kommunismus, die Millionen von Opfern gekostet haben, in dieses eher affirmative Selbstbild der Europäer – waren sie nur atavistische Rückfälle oder nicht doch zentrale Ausdrücke moderner Zivilisation?³⁵

Dritte These: Ein wichtiger Grund für die historische Amnesie Europas ist die Ungelöstheit einer Reihe von grundlegenden Interpretationsfragen der europäischen Entwicklung im 20. Jahrhundert.

Ansätze zu einer kritischen Europageschichte

Wie könnte eine kritische Zeitgeschichte Europas jenseits der affirmativen Rhetorik von Sonntagsreden aussehen? Erstens erscheint es notwendig, Europa als Terrain konfligierender Erinnerungen zu verstehen, die sich nicht magisch zu einem einheitlichen Geschichtsbild zusammenfügen lassen. Während sich Pierre Noras Ansatz der französischen *lieux de memoire* mutatis mutandis noch auf Deutschland übertragen ließ, ist der Versuch, ihn auf Europa auszuweiten, kläglich gescheitert, weil die nationalen Erinnerungskulturen zu disparat sind.³⁶ Besonders in den Beitrittsländern der EU, die gerade erst ihre Souveränität wiedergewonnen haben, scheint die Legitimation der Unabhängigkeit durch eine Nationalgeschichte noch ziemlich ungeboren.³⁷ Erst durch systematische Reflexion über die aus gegenseitigem Leiden entstandenen

28 Vgl. Spencer M. Di Scala, *Twentieth Century Europe. Politics, Society, Culture*, Boston 2003.

29 Als gegensätzliche Deutungsangebote François Furet, *The Passing of an Illusion: The Idea of Communism in the Twentieth Century*, Chicago 1999; Eric J. Hobsbawm, *Age of Extremes: The Short Twentieth Century, 1917–1991*, London 1994.

30 Vgl. H. James (Anm. 12), S. 26 ff.

31 Vgl. Hanna Schissler, *Why teach Europe?*, Ms., Braunschweig 2001, und Ute Frevert, *Eurovisionen. Ansichten guter Europäer*, Frankfurt/M. 2003.

32 Vgl. Volker R. Berghahn, *America and the Cultural Cold Wars in Europe: Shepherd Stone between Philanthropy, Academy and Diplomacy*, Princeton 2001.

33 Krystof Pomian, *Europa und seine Nationen*, Berlin 1990, S. 17 ff. huldigt dieser karolingischen Auffassung.

34 Dagegen: Lynn Hunt (Hrsg.), *The French Revolution and Human Rights: A Brief Documentary History*, Boston 1996.

35 Vgl. Zygmunt Bauman, *Modernity and the Holocaust*, Ithaca NY 2000.

36 Vgl. Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, München 2001.

37 Vgl. Christian Domnitz, *Der heimliche Traum von Europa. Die europäische Einigung ist nicht allein eine Erfindung des Westens*, in: TSP vom 5. 5. 2004. Vgl. Stefan Berger/Mark

Verzerrungen und Verengungen wird es möglich sein, aus dem Käfig nationaler Meistererzählungen auszubrechen.³⁸

Zweitens wird es notwendig sein, Europa nicht als harmonischen Kontinent, sondern als blutigen Konfliktraum zu betrachten, also seine fast permanente Zwietracht endlich ernst zu nehmen. Religionsstreitigkeiten, Klassenkämpfe, Nationalitätenkonflikte, ethnische Säuberungen, Weltkriege und Genozide sind keine punktuelle Ausnahme, sondern eine zentrale Linie europäischer Entwicklung. Sie haben in den Ruinen der Städte, den Verwüstungen der Landschaften, den ubiquitären Soldatenfriedhöfen und den privaten Fotoalben auf dem ganzen Kontinent ihre Schreckenspuren hinterlassen, die nur eine naiv fortschrittsgläubige Betrachtungsweise leugnen könnte. Zweifellos haben dabei, wie etwa die Aktivitäten der Kriegsgräberfürsorge demonstrieren, die Deutschen als Aggressoren und Unterdrücker eine zentrale Rolle gespielt, aber auch andere Europäer haben weit von ihren Heimatorten entfernt als Täter oder Opfer gehandelt. Die vorherrschende Perspektive nationaler Betroffenheit sollte zu einer breiteren Sicht der europäischen Interaktionen erweitert werden.³⁹

Drittens gibt es glücklicherweise auch eine positivere Vergangenheit von transnationalen Transaktionen, die es stärker zu erkunden gilt. Auch wenn sich das europäische Konzert nicht als dauerhaft erwies und politische Initiativen wie die Haager Landkriegsordnung die Konflikte nur kanalisieren konnten, waren in Bereichen wie der Wissenschaft die internationalen Verbindungen viel enger. Ausstellungsprojekte, die um Hauptstädte wie Paris, Berlin und Moskau kreisen, demonstrieren, dass die kulturelle Avantgarde in regem Austausch miteinander lebte, so dass sich Künstler wie Kandinsky nur schwer einem nationalen Kontext zuordnen lassen.⁴⁰ Auch auf dem Höhepunkt des Imperialismus Anfang des 20. Jahrhunderts waren die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den führenden europäischen Nationen wesentlich dichter als mit den eigenen oder anderen Kolonien.⁴¹ Die analytische Herausforderung besteht darin, diese

transnationalen Netzwerke zu rekonstruieren und den spezifischen Anteil Europas, der anfangs mit der zivilisierten Welt identisch war, aber nach 1945 eigene Konturen gewann, herauszuarbeiten.

Viertens ist es unumgänglich, anhand der EU den spannenden Prozess der Entstehung eines neuen politischen Akteurs zu erforschen, um Chancen und Risiken dieser Staatenbildung besser einzuschätzen. Dabei kann auf eine eindrucksvolle ideengeschichtliche Literatur zurückgegriffen werden, welche die Entwicklung der verschiedenen Europakonzeptionen dokumentiert.⁴² Ebenso ist die Integrationsgeschichte im engeren Sinn schon adäquat vertreten, auch wenn manche der englischsprachigen Zusammenfassungen mehr die hehren Absichten von Politikern als die Mühen des europäischen Alltags widerspiegeln.⁴³ Zur Entwicklung eines unabhängigen Urteils sind eine kritische Analyse der europäischen Einheitsrhetorik, eine schonungslosere Untersuchung der Brüsseler Interessenpolitik und eine stärkere Betonung der periodischen Fehlschläge angesagt, die von Europaenthusiasten oft übergangen werden. Auch sollte bei der Beurteilung der supranationalen und internationalen Elemente von EU-Strukturen mehr Fantasie walten als die letztlich doch nationalstaatliche Fixierung auf die Vereinigten Staaten von Europa.⁴⁴

Vierte These: Als Alternative zur Integrationsrhetorik ist die Entwicklung einer kritischen Europa-geschichte notwendig, die negative Aspekte wie Differenzen der Erinnerung und blutige Konflikte genauso ernst nimmt wie positive Seiten von Transaktionen und Integrationsprozessen.

Methodische Umsetzung

Da essentialistische Versuche der Konzipierung einer einheitlichen Geschichte Europas immer wieder gescheitert sind, ist es an der Zeit, sich der Vielfalt von europäischen Geschichten zu öffnen.

Donovan/Kevin Passmore, *Writing National Histories: Western Europe Since 1800*, London 1999.

38 Vgl. Martin Sabrow, Abschied von der Nation? Historisches Denken in der Zeit der Europäisierung, in: Gian Enrico Rusconi/Hans Woller (Hrsg.), *Italien und Deutschland 1945–2000. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Europäischen Einigung* (i. E.),

39 Vgl. Dan Diner, *Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung*, München 1999.

40 Vgl. z. B. den Ausstellungskatalog *Berlin–Moskau, 1950–2000*, Berlin 2003.

41 Vgl. G. Ambrosius (Anm. 23), S. 10 ff.

42 Vgl. Anthony Pagden (Hrsg.), *The Idea of Europe: From Antiquity to the European Union*, Cambridge 2002; Wolf Gruner, *Die deutsche Frage – ein Problem der europäischen Geschichte*, München 1985.

43 Vgl. Mark Gilbert, *Surpassing Realism: The Politics of European Integration since 1945*, Lanham MD 2003. Vgl. auch das seit 1995 existierende *Journal of European Integration History*.

44 Vortrag von M. Rainer Lepsius im Wissenschaftszentrum Berlin. Vgl. Ludger Kühnhardt, *Von Deutschland nach Europa. Geistiger Zusammenhalt und außenpolitischer Kontext*, Baden-Baden 2000.

Die Überwölbung von disparaten Nationalgeschichten bleibt ebenso unbefriedigend wie die teleologische Betonung des „aufklärerische(n) und liberal-demokratische(n) Erbes Europas“ oder das Bemühen der Retroprojizierung von Integrationsversuchen in die Periode vor 1945. Gerade weil Erkenntnisinteressen, Wertbezüge und nationale Perspektiven drastisch variieren, ist „die Pluralität der interpretatorischen Ansätze zur europäischen Geschichte gänzlich unvermeidlich“. Um nicht in Beliebigkeit zu enden, muss ein solch konstruktivistischer Ansatz auf die Identifizierung der spezifisch europäischen Dimension multipler Entwicklungen zielen. Nach Hannes Siegrist geht es „nicht um Homogenisierung oder gar Harmonisierung der europäischen Geschichte, sondern um Kohärenzbildung und Relationierung von Geschichten, die Europäer gemacht haben“.⁴⁵

Ein Königsweg, der es erlaubt, gemeinsame Tendenzen wie individuelle Unterschiede analytisch zu fassen, ist der systematische Vergleich zwischen nationalen, regionalen und lokalen Entwicklungen. Allerdings ist es notwendig, quantitative Indikatorenvergleiche kulturell zu hinterfragen, um der Gefahr ihrer Oberflächlichkeit zu entgehen. Statt Europa normativ zu setzen, könnten empirische Kontrastierungen mit anderen Kontinenten Ähnlichkeiten europäischer Eigenschaften über die nationalen Ausprägungen hinweg identifizieren. Heinz-Gerhard Haupt plädiert für eine kulturelle Erweiterung des sozialwissenschaftlichen Ansatzes zu „diskurs- und ideengeschichtliche(n) Vergleiche(n)“. Dadurch wird Europa „aus einer fixen Größe zu einem variablen Ensemble von Zuschreibungen, die sich je nach Interessenlage, Autoren und Konjunktur verändern“.⁴⁶

Eine weitere Perspektive, die stärker auf Beziehungen abhebt, ist die „transnationale Geschichte“. In seiner Antrittsvorlesung bezieht Kiran Klaus Patel den Begriff auf „Abhängigkeiten und Transfers über (nationale) Grenzen hinweg sowie für die wechselseitigen Wahrnehmungen“ und schließlich auf „Formen der Verflechtung“, d. h. auch auf strukturelle Verbindungen unterhalb des Nationalstaates und über ihn hinaus. Ein solches Erkenntnisinteresse durchbricht nationalgeschichtliche Mauern, aber im Gegensatz zur internationalen Geschichte zwischen

45 Hannes Siegrist/Rolf Petri, *Geschichten Europas. Probleme. Methoden und Perspektiven*, in: *Comparativ*, 14 (2004) 3; vgl. S. Wolf (Anm. 26); Bo Strath/Mikael Malmberg (Hrsg.), *The Meaning of Europe: Variety and Contention Within and Between Nations*, Oxford 2002.

46 Heinz-Gerhard Haupt, *Die Geschichte Europas als vergleichende Geschichtsschreibung*, in: *Comparativ*, 14 (2004) 3.

Staaten richtet es sich eher auf soziale Prozesse. Die sich daraus ergebende Thematisierung der Raumvorstellungen, Transferprozesse und Transaktionen könnte sich für eine Analyse der wechselnden Identitätsbilder und Zusammenhänge quer durch Europa als außerordentlich fruchtbar erweisen. Statt eine neue Geschichtsteleologie zu etablieren, „könnte der Ausgangspunkt einer transnationalen Perspektive auf die europäische Einigung die Frage sein, was zu verschiedenen Zeiten überhaupt unter ‚Europa‘ verstanden wurde“.⁴⁷

Ein letzter Ansatz könnte eine selbstreflexive Historiographieggeschichte sein, die den Zusammenhang zwischen politischem Anliegen, methodischem Vorgehen und interpretativen Schlussfolgerungen der Historiker zum Thema macht. Ein vergleichendes Nachdenken über die Wirkung von Geschichtsbildern in der Nationswerdung europäischer Staaten hat auf die zentrale Rolle der Historiker als Konstrukteure einer „imaginierten Gemeinschaft“ hingewiesen. Auch die Gleichzeitigkeit der wissenschaftlichen Professionalisierung mit der selbst gewählten Prophetenrolle ist über nationale Grenzen hinweg belegt worden.⁴⁸ Diese Perspektive wirft beunruhigende Fragen über das Verhältnis von europäischer Integration als politischem Prozess und akademischer Akklamation durch Wissenschaftler auf, die zu einer selbstkritischeren Haltung anregen sollten. Statt Europa als normatives Ziel zu feiern, weist die schlechte Erfahrung des Nationalismus auf die Notwendigkeit hin, das Europathema als kognitives Problem zu behandeln, um der wissenschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden.

Fünfte These: Ein konstruktivistisches Geschichtsverständnis verlangt die Pluralisierung von Europavorstellungen sowie die Anwendung von Methoden des Vergleichs, der transnationalen Geschichte und der historiographischen Selbstreflexion.

Herausforderungen der Europäisierung

Ziel dieser Überlegungen zum europäischen Erinnerungsdefizit ist es, eine Diskussion über das

47 Kiran Klaus Patel, *Nach der Nationalfixiertheit. Perspektiven einer transnationalen Geschichte* (Öffentliche Vorlesungen der Humboldt-Universität 128), Berlin 2004, S. 9ff, 23 f.

48 Vgl. Christoph Conrad/Sebastian Conrad (Hrsg.), *Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich*, Göttingen 2002, S. 11 ff.

Geschichtsbild Europas anzuregen. Dabei ist Stephan Martens' Warnung aus Anlass der EU-Osterweiterung zu beherzigen: „Phantastische Visionen und ahistorisches Denken der politischen Elite, insbesondere der deutsch-französischen, sollten Europas Zukunft nicht aufs Spiel setzen.“ Der technokratische Pragmatismus der Europapolitiker und der Brüsseler Bürokraten, der hauptsächlich um die Lösung gegenwärtiger Integrationsprobleme ringt, greift zu kurz, denn er vernachlässigt die auf gegensätzlichen historischen Selbstbildern aufbauenden Identitätsvorstellungen der Mitgliedernationen. Dafür sind die aus zwei Weltkriegen und dem verlorenen Weltreich stammenden Resentiments der Briten gegen ein Engagement auf dem Kontinent ein schlagendes Beispiel, denn das angekündigte Referendum könnte das ganze Verfassungsprojekt gefährden. Die von Hubert Markl vorgeschlagene „Kultur des Vergessens“ ist ebenso problematisch, weil sie eine Auseinandersetzung mit der Geschichte verhindert.⁴⁹

Voraussetzung für die diskursive Erarbeitung einer „gemeinsamen Erinnerungskultur“ ist ein Perspektivenwechsel der Zeithistoriker von der Ausrichtung auf die Nation zu breiteren europäischen Bezügen hin. Gerade die verständliche Fixierung auf die eigene Opferrolle sollte die Notwendigkeit einer solchen Veränderung deutlich machen, da Krieg und Unterdrückung einen „Anderen“ als Täter implizieren, der häufig im Namen einer feindlichen Nation handelte. Eigenes und fremdes Leiden sind meist interdependent, werfen also Fragen auf, die über den nationalen Horizont hinausgehen.⁵⁰ Ein weiterer notwendiger Blickwechsel ist die Distanzierung von einem flachen, harmonisierenden Europabild zu einem Verständnis des alten Kontinents als Spannungsfeld zwischen befreienden zivilisatorischen Aspirationen und schrecklichen, menschenverachtenden Verbrechen. Nicht nur der Fortschritt, sondern auch der Genozid ist das Produkt der europäischen Modernisierung, und besonders dieser Widerspruch begründet die Notwendigkeit des friedlichen Zusammenlebens durch den Versuch der Integration.⁵¹

49 Vgl. Stephan Martens, Das erweiterte Europa, in: APuZ, B 17/2004, S. 3–5. Vgl. Hubert Markl, Wo unser Herz schlägt, in: FAZ vom 27. 12. 2003.

50 Vgl. Holger R. Stunz, German Suffering/Deutsches Leid: Re(-)presentations, Tagungsbericht in: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte> (21. 4. 2004).

51 Vgl. M. Mazower (Anm. 25), S. 559 ff. Vgl. auch Konrad H. Jarausch/Michael Geyer, Shattered Past. Reconstructing German Histories, Princeton 2003.

Voraussetzung für eine europäische Angleichung der Zeitgeschichtsschreibung ist die Erarbeitung einer gemeinsamen Periodisierung des kurzen oder langen 20. Jahrhunderts, für die der Vorschlag von Hans-Peter Schwarz einer Dreiteilung in ältere, neuere und neueste Zeitgeschichte eine flexible Lösung bieten könnte.⁵² Ein weiterer Punkt ist die Identifizierung von nationenübergreifenden Großthemen wie der Ordnungskonkurrenz zwischen faschistischen und kommunistischen Diktaturen mit den parlamentarischen Demokratien.⁵³ Ebenso wichtig ist die Behandlung von Europas Stellung in der Welt, d. h. eine Untersuchung der Ursachen des Verlusts seiner Hegemonie, der Dynamik seiner Selbstzerstörung und der Lehren seiner partiellen Renaissance. Innerhalb des alten Kontinents wären Fragen der habituellen Zersplitterung und Prozesse neuer Vernetzungen von unten zu analysieren.⁵⁴

Es gibt also ein weites Feld von europäischen Themen, die einer transnationalen Diskussion harren. Doch der überfällige Abschied von der Nation darf nicht zu einer unkritischen Affirmation des europäischen Projekts als neuer geschichtspolitischer Norm führen. Die Ersetzung der Nationalgeschichte als Metanarrative durch eine neue Europageschichte brächte Historiker vom Regen in die Traufe, wenn sie von einer ähnlichen Mythologisierung begleitet wäre, denn auch im Namen Europas können Kriege geführt und Menschen unterdrückt werden.⁵⁵ Die „vereinende Kraft der kritisch begründungspflichtigen Wahrheitssuche“ muss auch für die Europäisierung der Zeitgeschichte eine Richtschnur bleiben, damit Forscher sich nicht wieder einem politischen Projekt unterordnen, dessen Implikationen umstritten sind. Nur der „Geist aufklärender und aufgeklärter Wissenschaft“ kann Brücken zwischen den traumatisierten Erinnerungen der Nationen bauen und gleichzeitig vorschnelle Instrumentalisierungen im Namen Europas verhindern.⁵⁶ Die Bewahrung des europäischen Erbes der Menschenrechte verlangt daher vor allem auch von Zeithistorikern die Fähigkeit zur reflexiven Selbstkritik.

52 Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die neueste Zeitgeschichte, in: VfZ, 52 (2003), S. 5–28.

53 Siehe die Literatur in Fn. 29.

54 Vgl. Karl Schlögel, Europas Comeback, in: Lettre International, 64 (2004), S. 6–10.

55 Vgl. Wolfgang Schmale, Scheitert Europa an seinem Mythendefizit?, Bochum 1997.

56 Vgl. H. Markl (Anm. 49) und M. Sabrow (Anm. 38).

Nation und Nationalismus in der deutschen Geschichte

Wie kaum eine andere Macht haben der Nationalismus und seine Begleiterscheinungen in den letzten Jahrhunderten die Geschichte der europäischen und auch der außereuropäischen Welt geprägt. Bis sich die Nation als oberste Legitimationsinstanz politischen Handelns durchgesetzt hatte, bedurfte es jedoch einer langen historischen Entwicklung.

Nach einer einführenden Definition des modernen Nationalismus wird diese Entwicklung in der deutschen Geschichte seit den Anfängen des mittelalterlichen „*nationes*“-Bewusstseins skizziert. Anschließend zeige ich, dass zwar bereits seit der Mitte des 18. Jahrhunderts alle wesentlichen Strukturmerkmale in den Kreisen der adlig-bürgerlichen Eliten zur Verfügung standen, sich das nationale Prinzip aber selbst in den Kriegen gegen Napoleon noch nicht in allen Bevölkerungsschichten durchsetzen konnte. Danach wird das Wechselspiel von Partizipation und Ausgrenzung als zentrales Kriterium des modernen Nationalismus bestimmt und diese Dialektik schließlich am Beispiel der nationalen Frauenbewegung im 19. und frühen 20. Jahrhundert dargestellt.

Was ist Nationalismus?

Mustert man die Literatur nach den Kriterien, die der Bestimmung des „modernen Nationalismus“ zugrunde gelegt werden, kreisen die Definitionen trotz unterschiedlicher Akzentuierungen um ein zentrales Bündel von zwölf Merkmalen.¹

¹ Die neuere Literatur zur Nationalismusforschung resümieren vorzüglich Dieter Langewiesche und Reinhard Stauber, auf deren Arbeiten hier anstelle eines umfassenden Literaturberichts verwiesen wird: Vgl. Dieter Langewiesche, Nation, Nationalismus, Nationalstaat: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Neue politische Literatur, 40 (1995), S. 190–236; ders., „Nation“, „Nationalismus“, „Nationalstaat“ in der europäischen Geschichte seit dem Mittelalter – Versuch einer Bilanz, in: ders./Georg Schmidt (Hrsg.), Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg, München 2000, S. 9–32;

Aus kulturalistischer Sicht wird Nationalismus 1. als ein System gedachter Ordnungen verstanden, das geeignet ist, Menschen zu Gruppen zu integrieren. 2. Die Abgrenzung gegenüber „anderen“ ist für den Nationalismus konstitutiv. Er ist eine Integrationsideologie, in der Inklusion und Exklusion einander bedingen. 3. Nationalismus beruft sich auf einen scheinbar überzeitlichen ethnischen Kern, den er jedoch selbst erst hervorbringt. Deswegen sind 4. nationale Mythologeme für seine Legitimation und Verbreitung von entscheidender Bedeutung. 5. Weiterhin ist die Konstruktion spezifischer Geschlechtsidentitäten dem Nationalismus inhärent.

Unter politischem Gesichtspunkt wird unter Nationalismus 6. ein säkulares Glaubenssystem verstanden, das als oberstes Legitimationsprinzip Anspruch auf Loyalität und Vorrang vor anderen Werten erhebt. Nationalismus bezieht sich 7. auf ein bestimmtes Territorium und tendiert dazu, die Grenzen von Nation und Staat zur Deckung zu bringen. 8. Zwischen Nationalismus und Krieg herrscht eine innige Wechselbeziehung. 9. Nationalismus enthält eine Teilhaberweibung und greift damit über bestehende politische Ordnungen hinaus. Unter Berufung auf den Nationalismus lassen sich Partizipationsansprüche anmelden. 10. Daher vermag Nationalismus Menschen zum Handeln zu bewegen.

Sozialgeschichtlich gesehen werden 11. nationale Vorstellungen zunächst von einer bestimmten, sozial abgrenzbaren Trägerschicht mit spezifischen Interessen artikuliert. Später zeichnen sich diese Vorstellungen 12. durch eine hinreichende Verbreitung aus und lassen sich dauerhaft über einen längeren Zeitraum hinweg beobachten. Zu dieser Ausdehnung muss ein Mindestmaß an strukturellen Voraussetzungen vorliegen – etwa ein gemeinsamer Kommunikations- und Wirtschaftsraum oder übergreifende Institutionen.

Reinhard Stauber, Nationalismus vor dem Nationalismus? Eine Bestandsaufnahme der Forschung zu „Nation“ und „Nationalismus“ in der Frühen Neuzeit, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 47 (1996), S. 139–165.

Vom Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert

Nationale Vorstellungen im Sinne einer gedachten Ordnung, die, zentriert um eine gentile oder dynastische Herrschaft, an ein bestimmtes Territorium gebunden ist, eine projektierte Gemeinschaft integrieren soll, als gemeinschaftsbildende Faktoren auf Mythen zurückgreift und damit eine Ethnie erst hervorbringt, sind offenkundig die älteste Schicht des komplexen Phänomens „Nationalismus“. Dieser Strang hat den Status einer notwendigen Bedingung und lässt sich bis ins Mittelalter zurückverfolgen. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand diente das *natio*-Prinzip der Binnendifferenzierung innerhalb einer weiterhin christlich-universalistischen Grundordnung. Es war das Bewusstsein einer gemeinsamen Zugehörigkeit, die gleichwohl in andere Ordnungssysteme eingelassen war, also mit und neben anderen Zuordnungen existierte.²

Wann genau dieses vieldeutige Modell von enger gefassten Vorstellungen abgelöst wurde, ist unter Mediävisten und Frühneuzeithistorikern umstritten.³ Einig ist man sich in der Forschung jedoch über einen Nationalisierungsschub am Übergang vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit, der mit dem Ende des Universalismus und dem Wirken der Humanisten in Verbindung gebracht wird.⁴ Dabei erfuhr das Konzept „Nation“ einen Funktionswandel: von der Binnen- zur „Exklusionsdifferenzierung“⁵. Das nationale Prinzip konnte jetzt als Oppositionsbegriff gegen die universale Herrschaft des Kaisers und des Papstes benutzt werden, um die eigenen Interessen zu integrieren.

Gleichzeitig lässt sich erstmals der Appell an eine „deutsche Nation“ als Instrument der politischen Propaganda in Krisen- oder Kriegssituationen nachweisen. Das galt vor allem im Zusammenhang mit den Türkenkriegen. Hier wurde zwar auch „pro Christo“ gefochten, gleichzeitig aber nicht Christ

und „Muselman“, sondern „deutsch“ versus „türkisch“ zu den entscheidenden Oppositionsbegriffen formiert und der Krieg somit nationalisiert.⁶ Freilich darf dabei nicht übersehen werden, dass im 16. und 17. Jahrhundert „deutsch“ mit „christlich“ weithin identisch war, die religiöse Abgrenzung also weiterhin eine bedeutende Rolle spielte.

Ebenfalls in den Jahrzehnten um 1500 nahmen die Humanisten im Rahmen eines intellektuellen Elitendiskurses eine „Historisierung des Eigenbewusstseins“⁷ vor, das nationale Vorstellungen auf ein geschichtliches Fundament stellte, nationale Mythen pflegte, nationale Stereotypen formulierte und mit der Gestaltung des Arminius-Stoffes den ersten männlich-kriegerischen Nationalhelden schuf.⁸ In diesem historischen Kontext erhielten die schon im Hochmittelalter bekannten Völkerstereotype eine neue Qualität: Aus der beschreibenden Feststellung einer scheinbaren ethnischen Eigenheit wurde ein nationales Vorurteil, das aus der schroffen Abgrenzung gegenüber anderen Formationen das eigene nationale Bewusstsein schöpfte.⁹ Gleichwohl war die „deutsche Nation“ weiterhin Teil anderer Identitätszuordnungen, deren Hierarchie noch nicht eindeutig auf die Superiorität des Nationalen festgelegt war.¹⁰ Außerdem blieb das intensiviert Nationalbewusstsein eine vorübergehende Konjunktur, die sich einerseits auf Propagandaanstrengungen in politischen Auseinandersetzungen und andererseits auf den elitären Nationendiskurs der Humanisten beschränkte.

Im weiteren Verlauf des 16. und 17. Jahrhunderts verschwand der Nationaldiskurs nicht, aber die nationale Zuordnungen traten hinter Prozessen der Territorialisierung und Konfessionalisierung zurück. Weiterhin markierte „deutsch“ zunächst

2 Vgl. Herfried Münkler, Einleitung, in: ders./Hans Grünberger/Kathrin Meyer (Hrsg.), Die Nationalisierung Europas im Diskurs humanistischer Intellektueller, Berlin 1998, S. 13–28; Joachim Ehlers, Mittelalterliche Voraussetzungen für nationale Identität in der Neuzeit, in: Bernhard Giesen (Hrsg.), Nationale und kulturelle Identität, Frankfurt/M. 1992, S. 77–99.

3 Vgl. dazu Benedykt Zientara, Frühzeit der europäischen Nationen: Die Entstehung von Nationalbewusstsein im nachkarolingischen Europa, Osnabrück 1997.

4 Vgl. Hans-Martin Blitz, Aus Liebe zum Vaterland. Die deutsche Nation im 18. Jahrhundert, Hamburg 2000, S. 29–40, und R. Stauber (Anm. 1), S. 142–145.

5 Vgl. H. Münkler (Anm. 2), S. 20.

6 Vgl. Dieter Mertens, Nation als Teilhabeverheißung: Reformation und Bauernkrieg, in: D. Langewiesche/G. Schmidt (Anm. 1), S. 115–134; R. Stauber (Anm. 1), S. 143 f.

7 So Bernd Schönemann, Volk – Nation – Nationalismus – Masse: Frühe Neuzeit und 19. Jahrhundert, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 281–380, hier S. 290.

8 Zur Konstruktion der deutschen Nation in den Schriften der Humanisten vgl. Wolfgang Hardtwig, Vom Elitebewußtsein zur Massenbewegung. Frühformen des Nationalismus in Deutschland 1500–1840, in: ders., Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500–1914, Göttingen 1994, S. 34–54; Klaus Garber (Hrsg.), Nation und Literatur im Europa der Frühen Neuzeit, Tübingen 1989.

9 Vgl. Winfried Schulze, Die Entstehung des nationalen Vorurteils. Zur Kultur der Wahrnehmung fremder Nationen in der europäischen Frühen Neuzeit, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 46 (1995), S. 642–665; Ludwig Schmutge, Über „nationale“ Vorurteile im Mittelalter, in: Deutsches Archiv, 38 (1982), S. 439–459.

10 Vgl. D. Mertens (Anm. 6), S. 123.

vor allem einen Abgrenzungsbegriff gegenüber den „Welschen“ und den Osmanen. Im Schmalkaldischen und im Dreißigjährigen Krieg verband die evangelische Seite gezielt konfessionelle Politik mit der Beschwörung einer deutschen Abstammungsgemeinschaft. Trotz dieser instrumentellen Nationalisierung blieb jedoch die Konfliktkonstellation weiterhin religiös dominiert.

Dagegen wurden nationale Vorstellungen seit dem frühen 17. Jahrhundert in den Sprachgesellschaften und Tugendbünden gepflegt, die sich im Umkreis der Landesherrschaften entwickelten und vorwiegend von adligen und bürgerlichen Hofbeamten besucht wurden. Sie formulierten einen Tugendkanon, der sowohl die patriotische Verbesserung des jeweiligen Lebensumfeldes als auch die moralische Ausgestaltung einer deutschen Nationalkultur im deutschen Sprachraum umfasste. Mit diesen Vorstellungen war ein Superioritätsanspruch gegenüber anderen Sprachgemeinschaften verbunden. Als gesellige Vereinigungen griffen diese Assoziationen über den bisher verbalen Nationendiskurs hinaus. Aber ihr Nationalismus beschränkte sich auf kleine, überwiegend protestantische Zirkel, und selbst dort bewahrte bis weit in die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts die Religion ihre primäre Zuständigkeit für den Sinnhorizont und die Handlungsmotive der Menschen.

Die allmähliche Überwindung der Spaltungen des Dreißigjährigen Krieges und das Ende der türkischen Bedrohung Mitteleuropas ließen die Notwendigkeit einer zwar reichsnational begriffenen, aber von christlichen Vorstellungen dominierten konfessionellen Allianz gegen einen religiös-ethnischen „Erbfeind“ verschwinden. An die Stelle der Türkenkriege rückte die Bedrohung des Reiches durch die Eroberungszüge Ludwigs XIV. und im Spanischen Erbfolgekrieg. Der christlich-muslimische Gegensatz wurde von der Frontstellung des habsburgisch dominierten Reiches gegen das ebenfalls katholische Frankreich abgelöst. Gleichzeitig beschränkte die Aufklärung die Wirkungsmächtigkeit christlicher Loyalitätsbeziehungen unter den Gebildeten und legte damit den Grundstein für eine allmähliche Sakralisierung des Nationalen. Die Appelle an die nationale Solidarität während der Kriege gegen Ludwig XIV. griffen vielfach auf publizistische Vorbilder aus dem Dreißigjährigen Krieg zurück und aktualisierten sie für den gegenwärtigen Bedarf. Auch im Spanischen Erbfolgekrieg betrieb der österreichische Hof eine intensive nationale Agitation.¹¹ Die publizistische

11 Vgl. Wolfgang Burgdorf, „Reichsnationalismus“ gegen „Territorialnationalismus“: Phasen der Intensivierung des

Nationalisierung erreichte eine bisher nicht gekannte Dimension, und auch der Arminius-Stoff wurde wieder aktuell. Schon hier entstand das – jetzt dynastisch definierte – Vaterland aus blutiger Schlacht.¹² In der Folgezeit führte der Machtzuwachs des Hauses Habsburg und die damit einhergehende Glorifizierung von Kaiser und Reich zu einem bisher ungekannten Aufschwung des Reichspatriotismus, ja zu einer regelrechten „Reichseuphorie“, die sich in einer intensiven „Reichspublizistik“ widerspiegelte.¹³

Freilich stellte der habsburgische Kaiser in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts mehr und mehr dynastische Eigeninteressen in den Vordergrund. Auch das Fehlen eines äußeren Feindes begünstigte zeitweilig ein eher dynastisches denn nationales Reichsverständnis. Der gelehrte Stand richtete seine Loyalität, aber auch seine Ansprüche zunehmend an den aufstrebenden Fürstenresidenzen aus und entwickelte allmählich jene „Patriotismus“ genannte moralisch-politische Haltung, die sich in einem für das Deutsche Reich charakteristischen Föderalismus sowohl auf die übergeordnete Einheit des Reiches als auch auf den jeweiligen Territorialstaat beziehen konnte. Im Zuge des Ausbaus der Landesherrschaften zu modernen Staaten war damit jedoch in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts vor allem das regionale Umfeld des Patrioten gemeint.¹⁴

Nationale Sattelzeit

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts setzten – unter Weiterführung bereits vorhandener In- und Exklusionsmechanismen – neue Entwicklungen ein, die es rechtfertigen, von einer „nationalen Sattelzeit“ zu sprechen und hier die Entstehungsphase des „modernen“ Nationalismus zu sehen.¹⁵ Die zeitlichen Eckpunkte bildeten die österreichischen

nationalen Bewußtseins in Deutschland seit dem Siebenjährigen Krieg, in: D. Langewiesche/G. Schmidt (Anm. 1), S. 157–190, hier S. 158.

12 Vgl. H.-M. Blitz (Anm. 4), S. 74–89.

13 Vgl. Karl Otmar von Aretin, Reichspatriotismus, in: Günter Birtsch (Hrsg.), Patriotismus, Hamburg 1991, S. 26–36.

14 Vgl. Christoph Priegnitz, Vaterlandsliebe und Freiheit. Deutscher Patriotismus von 1750 bis 1850, Wiesbaden 1981, und die Beiträge in: G. Birtsch (Anm. 13).

15 Vgl. Ute Planert, Wann beginnt der „moderne“ deutsche Nationalismus? Plädoyer für eine nationale Sattelzeit, in: Jörg Echternkamp/Sven O. Müller (Hrsg.), Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen, 1760–1960, München 2002, S. 25–59.

Erbfolgekriege und insbesondere der Siebenjährige Krieg einerseits, die 1820er und 1830er Jahre vor der Herstellung eines einheitlichen Wirtschaftsraums und dem Anwachsen liberal-nationaler sowie demokratischer Bewegungen andererseits. Strukturelle Voraussetzung für den Aufschwung der patriotischen Diskussion in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts war der Aus- und Umbau der spätabolutistischen Dynastien zu modernen Staatswesen mit bürokratischer Rationalisierung, dem Versuch der Zurückschneidung kirchlichen Einflusses, einigen Agrar- und Militärreformen sowie einer überall zu beobachtenden Ausweitung des Beamtenapparats, dessen Angehörige neben den Gebildeten an den ebenfalls expandierenden Universitäten personell den Grundstock für die intensive publizistische und literarische Diskussion bildeten. Mit dem sozialstrukturellen Auf- und Ausbau des Bildungsbürgertums und des Reformadels ging eine „Leserevolution“ einher, die zwar überwiegend auf den Kreis der Gebildeten beschränkt blieb, dort aber für eine bisher ungekannte Verbreitung von Druckerzeugnissen sorgte. In Abgrenzung gegen die französische Kultur und Sprache, mit der sich eine implizite Kritik am französisch orientierten Adel verband, trieben die Gebildeten seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die Vereinheitlichung und Aufwertung der deutschen Sprache voran. Damit setzte jene Phase der Entstehung einer „deutschen Nationalliteratur“ ein, die bis in die 1830er Jahre anhielt.

Im Kontext der österreichischen Erbfolgekriege wurde erneut der Arminius-Mythos aufgegriffen.¹⁶ Verbunden mit der Stilisierung einer homogenen Abstammungsgemeinschaft übertrugen die Dichter das römische Feindbild nun auf die Franzosen. In klarer Scheidung von Freund und Feind traten die „Gallier“ als „Deutschlands Unterdrücker“ auf. Erstmals wurden auch die Geschlechterrollen in einer für den deutschen Nationalismus zukunftsweisenden Form ausgestaltet: Neben den männlichen Kriegshelden trat die „Mutter der Nation“, die ihre Kinder in den Krieg schickt, in Abwesenheit der Kämpfer eine neue Generation von Vaterlandskriegern aufzieht und den heimkehrenden männlichen Helden umhegt.¹⁷ Gleichzeitig wurden männliche und weibliche Geschlechterstereotype zur Kennzeichnung des deutsch-französischen

Gegensatzes benutzt. Der positiven Stilisierung des Deutschen als das Kriegerisch-Männliche stand die Abwertung und Sexualisierung des Französischen als Weiblich-Fremdes gegenüber. Der Geschlechtergegensatz des anbrechenden bürgerlichen Zeitalters begann auch die Auseinandersetzung mit dem „Fremden“ zu prägen.¹⁸

In den Arminius-Dramen kündigte sich zugleich ein Strukturprinzip an, das für den „modernen“ Nationalismus konstitutiv war und ihn grundlegend von älteren Formen des nationalen Bewusstseins unterschied: die Koppelung von Tod und Vaterlandsliebe, die ultimative Aufforderung an jeden Mann, sein Leben auf dem „Altar“ des Vaterlandes zu lassen. Im politischen Wertesystem des modernen Nationalismus ging damit die Gleichheit im Tode der politischen Egalität voran. Erst die willige Inkaufnahme der eigenen physischen Vernichtung begründete ein Anrecht auf Aufgehobensein in der nationalen Gemeinschaft, aus dem infolge der partizipativen Impulse der Patriotismuskonzeption das Recht auf Mitgestaltung abgeleitet wurde. Aus dem Martyrium in der Nachfolge Christi wurde der Opfertod fürs Vaterland, mit dem man(n) sich zwar keinen Platz im Himmel, wohl aber die Aufnahme in das Pantheon der Nation erwerben konnte. Religiöse Erlösungshoffnungen und Ewigkeitsphantasien wurden auf das „politische Kollektiv“ übertragen.¹⁹

Standen publizistische Aufrufe zum „Tod für das Vaterland“ noch im Kontext des Siebenjährigen Krieges zwischen Österreich und Preußen, entthob die Mitte der 1760er Jahre einsetzende Debatte um deutschen „Nationalgeist“, „Nationalstolz“ und die „Vaterlandsliebe“ den Vaterlandsdiskurs erstmals dem Dunstkreis der Kriegspropaganda. Nachdem die Kriegsjahre die Konkurrenz ganz unterschiedlicher „Vaterländer“ offenbart hatten, begann nun die theoretische Auseinandersetzung der Gelehrten um ein präziseres Verständnis der Begriffe „Vaterland“, „Patriotismus“ und „Nation“. Intensiv wurde über die Verfassung des Alten Reiches debattiert, und es wurden Verbesserungsvorschläge eingebracht – ein deutlich partizipatorisches Element.²⁰ Lange vor der Französi-

16 Vgl. H.-M. Blitz (Anm. 4), S. 91–144.

17 Vgl. Hans Peter Hermann, Arminius und die Erfindung der Männlichkeit im 18. Jahrhundert, in: ders./Hans-Martin Blitz/Susanna Moßmann, Machtphantasie Deutschland. Nationalismus, Männlichkeit und Fremdenhaß im Vaterlandsdiskurs deutscher Schriftsteller des 18. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1996, S. 160–191.

18 Vgl. zum nationalen Strukturmuster der Abwertung durch Effeminierung Ute Planert, Vater Staat und Mutter Germania: Zur Politisierung des weiblichen Geschlechts im 19. und 20. Jahrhundert, in: dies. (Hrsg.), Nation, Politik und Geschlecht. Frauenbewegungen und Nationalismus in der Moderne, Frankfurt/M.–New York 2000, S. 15–65.

19 Vgl. Peter Berghoff, Der Tod des politischen Kollektivs. Politische Religion und das Sterben und Töten für Volk, Nation und Rasse, Berlin 1997.

20 Vgl. Wolfgang Burgdorf, Reichskonstitution und Reform. Verfassungsreformprojekte für das Heilige Römische

sehen Revolution ging es in den Diskussionen über die erlaubte Form des Nationalstolzes, die beste Regierungsform und die Frage, ob und wie sich ein gemeinsames Vaterland realisieren lasse, um nichts weniger als um das Konzept einer deutschen Nation und die Möglichkeit seiner Realisierung. Erstmals traten solche Vorstellungen nicht mehr nur im Gewand der Dichtung auf, sondern in Form des politischen Manifests. Die Debatte um die nationale Identität fand mithin nicht nur in der Ära der Kultur, sondern auch auf dem Feld der Politik statt.

Nur wenig später hatte das „Deutsche“ Konjunktur. Dichter und Publizisten gründeten seit den 1770er Jahren „deutsche“ Zeitschriften, schlossen sich zu Bündeln zusammen und träumten von der „Gelehrtenrepublik“ – einer Nation, gebildet aus der Gemeinschaft des lesenden Publikums. Sie imaginierten sich als Nationalerzieher, nobilitierten den Volksbegriff und banden die Deutschsprechenden an eine unentrinnbare Sprach- und Kulturgemeinschaft mit gemeinsamem „Nationalcharakter“.²¹ Damit formulierten sie die Grundlage einer vorgestellten nationalen Identität. Es war der Versuch, die „Staatsnation aus den Elementen der Kulturnation (. . .) zu bilden“²².

In den Frauenzeitschriften der Spätaufklärung schaltete sich auch die gebildete Weiblichkeit in die Debatte ein. Gegenüber den Vorurteilen ihrer männlichen Kollegen forderten die Publizistinnen die Beteiligung von Frauen an der nationalpatriotischen Bewegung und entwickelten gleichzeitig ein als „deutsch“ apostrophiertes Weiblichkeitsideal, das sich in scharfer Abgrenzung gegen Frankreich um die bürgerlichen Tugenden der Mäßigung, Ernsthaftigkeit und Innerlichkeit zentrierte. Nationalcharakter und Geschlechtscharakter gingen eine enge Verbindung ein.²³

Am Ende des 18. Jahrhunderts waren bereits alle Faktoren vorhanden, die in der neueren Forschung als konstitutiv für den modernen Nationalismus angesehen werden: die Vorstellung einer spezifischen Identität aller Deutschen als Abstammungsgemeinschaft mit gemeinsamer Kultur und Spra-

Reich Deutscher Nation im politischen Schrifttum von 1648 bis 1806, Mainz 1998.

21 Jörg Echternkamp, *Der Aufstieg des deutschen Nationalismus*, Frankfurt/M. – New York 1998.

22 Wolfgang Frühwald, *Die Idee kultureller Nationsbildung und die Entstehung der Literatursprache in Deutschland*, in: Otto Dann (Hrsg.), *Nationalismus in vorindustrieller Zeit*, München 1986, S. 129–142, hier S. 131.

23 Vgl. Ulrike Weckel, *Zwischen Häuslichkeit und Öffentlichkeit. Die ersten deutschen Frauenzeitschriften im späten 18. Jahrhundert und ihr Publikum*, Tübingen 1998.

che, einem geteilten – auf bürgerlich-geschlechtsspezifischen Tugenden beruhenden – Wertesystem und einer gemeinsamen Geschichte, die in Mythen beschworen werden konnte; die Entwicklung dieser nationalen Identität in kriegerischer wie kultureller Abgrenzung zu anderen Sozialkollektiven, insbesondere gegenüber dem als hegemonial betrachteten Frankreich; der Versuch der Übertragung emotionaler Bindungen auf das Kollektiv; die Sakralisierung des „Vaterlands“ als oberste Legitimationsinstanz einschließlich der Forderung, das eigene Leben dafür zu opfern; eine geschlechtsspezifische Formulierung der Loyalitätspflicht gegenüber der Nation; die Existenz einer sozialen Trägergruppe, die solche Vorstellungen nicht nur artikulierte, sondern auch über die kommunikative Infrastruktur zur Herstellung eines nationalen Diskurses verfügte; die Diskussion über die politische Ausgestaltung eines Gemeinwesens, das die Herrschergewalt des Fürsten einschränken und an gesetzförmige Regelungen binden sollte; die Erprobung der Wirkung politischer Propaganda im Krieg, in der nationale Feindbilder an die Seite und zunehmend auch an die Stelle konfessioneller Mobilisierung traten. All diesen Faktoren standen neben den Beschränkungen des bürgerlichen Elitediskurses nur noch zwei wesentliche Hindernisse entgegen: der mit konfessionellen Spannungen verknüpfte preußisch-österreichische Dualismus und die Schwierigkeiten, die von der Traditionsform des Reiches mit unzähligen souveränen Fürsten ausgingen.

Um Bewegung in die dynastischen Eigeninteressen zu bringen, bedurfte es eines gemeinsamen äußeren Feindes, der in Gestalt der Französischen Revolution und der napoleonischen Expansion erstand. Bis die beiden deutschen Großmächte dauerhaft zu einer gemeinsamen Politik fanden, sollten nach Beginn der französischen Expansion allerdings noch zwanzig Jahre vergehen. In der Zwischenzeit zielten patriotische Hoffnungen nicht ausschließlich auf die geeinte Nation, sondern konnten sich auch – solange es noch bestand – auf das Reich unter habsburgischer Führung und später auf den Rheinbund richten.²⁴ Erst der Niedergang Preußens und die große Koalition gegen Napoleon 1813 brachten eine breite Flut nationaler Lieder, Gedichte und Karikaturen hervor. Ein großer Teil davon stammte allerdings von preußischen Publizisten, die „deutsch“ und „preußisch“ oft bis zur Unkenntlichkeit miteinander verquickten. Auch die protestantische Religion

24 Vgl. Gerhard Schuck, *Rheinbundpatriotismus und politische Öffentlichkeit zwischen Aufklärung und Frühliberalismus*, Stuttgart 1994.

spielte wieder eine große Rolle. Die Lyrik der Befreiungskriege stattete die preußisch-deutsche Nation mit jener transzendenten Macht aus, die bisher nur der Religion vorbehalten war.²⁵ Religiöse Formen wurden aufgegriffen und – etwa in Ernst Moritz Arndts Kriegskatechismus und seiner Rede von der „Religion des Vaterlandes“ – mit einer neuen Mischung aus sakralen und profanen Inhalten gefüllt. Entsprechend hielten protestantische Pfarrer Kriegspredigten, und Dichter wie Theodor Körner oder Achim von Arnim sprachen vom „Kreuzzug“ und beschworen den „heiligen Krieg“ gegen Napoleon.

Allerdings wäre es unzulässig, vom Bemühen um die Popularisierung dieser Vorstellungen schon gleich auf deren Erfolg zu schließen. Wenn in Preußen Freiwillige ins Militär eintraten und die Daheimgebliebenen ihr Scherflein auf dem „Altar des Vaterlandes“ niederlegten, richteten sich diese Aktivitäten auf den preußischen Einzelstaat und nicht auf die deutsche Nation. Der nationale Impetus der Bildungseliten ging an der breiten Bevölkerung auch 1813 noch vielfach vorbei. Auch wenn die meisten Menschen am Ende einer mehr als zwanzigjährigen Kriegs- und Krisenzeit den Frieden und damit den Sturz der napoleonischen Herrschaft herbeisehnten, war ihre Loyalität immer noch weniger auf eine gemeinsame deutsche Nation als auf ihre Heimatregion gerichtet. Immerhin existierte jetzt ein gemeinsamer äußerer Feind, der die Abgrenzung zwischen „In-“ und „Out-group“ erleichterte. Die Gedichte, die zum Hass gegen Frankreich aufriefen, waren Legion, und nicht umsonst wurde nun die alte Erbfeind-Terminologie auf Frankreich angewandt, um damit das Echo der Türkenkriege zu evozieren.²⁶

Krieg, Partizipation und Ausgrenzung

Führt man sich die Geschichte des deutschen Nationalismus von den Anfängen bis zur Ausformulierung des nationalen Paradigmas in der „Satelzeit“ um 1800 vor Augen, so zeigen sich drei Prämissen, über die auch in der Forschung Einigkeit besteht.

Zum einen scheint sicher, dass es sein Gleichheits- und Partizipationsversprechen war, das dem Natio-

25 Vgl. Ernst Weber, *Lyrik der Befreiungskriege (1812–1815)*, Stuttgart 1991.

26 Vgl. Michael Jeismann, *Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918*, Stuttgart 1992.

nalismus in Deutschland wie anderswo zu seinem einzigartigen Aufstieg verhalf. Zum zweiten erfuhren nationale Vorstellungen in Kriegszeiten die größte Verbreitung. Drittens ging der Anspruch auf Mitwirkung im Innern mit der Abgrenzung gegenüber allen einher, die nicht der nationalen Gemeinschaft zugerechnet wurden. Ausgrenzung fungierte als Bestandteil der Selbstkonstitution. Diese Grenzziehung implizierte in aller Regel Aggressivität – entweder gegenüber einem äußeren Gegner oder gegen einen hypostasierten „Feind“ im Innern.

Welche dieser ambivalenten Tendenzen zwischen „Partizipation und Aggression“²⁷ stärker in den Vordergrund trat, konnte je nach spezifischer Konstellation ganz verschieden ausfallen. Der nationale „Völkerfrühling“ des Vormärz war ungleich stärker von liberaldemokratischen Vorstellungen getragen als der expansive Nationalismus des Kaiserreichs – aber auch er gelangte in den nationalen Widersprüchen der Revolution von 1848/49 und den kriegerischen Ereignissen um Schleswig-Holstein schnell an seine Grenzen. Wie sich der Anspruch auf politische Partizipation im Innern mit Aggression nach außen verband, soll abschließend am Beispiel der nationalen Frauenbewegung im 19. und frühen 20. Jahrhundert gezeigt werden.²⁸

Frauen und Nation

Anknüpfend an die literarische Diskussion um weibliche Handlungsformen zum Wohl des Vaterlands in den Frauenzeitschriften der Spätaufklärung formierten sich in den antinapoleonischen Kriegen vor allem in Preußen und im Rheinland Frauenvereine, die sich durch ihre nationalpolitische Ausrichtung von früheren weiblichen Organisationsversuchen unterschieden.²⁹ Ihre Aktionen –

27 Vgl. Dieter Langewiesche, *Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert: Zwischen Partizipation und Aggression*, Bonn 1994.

28 Die komplexe Politisierung des weiblichen Geschlechts durch Nationalismus kann hier nur ganz knapp dargestellt werden. Vgl. dazu ausführlich U. Planert (Hrsg.) (Anm. 18); dies., *Zwischen Partizipation und Restriktion: Frauenemanzipation und nationales Paradigma von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg*, in: D. Langewiesche/G. Schmidt (Anm. 1), S. 387–428.

29 Vgl. Dirk Reder, *Frauenbewegung und Nation. Patriotische Frauenvereine in Deutschland im frühen 19. Jahrhundert (1813–1830)*, Köln 1998; Karen Hagemann, „Männlicher Muth und teutsche Ehre“. *Nation, Krieg und Geschlecht in der Zeit der antinapoleonischen Kriege Preußens*, Paderborn 2002.

Krankenversorgung, Spendensammeln, Fahnenstickern und die Herstellung von Verbandsmaterial – waren politisches Bekenntnis und symbolische Kampfbeteiligung zugleich. Auch im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts griffen Frauen immer wieder auf diese Aktionsformen zur Demonstration ihrer Gesinnung zurück.³⁰

Gleichzeitig diente die Legitimationskraft der Nation aber auch dazu, im Namen der Nation die Beteiligung des weiblichen Geschlechts an der politischen Diskussion einzufordern. Wie ihre Vorgängerinnen in der Spätaufklärung hatte Rahel Varnhagen 1807 das als „heilig“ postulierte Recht jeden Volkes auf politisch-nationale Selbstbestimmung zur Rechtfertigung des öffentlichen Auftretens von Frauen genutzt.³¹ Ganz ähnlich definierte Louise Otto, die große Pionierin der deutschen Frauenbewegung, 1843 in einer Kontroverse um die „Theilnahme der weiblichen Welt am Staatsleben“ Politik als angewandte Vaterlandsliebe und erklärte sie damit zum Bestandteil des weiblichen Wirkungskreises.³² Entsprechend fand die Revolution von 1848/49 Frauen auf den Barrikaden, in Volksvereinen, bei Revolutionsfesten und als Publikum politischer Reden und Verhandlungen.³³ Allerdings wohnten dem weiblichen Bekenntnis zur deutschen Nation auch hier ab- und ausgrenzende Momente inne. Wie 1813 gab es auch 1848/49 Aufrufe zum Boykott ausländischer Waren und eine gegen Frankreich zielende Debatte um eine genuin deutsche Mode. Gleichzeitig war die Zustimmung zum Ziel nationalstaatlicher Einheit und zur außenpolitischen Demonstration nationaler Stärke nicht nur unter der männlichen, sondern auch unter der weiblichen Bevölkerung weit verbreitet. Der Spendenaufruf zugunsten des Krieges in Schleswig-Holstein mobilisierte deutlich mehr Frauen als die Sammlungen demokratischer Unterstützungsvereine.³⁴

In den Jahren der Reichseinigung trug der „Allgemeine deutsche Frauenverein“ durch „vaterländische“ Vorträge und Lazarettendienst im Krieg zur inneren Nationsbildung bei. Analog zur männlichen Trias von Wehrpflicht, Wahlrecht und Patrio-

tismus leitete seine Gründerin Louise Otto von weiblichem Engagement und Opferbereitschaft fürs Vaterland das Recht auf politische Ebenbürtigkeit ab.³⁵ Auch wenn die Reichseinigung nicht die ersehnte politische Gleichberechtigung brachte, ließ die Fundamentalpolitisierung im Kaiserreich die bürgerlichen Frauen nicht unberührt. Seit 1894 fasste eine eigene Dachorganisation, der „Bund Deutscher Frauenvereine“, die immer zahlreicher werdenden Frauenorganisationen zusammen. Sein Führungsgremium vertrat eine parteipolitisch eher liberale, jedoch deutlich national ausgerichtete Politik. Entsprechend unterstützte der Bund die wilhelminische Aufrüstungspolitik und nahm imperialistische Frauenorganisationen in seine Reihen auf.³⁶ Gegen Ende des Jahrhunderts formierten sich im Zusammenhang mit dem zunehmenden Populismus der Nationalbewegung militaristisch und imperialistisch ausgerichtete Frauengruppen. Ihre Partizipationshoffnungen waren nicht auf demokratische Teilhabe gerichtet, sondern an den nationalistischen Machtstaat adressiert. Es ging ihnen um Teilhabe an der außenpolitischen Größe des Reiches, und ihr Nationalismus griff über den bestehenden Nationalstaat hinaus. Frauenpolitik begann sich von den emanzipativ-liberalen Inhalten, mit denen sie sich bislang stets verbunden hatte, abzulösen und erreichte gleichzeitig weitaus mehr Frauen als zuvor.³⁷

Im wilhelminischen Kaiserreich stilisierten die Verfechterinnen des Deutschtums in Flotten-, Kolonial- und Auslandsvereinen Frauen zu „Hüterinnen deutscher Art und Sitte“, die mit kultureller Hegemonie die imperialistische Macht der Männer in den eroberten Kolonien und deutschen Siedlungsgebieten absichern sollten. Politische Brisanz wuchs diesem Kulturimperialismus besonders an den Ostgrenzen des Kaiserreichs zu, wo die polnische Volksgruppe auf die ethnische Unterdrückungspolitik der Regierung mit Streiks zur Durchsetzung kultureller Selbstbestimmung reagierte. Völkische Frauen betrachteten sich unter Rückgriff auf das „germanische Weib“ als „Arbeits- und Kampfgenossin des Mannes“, dazu ausersehen, bei der „Pflege des deutsche(n) Sippen- und Rassenempfindens“ zu helfen. Allmählich kamen die Funktionäre der völkischen und

30 Vgl. ausführlich U. Planert, Vater Staat (Anm. 18).

31 Vgl. Rahel Varnhagen, Einige Worte über das Verhältnis der deutschen Frauen zu den jetzigen Weltbegebenheiten, in: Deutsche Blätter, 2 (1814), S. 313–315.

32 Vgl. Louise Ottos Zuschrift an die Sächsischen Vaterlandsblätter, 3 (1843), Nr. 159, vom 5. 10. 1843, S. 701.

33 Vgl. Carola Lipp (Hrsg.), Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und der Revolution 1848/49, Buhl-Moos 1986.

34 Vgl. dies., Liebe, Krieg und Revolution. Geschlechterbeziehungen und Nationalismus, in: ebd., S. 353–384.

35 Vgl. Ute Planert, Die Nation als „Reich der Freiheit“ für Staatsbürgerinnen: Louise Otto zwischen Vormärz und Reichsgründung, in: dies. (Hrsg.) (Anm. 18), S. 113–130.

36 Vgl. Barbara Greven-Aschoff, Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894–1933, Göttingen 1981.

37 Vgl. Roger Chickering, „Casting their Gaze More Broadly“. Women's Patriotic Activism in Imperial Germany, in: Past & Present, 118 (1988), S. 156–185.

nationalistischen Vereine nicht mehr umhin, bei aller öffentlichen „Die-Frau-gehört-ins-Haus“-Rhetorik dem Beitrag der Frauengruppen zur Verbreitung ihrer politischen Vorstellungen Tribut zu zollen. Im Verlauf des Ersten Weltkriegs nahmen etliche dieser Organisationen Frauen als gleichberechtigte Mitglieder auf. Die chauvinistische Vaterlandspartei schließlich, 1917 gegründet, mochte von Anfang an nicht auf die Mitarbeit weiblicher Gleichgesinnter verzichten.³⁸

Wie wirksam das nationale Paradigma war, zeigte sich daran, dass es sich in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg selbst in Gruppen durchzusetzen begann, denen das Stigma des „inneren Reichsfeindes“ anhaftete: bei den Katholikinnen und unter den Anhängerinnen der Sozialdemokratie. Der katholische Frauenbund gedachte in Dankbarkeit der Reichsgründung, warb für Aufrüstung und arbeitete eng mit kolonialen Frauenvereinen zusammen. Im Ersten Weltkrieg schlossen sich dann auch sozialdemokratische Frauenvereine den

lokalen Organisationen des Nationalen Frauendienstes an und probten unter dem Druck außenpolitischer Ereignisse den Schulterchluss zum Wohl des Vaterlands.³⁹

Sozialistische, bürgerlich-gemäßigte und radikale Frauenrechtlerinnen arbeiteten im Ersten Weltkrieg erstmals Hand in Hand, und dass – anders als noch vor dem Krieg – im Frühjahr 1918 die deutschen Frauenvereine fast ausnahmslos die Wahlrechtsforderung unterstützten, lag in der Konsequenz eines Modells, das nationale Einsatzbereitschaft mit Mitbestimmung zu honorieren versprach. Indem Frauen Politik als angewandte Vaterlandsliebe definierten, legitimierten sie damit öffentliches Auftreten und politisches Engagement. Nationalismus fungierte so als Emanzipationsstrategie nach innen bei Abgrenzung nach außen. Früher oder später, so darf angenommen werden, wäre es daher auch ohne die Revolution von 1918/19 zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts gekommen.⁴⁰

38 Vgl. Ute Planert, Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität, Göttingen 1998, S. 221–240, und die Beiträge in: dies. (Hrsg.) (Anm. 18).

39 Vgl. Barbara Guttman, Weibliche Heimarmee. Frauen in Deutschland 1914–1918, Weinheim 1989.

40 Vgl. Ute Planert, Antifeminismus im Kaiserreich: Indikator einer Gesellschaft in Bewegung, in: Archiv für Sozialgeschichte, 38 (1998), S. 93–116.

Ethnonationalismus und das politische Potenzial nationalistischer Bewegungen

Massiver, zuweilen aggressiv vertretener Ethnonationalismus¹ prägt heute weltweit politische Prozesse. Mobilisierte Ethnizität tritt als politisches Instrument vor allem in Krisensituationen in Erscheinung, so im Verlauf von Wirtschaftskrisen, die zu Verteilungskonflikten zwischen verschiedenen kulturell bzw. ethnisch definierten Gruppen führen, oder in Zusammenhang mit kriegerischen Auseinandersetzungen, insbesondere wenn sie in der Öffentlichkeit als „ethnische“ wahrgenommen werden. Allerdings sind längst nicht alle diese Konflikte wirklich ethnischen, auf eine Volksgruppe bezogenen Ursprungs. Zuweilen kommt es zu einer „Ethnisierung“, um den Konflikten einen scheinbar unabwendbaren Charakter zu verleihen.² Claus Offe spricht in diesem Zusammenhang von einem „Trend zur ethnischen Dramatisierung“³.

Für ethnonationalistische Bewegungen eröffnet sich vor allem immer dann ein breites Aktionsfeld in noch nicht stabilisierten Institutionen- und Parteiensystemen, wenn der Systemübergang nicht nur den Umbau des Regierungssystems, sondern auch eine „offene nationale Frage“ betrifft. Vor allem Systemwechsel wie die in Europa nach dem Untergang des Ostblocks sind Situationen besonderer Unsicherheit. Parallel zur Demokratisierung verlaufende *Nation-Building*-Prozesse wie seit Ende der achtziger Jahre in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion und Jugoslawiens⁴ bieten

günstige Voraussetzungen für die Entstehung von Ethnonationalismus. In anderen Fällen, etwa in Spanien nach 1975, wurde die Demokratisierung von der Dezentralisierung eines ehemals zentralistischen Staates begleitet.

Die Kraft des Ethnonationalismus

Selten kommt es zum aktiven Aufbegehren allerer, die sich als Teil einer Nation begreifen. Deshalb treten ethnonationalistische Bewegungen als die maßgeblichen sozialen Akteure in Erscheinung. Ihnen obliegt die notwendige Politisierung der ethnischen Identität, die Formulierung nationalistischer Forderungen und Ziele sowie die Mobilisierung von Mitgliedern und Sympathisanten. Ethnizität wird hier nicht als naturgegebenes, ewiges gesellschaftliches Ordnungsprinzip, sondern als konstruiertes bzw. „erdachtes“ Ergebnis eines Prozesses sozialen Handelns von Akteuren definiert. Differierende kulturelle Merkmale sind Ressourcen, die den Akteuren zur eigenen Abgrenzung dienen, jedoch zunächst aktiviert werden müssen.⁵ Entscheidend ist der subjektive Wille, sie als Grundlage für politische Strategien zu verwenden.⁶ Kollektive, auch ethnische Identität wird dabei in erster Linie im täglichen Diskurs kreiert.⁷ Politischen Meinungsbildnern kommt hier besondere Bedeutung

1 In diesem Beitrag wird Ethnonationalismus als Ideologie von Völkern verstanden, die sich als staatenlose Nation begreifen, auf die Bildung eines eigenen Nationalstaates abzielen und dies durch tatsächliche oder angebliche ethnisch-kulturelle „Besonderheiten“ rechtfertigen. Oft wird auch die Bezeichnung (Ethno-)Regionalismus verwendet; vgl. Hans-Jürgen Puhle, Staaten, Nationen und Regionen in Europa, Wien 1995, S. 46.

2 Vgl. Urs Altermatt, Das Fanal von Sarajewo – Ethnonationalismus in Europa, Paderborn u. a. 1996, S. 13; Saul Newman, Ethnoregional Conflict in Democracies. Mostly Ballots, Rarely Bullets, Westport 1996, S. 5.

3 Claus Offe, Tunnel am Ende des Lichts, Frankfurt/M. 1994, S. 146.

4 Vgl. Klaus Roth, Zu einer „Politik der interethnischen Koexistenz“: Kann Europa von den historischen Vielvölkerstaaten lernen?, in: Südosteuropa Mitteilungen, (2000) 1, S. 3–21; Pierre Hassner, Neue Strukturen in Europa und die neuen Nationalismen, in: Magarditsch A. Hatschikjan/Peter R. Weilemann (Hrsg.), Nationalismen im Umbruch.

Ethnizität, Staat und Politik im neuen Osteuropa, Köln 1995, S. 14–28, hier: S. 21; Peter R. Weilemann, Die Schwierigkeiten, mit dem Selbstverständnis zu leben: Nationen und Nationalismen in Europa, in: ebd., S. 7–13, hier: S. 7 f.

5 Vgl. Daniel Bell, Ethnicity and Social Change, in: Nathan Glazer/Daniel P. Moynihan (Hrsg.), Ethnicity. Theory and Experience, Cambridge, Mass. 1975, S. 141–174, hier: S. 172.

6 Vgl. Paul B. Hill/Rainer Schnell, Was ist Identität?, in: Hartmut Esser/Jürgen Friedrichs (Hrsg.), Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie, Opladen 1990, S. 25–42, hier: S. 26 ff; Rainer Schnell, Dimensionen ethnischer Identität, in: ebd., S. 43–72; Friedrich Heckmann, Ethnos – eine imaginierte oder reale Gruppe? Über Ethnizität als soziologische Kategorie, in: Robert Hettlage/Petra Deger/Susanne Wagner (Hrsg.), Kollektive Identität in Krisen, Opladen 1997, S. 46–55.

7 Vgl. Bernhard Giesen, Nationale und kulturelle Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewusstseins in der Neuzeit, Frankfurt/M. 1991, S. 12.

zu, da sie Identifikationsangebote bereitstellen und so die kollektive Identität wesentlich prägen. Wichtig für die Herstellung und Stabilisierung ethnischer Identität scheint insbesondere das so genannte kollektive Gedächtnis zu sein, das für den Einzelnen sinn- und identitätsstiftend wirkt.⁸

In ethnisch gemischten Gesellschaften kann ethnische Zugehörigkeit als „emotionale Sicherheitskategorie“ fungieren:⁹ „Ethnic affiliation provides a sense of security in a divided society, as well as a source of trust, certainty, reciprocal help, and protection (...).“¹⁰ So kann Ethnizität positiv und konstruktiv zur Beschreibung und Festigung des Selbstverständnisses einer Gruppe in einer größeren Gemeinschaft genutzt werden. Allerdings stützt sie sich stets auf einen „Ab- und Ausgrenzungsdiskurs“, der nicht nur das Selbstbild der Ethnie, sondern immer auch die Klassifikation des Anderen beinhaltet.¹¹ In der Folge stellt sich zwangsläufig die konfliktfördernde Frage nach Dominanz und Unterwerfung im Verhältnis der ethnischen Gruppen zueinander.¹²

Ethnonationalismus ist somit als moderne Spielart des Nationalismus zu kennzeichnen. Nationalistische Vorstellungen orientieren sich unabhängig von ihren historisch-konkreten Erscheinungsformen immer an der Idee einer Nation, die es zu verteidigen oder aber erst zu konstruieren gilt. Grundsätzlich kann zwischen zwei Nationsverständnissen unterschieden werden: dem der politisch-subjektiven, etatistischen Nation, die auf gemeinsamen Wertvorstellungen sowie auf dem Bekenntnis zu einem gemeinsamen Staat basiert, und dem der kulturell-objektiven, auf vermeintlich vorgegebenen, unwandelbaren Kriterien gründenden Nation.¹³ Der Ethnonationalismus greift immer auf die zweite Auffassung zurück.

8 Vgl. Ruth Wodak u. a., Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität, Frankfurt/M. 1998, S. 35.

9 Georg Elwer, Nationalismus, Ethnizität und Nativismus – über die Bildung von Wir-Gruppen, in: Peter Waldmann/ders. (Hrsg.), Ethnizität im Wandel, Saarbrücken 1989, S. 21–60, hier: S. 46.

10 Donald L. Horowitz, Democracy in Divided Societies, in: Journal of Democracy, (1993) 4, S. 18–38, hier: S. 32.

11 Vgl. Jaroslav Stritecky, Identitäten, Identifikationen, Identifikatoren, in: Eva Schmidt-Hartmann, Formen des nationalen Bewusstseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien, München 1994, S. 53–66, hier: S. 53; Aleida Assmann, Zum Problem der Identität aus kulturwissenschaftlicher Sicht, in: Leviathan, (1993) 2, S. 238–253, hier: S. 240.

12 Vgl. Richard Jenkins, Social Anthropological Models of Inter-Ethnic Relations, in: John Rex/David Mason (Hrsg.), Theories of Race and Ethnic Relations, Cambridge 1986, S. 170–186, hier: S. 177.

13 Vgl. Christian J. Jäggi, Nationalismus und ethnische Minderheiten, Zürich 1993, S. 20 ff.

Mittlerweile hat sich die noch vor wenigen Jahren weit verbreitete Vermutung, Nationalismus sei im Zeitalter der Globalisierung eine längst überwundene politische Kraft, als falsch erwiesen. Die bis in die sechziger Jahre hinein einflussreiche modernisierungstheoretische These, sozio-ökonomischer und technologischer Fortschritt werde dem Aufbegehren unzufriedener Minderheiten allmählich ein Ende bereiten, ist von der neueren politikwissenschaftlichen Forschung längst umfassend revidiert worden. Gerade in den letzten Jahren ist die Rückkehr des ethnischen Nationalismus – ob als „Ersatzideologie“ für den obsolet gewordenen Marxismus-Leninismus¹⁴ oder als Antwort auf die Effizienz- und Legitimitätskrise westlicher Staats- und Gesellschaftsmodelle – nicht mehr zu übersehen. Es scheint, als sei das Abgrenzungs- und Selbstbehauptungsbedürfnis in den letzten Jahren gar gestiegen.¹⁵ Ethnizität wurde in diesem Sinne als soziales Organisationsprinzip begriffen, das in modernen, industrialisierten Massengesellschaften eine Antwort auf den erhöhten organisatorischen Bedarf an Kollektiven bereithalte.¹⁶ Es wurde sogar die Meinung vertreten, dass sich Minderheitskulturen zuweilen ihrer Besonderheit erst in Auseinandersetzung mit der Mehrheitskultur bewusst geworden seien und erst dann begonnen hätten, ernsthaftes Interesse an der Bewahrung des Eigenen zu entwickeln und öffentlich zu äußern.¹⁷

Diskurse, Ziele und Strategien nationalistischer Bewegungen

Der Charakter nationalistischer Bewegungen wird vor allem durch ihre Diskurse, Zielsetzungen und Strategien geprägt. Vereinfacht gesagt, haben sie entweder das Ziel, einen bestimmten gesellschaftlichen oder politischen Status quo aufrechtzuerhalten, oder sie streben nach dessen Verände-

14 Vgl. Ellen Krause, Nationalismus als Folge psychischer, sozialer und kultureller Identitätsverluste, in: Gerd Mayer (Hrsg.), Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch, Tübingen 1993, S. 67–80, hier: S. 67.

15 Vgl. Walker Connor, Nation-Building or Nation-Destroying, in: World Politics, 24 (1972), S. 319–355; Daniele Conversi, Domino Effect or Internal Development? The Influences of International Events and Political Ideologies on Catalan and Basque Nationalism, in: West European Politics, 16 (1993), S. 245–270, hier: S. 248.

16 Vgl. Frederic Barth (Hrsg.), Ethnic Groups and Boundaries. The Social Organization of Culture Differences, Bergen–Oslo 1969, S. 9.

17 Vgl. Peter Waldmann, Ethnoregionalismus und Nationalstaat, in: Leviathan, 21 (1993), S. 391–406, hier: S. 394.

zung. Das Spektrum der Zielsetzungen reicht von Forderungen nach erhöhter politischer Mitbestimmung im bestehenden System bis hin zur völligen Loslösung aus dem existierenden Staatsverband. Oft greifen nationalistische Wortführer auf populistische Strategien und Rhetorik zurück. Generell liegt nationalistischen Diskursen die Absicht zu Grunde, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Zentralstaat zu erschüttern und durch eine andere politische Loyalität zu ersetzen. So geraten nationalistische Bewegungen trotz ihrer antizentralistischen Protesthaltung paradoxerweise in die Abhängigkeit von eben diesem Zentrum.

Unabhängig von der Reichweite ihrer Zielsetzungen geht es ethnonationalistischen Bewegungen stets um die Gestaltung der Beziehungen der Minderheit zur Mehrheit. Ihre Diskurse verweisen in der Regel auf wahrgenommene Missstände und Entwicklungsdefizite in den betroffenen Gebieten und Regionen, geben dem Zentralstaat durch die Inszenierung einer „rhetorischen Feindschaft“ einen erheblichen Teil der Schuld und sehen in der Zunahme eigener Kompetenzen die einzige Chance für langfristige Verbesserungen. Einen wichtigen Bestandteil ethnonationalistischer Diskurse machen Werte und Begriffe aus, mit denen die eigene „Besonderheit“ illustriert und positiv hervorgehoben werden soll. Geeignet erscheinen insbesondere Merkmale der kollektiven Identität, die von den Betroffenen als besonders relevant eingeschätzt werden und sich besonders wirkungsvoll inszenieren lassen, so zum Beispiel eine eigene sprachliche Tradition, kulturelle Werte und nicht zuletzt auch die kollektive Erinnerung an in der Vergangenheit bestehende Rechte und Institutionen.

Begründen lässt sich die Existenz nationalistischer Bewegungen ganz allgemein zum einen mit dem Gefühl der Diskriminierung der von ihnen Vertretenen auf politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlich-kultureller Ebene.¹⁸ Jochen Blaschke nennt dies in Anlehnung an den ursprünglich von Michael Hechter formulierten Ansatz des „internen Kolonialismus“¹⁹ die „innere Peripherie“²⁰. Nationalismus ist hier ein Instrument sowohl zur Abwehr von Peripherisierung als auch zur Durch-

setzung eines eigenen, alternativen Entwicklungsprojekts. Zum anderen kann jedoch auch das Bewusstsein eigener Überlegenheit bzw. Überentwicklung zur Herausbildung nationalistischer Bewegungen führen. Dies ist dann der Fall, wenn sozioökonomisch weit fortgeschrittene substaatliche Einheiten sich dagegen zur Wehr setzen, ihren Wohlstand mit anderen, weniger entwickelten Einheiten innerhalb eines Gesamtstaates teilen zu müssen. Dieter Senghaas spricht in diesem Zusammenhang von „Besitzstandswahrung“ und von dem Versuch, den „Ressourcenabfluss“ zu stoppen.²¹

Anthony D. Smith unterscheidet sechs Zielsetzungen nationalistischer Bewegungen: Isolierung, Anpassung, Kommunalismus (der Versuch der Selbstbehauptung auf lokaler Ebene mit nur begrenztem Einfluss auf die politische Willensbildung), Autonomie, Separatismus und Irredentismus, d. h. das Streben nach Vereinigung mit dem Staat, in dem die eigene ethnische Gruppe die Mehrheit bildet.²² Föderalisten begreifen gesamtstaatliche und substaatliche Territorialität als miteinander vereinbar; innerhalb nationalistischer Bewegungen finden ihre Argumentationsmuster kaum Beachtung. Autonomisten hingegen lehnen die These von der Unteilbarkeit staatlicher Souveränität ab und wenden sich gegen die Übermacht der zentralen politischen Instanzen. Deshalb sind sie innerhalb nationalistischer Bewegungen besonders stark vertreten. Im Mittelpunkt ihrer Forderungen steht die Ausgestaltung des Bezugsrahmens zwischen dem eigenen Subjekt und dem Zentrum unter Wahrung der Eigenständigkeit. Die territorial begrenzten Sonderinteressen der jeweiligen Nation oder Region werden dabei als eigenständige politische Dimension begriffen. Separatistisch orientierte nationalistische Bewegungen stellen die Geltungslegitimität des gesamtstaatlichen politischen Systems in Abrede und erheben für ihre Nation, Ethnie oder Region den Anspruch auf Gründung eines souveränen Staates. Dann sind eine gleichzeitige Anerkennung subnationaler und gesamtstaatlicher Territorialität sowie die Vereinbarkeit von eigener und gesamtstaatlicher Identität nicht mehr möglich.

Oft ist es kaum möglich, eine eindeutige Klassifikation nationalistischer Bewegungen anhand ihrer Zielsetzungen vorzunehmen. So können sich die

18 Vgl. Andreas Wimmer, *Interethnische Konflikte. Ein Beitrag zur Integration aktueller Forschungsansätze*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (1995) 3, S. 464–493, hier: S. 473.

19 Michael Hechter, *Internal Colonialism: the Celtic Fringe in British National Development, 1536–1966*, London 1975.

20 Jochen Blaschke, *Volk, Nation, Interner Kolonialismus, Ethnizität. Konzepte zur politischen Soziologie regionalistischer Bewegungen in Westeuropa*, Berlin 1985.

21 Dieter Senghaas, *Vom Nutzen und Elend der Nationalismen im Leben von Völkern*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 31–32/92, S. 23–32, hier: S. 27.

22 Vgl. Anthony D. Smith, *Theories of Nationalism*, London 1972, S. 15 ff.

Ziele im Laufe der Zeit verändern.²³ Ursprünglich radikale Forderungen lassen sich durch politische, sozioökonomische oder kulturelle Maßnahmen, Kompromisse, Annäherung an den Zentralstaat oder (freiwillige) Assimilation entschärfen. Dezentralisierung, Autonomie oder Minderheitenrechte ermöglichen den substaatlichen Einheiten eine verbesserte Integration und Mitwirkung im Gesamtstaat sowie die Übernahme von Eigenverantwortung in Bereichen, die sie als besonders wichtig erachten.

Allerdings können sich die Diskurse auch stetig verschärfen. Verschiedene Ursachen dafür sind denkbar: Erstens können die konsequente Missachtung ihrer Forderungen durch den Gesamtstaat, die Ablehnung von Verhandlungen sowie Diskriminierung oder Unterdrückung eine nationalistische Bewegung in die Radikalität drängen. Zweitens kann jedoch auch gerade die erfolgreiche Zentralisierung in demokratischen, auf politischem Wettbewerb basierenden Systemen zu einer Verschärfung nationalistischer Strategien und Ziele führen. Diese auf den ersten Blick paradoxe Entwicklung ist dann zu erwarten, wenn Begriffe und Konzepte wie Autonomie oder Selbstbestimmung zum „Allgemeingut“ geworden sind und nationalistische Parteien deshalb das Monopol über einst „ureigene“ Themen einbüßen. Um sich auch weiterhin ein im politischen Wettbewerb auf Dauer unterscheidbares Profil zu sichern, sehen sie sich in der Folge oft dazu gezwungen, zu noch radikaleren Forderungen überzugehen. Nur wenn sie glaubhaft machen können, dass das bisher Erreichte nicht als Endzustand akzeptiert werden kann, ist das Überleben nationalistischer Bewegungen als „natürliche“ Interessenvertretung der Nation bzw. Ethnie langfristig garantiert.

Ein derartiges Szenario zeigt sich beispielsweise im spanischen Baskenland. Dort war die gemäßigt nationalistische PNV (*Partido Nacionalista Vasco*, Baskisch-Nationalistische Partei) während des Systemwechsels Mitte der siebziger Jahre die Kraft, die besonders engagiert und erfolgreich für die Kompetenzverlagerung von Madrid in die Region eintrat, während insbesondere die konservativen nicht-nationalistischen Parteien Dezentralisierung und Autonomie ablehnten.²⁴ Spätestens seit Beginn der neunziger Jahre bejahen jedoch auch die Nicht-Nationalisten im Baskenland die Autonomie. Als ihr „Alleinvertretungsanspruch“ baskischer Interessen ins Wanken geriet, radikali-

sierte sich der Diskurs der PNV: Wo es früher um eigene Kompetenzen und Institutionen für die Region ging, wird heute immer vehementer die vollständige Unabhängigkeit von Spanien gefordert.²⁵

Die Ziele nationalistischer Bewegungen sind vage, unbestimmt oder auch widersprüchlich. Der Grund dafür mag darin liegen, dass sie verschiedene gesellschaftliche Gruppen „bedienen“ müssen, vor allem, wenn sie nicht nur auf substaatlicher Ebene politisch aktiv sind, sondern auch an der Willensbildung des Gesamtstaates teilhaben. „Doppelzüngigkeit“ ist insbesondere dann zu erwarten, wenn die erwünschte Kooperation mit dem Zentrum eine Mäßigung der Ziele verlangt, die eigene regionale Wählerschaft jedoch auf der Wahrung und Förderung der „Besonderheiten“ und der spezifischen Interessen pocht. Je unbestimmter und vieldeutiger die Parolen sind, desto eher scheinen sie geeignet, zu mobilisieren und zugleich der nationalistischen Bewegung den notwendigen Handlungs- und Argumentationsspielraum für unterschiedliche politische und gesellschaftliche Konstellationen zu gewähren.

Im spanischen Baskenland beispielsweise kündigte die von der PNV geführte Regionalregierung über Jahre hinweg ein Referendum über die „Selbstbestimmung“ (*autodeterminación*) an, weigerte sich jedoch lange, deren Inhalte zu präzisieren. Es scheint, als habe die PNV bewusst auf die Klarstellung der Frage verzichtet, ob Selbstbestimmung tatsächlich die Sezession des Baskenlandes vom spanischen Staat bedeutet. Zwar gab und gibt es in der PNV Anhänger dieser Forderung; ob sie allerdings mehrheitsfähig ist, muss bezweifelt werden.²⁶

Nationalistische Handlungen umfassen mehr oder weniger bewusste, automatisierte Strategien. Allerdings wird politisches Handeln auch durch strukturelle Gegebenheiten, zeitliche Zwänge und eine Reihe anderer politischer und sozioökonomischer Faktoren beeinflusst. Idealtypisch kann zwischen konstruktiven, bewahrenden bzw. rechtfertigenden sowie verändernden bzw. destruktiven Strategien unterschieden werden. In der Regel treten sie in „gemischter“ Form auf. So wird zumeist gleichzeitig versucht, ein beschädigtes Selbstbild zu reparieren und zu stärken, bestimmte Forderungen und Verhaltensweisen zu rechtfertigen und den bestehenden Status quo zu verändern.

23 Vgl. dies., Die Baskisch-Nationalistische Partei (PNV) und die Krise im Baskenland: eine Partei zwischen ideologischem Radikalismus und Systemkonformität, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (2003) 2, S. 90–110.

26 Vgl. ebd.

23 Vgl. S. Newman (Anm. 2), S. 10.

24 Vgl. Antje Helmerich, Nationalismus und Autonomie. Die Krise im Baskenland, Stuttgart 2002.

Nationalistische Bewegungen als Parteien

Nationalistische Bewegungen verfügen über unterschiedliche politische Reichweiten. Insgesamt sind ihre Möglichkeiten im Rahmen mehrheitsdemokratischer politischer Entscheidungsprozesse jedoch begrenzt. Außerparlamentarische, meist intellektuell geprägte Gruppen beschränken sich gezwungenermaßen auf die Beeinflussung des regionalen Meinungsklimas. Im Gesamtstaat gehen ihre Forderungen leicht verloren oder aber werden von anderen Kräften aufgegriffen und in deren Programmik integriert. Ihre geringe Durchsetzungskraft kompensieren diese Bewegungen daher oft mit spektakulären Schwerpunktaktionen im regionalen oder gar lokalen Rahmen. Die Unzufriedenheit bestimmter Schichten, Sektoren oder Gruppen wird so als Folge der nicht vollends garantierten Lebens- und Funktionsfähigkeit der Region oder des lokalen Kontextes dargestellt. Nicht-parlamentarische nationalistische Bewegungen müssen versuchen, regionale Sonderinteressen so stimmig, überzeugend und plakativ wie möglich zu inszenieren und dadurch politischen Druck auszuüben. Nur so sind sie auch ohne institutionelle Verankerung unter Umständen in der Lage, zentrale Institutionen oder Akteure in deren politischem Handeln zu beeinflussen. Besondere Wirkungskraft ist dann zu erwarten, wenn es deutlich sichtbare, für den einzelnen Menschen leicht nachvollziehbare ethnische Spezifika gibt, mit denen sich Forderungen einerseits und Kritik andererseits begründen lassen. Zudem ist es günstig, wenn innerhalb der nationalistischen Bewegung ein gewisser Konsens über die Inhalte der Forderungen und insbesondere deren antizentralistische Stoßkraft herrscht.

In modernen, liberal-demokratischen Staaten versuchen nationalistische Bewegungen meist, als politische Parteien aufzutreten.²⁷ Bisweilen gelten demokratische Mehrparteiensysteme gar als besonders geeignete „Aktionsfelder“ für politisierten (Ethno-)Nationalismus.²⁸ Als Parteien können nationalistische Bewegungen an Wahlen teilnehmen und in Institutionen mitarbeiten. Besonders auffällig ist die Fähigkeit nationalistischer Parteien, über Klassen- und Generationengrenzen hinweg Menschen zu mobilisieren. Dabei wird zwischen „neotraditionellen“ Parteien, die sich auf

frühere ethnonationalistische Bewegungen besinnen und insbesondere religiöse, kulturelle und sprachliche Forderungen vertreten, „klassenübergreifenden“ Parteien, die sich nicht an spezifische sozioökonomische Gruppen, sondern an die gesamte Bevölkerung der substaatlichen Einheit wenden, „selektiv-protektiven“ Parteien, die sich als Sprachrohr der am meisten benachteiligten regionalen Gruppe verstehen, und „selektiv-entwicklungsorientierten“ Parteien unterschieden. Diese vertreten den aufstrebenden regionalen Bevölkerungsteil, der glaubt, durch Autonomie bzw. Unabhängigkeit an Einfluss zu gewinnen.²⁹

Interessant ist das Verhältnis zwischen nationalistischen und nicht-nationalistischen Parteien. Kommt es zwischen ihnen zur Zusammenarbeit, oder stehen sie sich in scharfer ideologischer Konfrontation gegenüber? Eine tiefe Kluft zwischen nationalistischen und nicht-nationalistischen Akteuren, zu der es umso eher kommt, je radikaler die Forderungen der Nationalisten sind, vermindert die Chancen zu Kooperation und zur Aushandlung von politischen Kompromissen. Darüber hinaus birgt die Gegenüberstellung von Nationalisten und Nicht-Nationalisten im Parteiensystem stets die Gefahr, sich auf die Gesellschaft zu übertragen und so auf Dauer das Zusammenleben der Menschen im Staatswesen zu erschweren.

Unabhängig von der Stärke und dem Erfolg formalisierter nationalistischer Parteien im staatlichen Institutionensystem werden diese kaum auf außerparlamentarische Strategien verzichten. Protestmärsche, Streiks oder symbolische Aktionen erscheinen auch deshalb notwendig, weil sich nationalistische Parteien bzw. Bewegungen stets als überparteiliche Vertreter aller Mitglieder der Nation bzw. Ethnie begreifen und somit auch dazu tendieren, „für alle“ sprechen zu wollen. Dabei wird selten unterschieden zwischen denen, die sich tatsächlich vertreten lassen wollen und nationalistische Ziele befürworten, und denen, die keinen Dissens zwischen ihrer parallelen Zugehörigkeit zu einer substaatlichen Einheit und einem multiethnischen Staat sehen.

Insbesondere in Systemwechselprozessen stellt sich für nationalistische Bewegungen bereits früh die grundlegende Frage nach ihrer Bereitschaft, im neu entstehenden demokratischen System mitzuarbeiten. In größerem Ausmaß als in bereits vollständig institutionalisierten, stabilen politischen Systemen bieten sich beim Übergang eines Staates vom Autoritarismus zur Demokratie Handlungsspielräume

27 Vgl. S. Newman (Anm. 2), S. 9.

28 Vgl. Alvon Rabushka/Kenneth Shepsle, *Politics in Plural Societies: A Theory of Democratic Instability*, New York 1972.

29 Vgl. S. Newman (Anm. 2), S. 10f.

für nationalistische Bewegungen und Parteien. Unter Umständen gelingt es ihnen, sich konstruktiv am Verfassungsgebungsprozess zu beteiligen. So können nationalistische Forderungen, Ziele und Werte Bestandteil des neuen demokratischen Staats-„Gerüsts“ werden. Juan J. Linz weist zu Recht darauf hin, dass gerade die Befürwortung der Mitarbeit im neuen System zur Spaltung der nationalistischen Bewegung führen kann, da sich mutmaßlich auch Teile derselben für den Boykott der neuen Strukturen aussprechen. Am ehesten sei eine einheitliche nationalistische Bewegung dann zu erwarten, wenn keine Aussicht bestehe, künftig an der politischen Macht teilzuhaben.³⁰

Einfache Lösungen in schwierigen Zeiten

Die Wiederkehr des Nationalismus auch in Europa steht spätestens seit den neunziger Jahren außer Frage. Das enorme Potenzial nationalistischer Bewegungen ist vor allem in Situationen besonderer politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Unsicherheit keinesfalls gering zu schätzen. Es scheint, als ob das Bedürfnis an deutlich erkennbaren und leicht erklärbaren Gemeinsamkeiten in dem Ausmaß wächst, in dem Anonymisierungsprozesse das Leben in modernen Gesellschaften kennzeichnen. Insbesondere in Identitäts- und Legitimitätskrisen sind nationalistische Bewegungen geeignet, durch die Propagierung eines auf der Nation bzw. der Ethnie beruhenden Gemeinschafts- und Solidaritätsgefühls ein als schmerzlich empfundenes Ideen- und Wertevakuum zu füllen.³¹ In Umbruch-

zeiten, so scheint es, ziehen sich die Menschen auf kollektive Identitäten und scheinbar „natürliche“ Kategorien wie Nation, Ethnie, Religion oder auch Rasse zurück, die ihnen größere Sicherheiten zu vermitteln scheinen. Die Diskurse nationalistischer Bewegungen versprechen den verunsicherten Menschen Orientierung und Halt, suchen die Schuld an den bestehenden unbefriedigenden Verhältnissen beim Gesamtstaat und zeigen vermeintlich einfache Lösungen auf.

Die Stärke des Nationalismus liegt offenbar gerade in seiner inhaltlichen Unbestimmtheit und Wandlungsfähigkeit.³² So sind nationalistische Bewegungen in der Regel in der Lage, sich an verschiedene Ideologien anzulehnen und sich unterschiedlicher Programme zu bedienen, je nachdem, welche Rahmenbedingungen die Krisensituation setzt: „Ethnoregional parties may (...) change their ideological type in response to crisis.“³³

Nationalistische Bewegungen verfügen daher in politischen und gesellschaftlichen Krisen über einen erheblichen Mobilisierungsvorteil gegenüber anderen, „normalen“ Parteien. Und bei ihnen handelt es sich um deutlich mehr als bloße Übergangsphänomene in Zeiten gesellschaftlicher Transformation. Vielmehr kann der demokratische politische Wettbewerb zur Zementierung des ethnonationalistischen Cleavages³⁴ und zur Radikalisierung des nationalistischen Diskurses führen. Auch wenn man hoffen mag, dass der neu entstandene Ethnonationalismus in West- und Osteuropa in Zukunft Schritt für Schritt an Aggressivität verlieren wird: Nationalistische Bewegungen und Parteien werden – so darf vermutet werden – auch weiterhin eine wichtige Rolle in den politischen Prozessen vieler europäischer Staaten spielen.

30 Vgl. Juan J. Linz, Staatsbildung, Nationbildung und Demokratie. Eine Skizze aus historisch vergleichender Sicht, in: *Transit*, (1994) 7, S. 43–62, hier: S. 58.

31 Vgl. Arnold Suppan/Valeria Heuberger, Nationen und Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa seit 1918, in: Valeria Heuberger/Othmar Kolar/Arnold Suppan/Elisabeth Vyslonzil (Hrsg.), *Nationen, Nationalitäten, Minderheiten. Probleme des Nationalismus in Jugoslawien, Ungarn, Rumä-*

nien, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen, der Ukraine, Italien und Österreich 1945–1990, Wien 1994, S. 11–32.

32 Vgl. U. Altermatt (Anm. 2), S. 23.

33 S. Newman (Anm. 2), S. 10.

34 Cleavages bezeichnen in der Wahlforschung grundlegende Konfliktlinien, welche die Wahlentscheidung beeinflussen.

„Behausung des Menschen in einer unbehausten Welt“

Nation und Europa in der deutschen Geschichte

Werden irgendwann die Nationen in Europa verschwinden und die Nationalstaaten in den Vereinigten Staaten von Europa auf die Ebene von Kantonen herabsinken? Weil es kein europäisches Staatsvolk gebe und das politische Europa noch nicht hinreichend über eine eigene Identität verfüge, so wird häufig argumentiert, bleibe Europa auch auf absehbare Zeit auf den Zusammenhalt der Nationen angewiesen.

Von außen betrachtet präsentiert sich die Lage der Nationen in Europa karger. Überall werden die Gestaltungsmöglichkeiten nationaler Politik aufgrund der weit verbreiteten Abgabe von Souveränität an supranationale Einheiten geringer. Telekommunikation und Medien haben längst Ländergrenzen überwunden, die Finanzmärkte sind globalisiert und zu empfindlichen Seismographen der Gegenwart geworden, die europäische Gemeinschaftswährung ist eingeführt. Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International, der World Wildlife Fund oder weltweit agierende Großkonzerne, die sich gerne als *global player* bezeichnen, haben in der internationalen Politik ein noch vor kurzem unvorstellbares Gewicht erhalten. Der klassische Nationalstaat ist scheinbar auf dem Rückzug. Wegweisende politische Entscheidungen werden immer häufiger auf europäischer Ebene getroffen. Ein europäisches Volk gibt es zwar nicht, doch dafür mehr und mehr eine europäische Öffentlichkeit.

Einheitlich ist das Bild freilich nicht. Noch ist der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs das Gremium, in dem die wichtigsten Beschlüsse getroffen werden, und Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik werden noch immer zu großen Teilen von den Nationalstaaten entschieden. Trotz weitgehender Integration ist im Europa der 25 die strategische Bedeutung von Ad-hoc-Allianzen gestiegen, fallen die unterschiedlichen europapolitischen Schattierungen deutlicher denn je aus. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden ungeachtet der Direktwahl über Listen ausgesucht, über deren Zusammensetzung nationale Auswahlgremien entscheiden. Noch

verfügt die Europäische Union über keine Kompetenzkompetenz. Die Schwäche des Parlaments ist auch auf das Zögern der Mitgliedstaaten zurückzuführen, ihm größere Befugnisse einzuräumen, weil diese befürchten, daraus könnten noch weitere Rechte der europäischen Institutionen abgeleitet werden.

Dieser Umstand kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Stillen in den letzten 40 Jahren eine Transformation des Staates in Europa eingesetzt hat. Ihr Ergebnis ist die Erosion des staatlichen Machtmonopols: Das Verhältnis zwischen Nationalstaat und Europa ist in Fluss geraten. Dieser Wandel legt nahe, einen Blick auf das Verhältnis von Nation und Europa in historischer Perspektive zu werfen und dabei insbesondere das Beispiel Deutschlands zu betrachten.

Der deutsche Nationalstaat

Deutschland hat sich in der Vergangenheit als Motor der europäischen Einigung hervorgetan. Auf Grund ihrer Geschichte schien den Deutschen der erforderliche Souveränitätsverzicht leichter zu fallen als anderen in Europa. Deutschlands Rolle in der Europäischen Union ist wiederholt als Musterknabenverhalten bezeichnet worden. Mit Integrationsfreundlichkeit wird eine positive Verhaltensweise beschrieben: Das Nationale gilt als Mittel zum europäischen Zweck, wie es der Satz von der Identität von deutscher und europäischer Außenpolitik auf den Punkt bringt.¹

Trotz oder gerade wegen dieses deutlich vernehmbaren Europabekenntnisses sind Zweifel an der Dauerhaftigkeit des deutschen Europakurses, die aus älteren Perioden der Geschichte stammen, nie ganz verstummt. Das besondere Interesse auslän-

¹ Vgl. z. B. Christoph Bertram, Zentral, nicht bloß normal. Deutschland muss Anwalt der kleinen Länder Europas werden. So kann es in der EU außenpolitische Führung übernehmen, in: Die Zeit Nr. 32 vom 29.7.2004.

discher Beobachter an der deutschen Politik kann mit diesen aus der deutschen Geschichte herrührenden *Souçons* begründet werden. Die Bekenntnishaftigkeit der deutschen Außenpolitik von Adenauer zu Kohl, von Brandt zu Fischer hat in diesen besonderen Bedingungen ihre Wurzeln. Die Bundesrepublik war im Kalten Krieg nicht nur Frontstaat, sie stand auch unter politischer Bewährung. Das Bekenntnis zu Europa hatte in der alten Bundesrepublik einen konkreten politischen Nutzen: Die Europapolitik hat nach dem verlorenen Krieg einen Ausweg aus der politischen und geistigen Isolierung ermöglicht, die Bindung an die westlichen Siegermächte vertieft und damit unmittelbaren Einfluss auf Platz und Rang des Landes ausgeübt. Die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit 1990 – und im Einklang mit den europäischen Nachbarn – bedeutete die Verwirklichung des in der Verfassung formulierten Staatsziels. Der Zusammenhang zwischen Nation und Europa ist damit in Deutschland auf unmittelbare Weise erfahrbar gemacht worden, wie dies nirgendwo sonst in Europa der Fall gewesen ist. Nation und Nationalstaat, die über vier Jahrzehnte getrennte Wege gegangen waren, wurden wieder vereint.

Ist die deutsche Geschichte mit der Wiederherstellung der nationalen Einheit an ihrem Ziel angelangt? Widerspricht nicht die Vorstellung von einem Endpunkt überhaupt dem Wesen der Geschichte? Ist der Nationalstaat die der deutschen Geschichte gemäße Form? Und worin besteht deren Besonderheit, die den häufig strapazierten Begriff des „deutschen Sonderwegs“ rechtfertigen könnte? Die Fragen an die deutsche Geschichte haben in den vergangenen fünfzehn Jahren eher zugenommen. Das Bewusstsein, Zeitzeuge eines tiefen historischen Einschnitts zu sein, hat in Deutschland das Interesse an der Geschichte, am Weg des deutschen Nationalstaats von 1871 und den Umständen seines Scheiterns wiederbelebt. Unser geschichtliches Denken ist wesentlich von den Prägungen unserer nationalen Vergangenheit beeinflusst, von den Rückschlägen auf dem langen Weg zum Nationalstaat, von den nationalen Empfindungen einer vor-nationalstaatlichen Zeit, von der kurzen, ereignisreichen Geschichte des deutschen Nationalstaats und den Umständen seines Scheiterns. Die Nation ist nichts Statisches, nichts, was nicht der Veränderung unterworfen wäre, auch nichts, was einem ohne eigenes Dazutun in den Schoß gefallen ist. Sie verlangt, wie bei einem Bund fürs Leben, am Anfang ein Bekenntnis und, darauf aufbauend, den festen Willen zur Behauptung in der Gegenwart.

Nichts anderes hat der französische Religionswissenschaftler Ernest Renan (1823–1892) gemeint, als er von der Nation als einem Tag für Tag stattfindenden Plebiszit sprach.² Entscheidendes Merkmal der Nation ist der Wille seiner Bürger, des Staatsvolks, sich zur Nation zu bekennen, ist der Wunsch, ein gemeinsames Leben zu gestalten. Dieser Wille ist in Deutschland selbst in den langen Jahren der Teilung niemals erloschen. Bezugspunkt für das Verständnis der Nation ist in Deutschland über alle Brüche und Enttäuschungen hinweg das Jahr 1871 geblieben. Richard von Weizsäcker hat 1972 im Deutschen Bundestag zu Recht auf die grundlegende Bedeutung der Bismarck'schen Reichsgründung für das deutsche Verständnis von Nation hingewiesen: „Nation ist ein Inbegriff von gemeinsamer Vergangenheit und Zukunft, von Sprache und Kultur, von Bewußtsein und Willen, von Staat und Gebiet. Mit allen Fehlern, mit allen Irrtümern des Zeitgeistes, und doch mit dem gemeinsamen Willen und Bewußtsein hat diesen unseren Nationsbegriff das Jahr 1871 geprägt. Von daher – und nur von daher – wissen wir heute, daß wir uns als Deutsche fühlen.“³

Nach dem Ende der staatlichen Teilung fällt nicht nur auf die überschaubare Periode des deutschen Nationalstaats – insgesamt 74 Jahre, also etwa ein Lebensalter – ein neuer Blick, auch die Geschichte der vier Jahrzehnte der Teilung liegt nun als abgeschlossenes Ganzes vor uns. Von dieser unverstellten Sicht profitieren die in den letzten Jahren erschienenen historischen Gesamtdarstellungen. Heinrich August Winkler hat seine zweibändige deutsche Geschichte unter die Leitfrage nach dem Fortleben des Alten Reiches gestellt, um am Ende zu der These von der geglückten Neubildung der deutschen Nation nach 1990 zu gelangen und Deutschland als postklassischen Nationalstaat zu kennzeichnen.⁴ So wie 1945 der „antiwestliche Sonderweg des Deutschen Reiches“ geendet habe, sei 1990 der „postnationale Sonderweg der alten Bundesrepublik“ zu Ende gegangen. Für Winkler ist der Mythos vom Reich „zur wichtigsten Brücke zwischen Hitler und großen Teilen des gebildeten

2 „L'existence d'une nation est 'un plebiscite de tous les jours“; Ernest Renan, *Qu'est-ce qu'une nation*, Paris 1882. Vgl. allg. zum Verhältnis zwischen Nation und Nationalstaat Friedrich Meinecke, *Weltbürgertum und Nationalstaat*, München 1908.

3 Im Deutschen Bundestag am 24. 2. 1972, zit. nach: Stenographische Protokolle des Deutschen Bundestages, 6. WP, 172. Sitzung, S. 9838.

4 Vgl. Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1: *Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, München 2000; Bd. 2: *Vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, München 2000.

Deutschland“ geworden.⁵ Die Verfassungsfigur des Alten Reiches – übernational, monströs, schwerfällig, in seinen Institutionen festgefügt – war eine Eigenart der deutschen Geschichte, die diese von derjenigen seiner Nachbarn unterschied; doch wie präsent ist das Alte Reich nach seinem Untergang im Jahr 1806 gewesen?

Auch die politische Erscheinungsform des 1815 gegründeten Deutschen Bundes, eines freien Zusammenschlusses souveräner Staaten, war politisch zur Ohnmacht verdammt und diente häufig als Zielscheibe für Spott. Mit den Niederlanden – für die Bundesfestung Luxemburg – und Dänemark – der dänische König regierte in Personalunion auch Schleswig-Holstein – gehörten ihm auch nicht-deutsche Mächte an, Österreich hingegen in einer eigenartigen Zwitterstellung lediglich mit seinem deutschen Teil, also gut einem Drittel seines Gebiets. Die Nation hatte in Deutschland lange Zeit vor allem in der Welt der Ideen, in der geistigen Vorstellung existiert. Dies begünstigte die Hinwendung zum Imaginären, auch, weil nach dem Untergang des Alten Reiches überhaupt keine staatliche Organisationsform mehr vorhanden war. Das Bekenntnis zur Nation konnte auf diese Weise zur innerweltlichen Heilslehre aufsteigen und hat sich in einer diffusen Reichsmystik niederschlagen.

Mit politischer Prägekraft ist dies gleichwohl nicht zu verwechseln. In dem Maße, in dem sich traditionelle Bindungen – etwa aufgrund von Wanderungsbewegungen und infolge der Industriellen Revolution – lockerten, erhöhte sich der Wert für das Individuum, das nun sein Schicksal selbst in die Hand nehmen konnte. Diskussion, Sprache und Kultur erhielten im entstehenden Gefüge eine neue, wesentlich gestärkte Funktion. Es war kein Zufall, dass gerade bei den besonders mobilen Gruppen – bei Professoren, Studenten und Publizisten – das Bekenntnis zur Nation am deutlichsten ausfiel. Doch zunächst war die nationale Bewegung im 19. Jahrhundert in ihren politischen Umrissen diffus, eher durch Gegnerschaft als durch klare Bekenntnisse geprägt, in ihren Zielen heillos utopisch.

Dies ist der geistige Hintergrund, vor dem die Nationalsozialisten die in den gebildeten Schichten weithin vorhandene Reichsromantik instrumentalisieren, sich ebenso skrupellos eines deutsch-tümelnden Mittelalterbegriffs bedienen und bedenkenlos Elemente der katholischen Liturgie in den Dienst ihrer innerweltlichen Heilslehre stellen.

5 Ebd., Bd. 1, S. 554.

Doch im Kern blieb die neuheidnische Ideologie des Nationalsozialismus ein ausgesprochen uneinheitliches, widersprüchliches Gebräu und diente zuvörderst der Legitimierung und der Verfestigung der Herrschaft Adolf Hitlers. Ohne eine bestimmte politische Konstellation aus inneren und äußeren Voraussetzungen, welche die Demokratie von Weimar belasteten, wäre Hitlers Macht ergreifung nicht möglich geworden. Wenn es eine „Brücke zwischen Hitler und großen Teilen der gebildeten Deutschen“ gab, war es der Wunsch nach politischer Veränderung, nach Revision von Versailles, und nicht die Brücke zum Alten Reich.

Die Legitimität der Nation

Jede Nationalgeschichte verläuft anders.⁶ Rudolf Stadelmann hat in der Abwesenheit von Revolutionen ein Charakteristikum der deutschen Geschichte ausgemacht und die Reformation, „die größte deutsche Befreiungsleistung“, und den aufgeklärten Absolutismus als spezifische Errungenschaften der deutschen Geschichte identifiziert.⁷

Eine Unterscheidung zwischen Nation und Nationalstaat kommt der Diskussion um Europa und seine nationalen Prägungen zugute. Beide Begriffe sind nicht identisch, auch wenn sie oft synonym gebraucht worden sind. Schon gar nicht sind sie mit Nationalismus, der übersteigerten, aggressiven Form des Nationalstaatsdenkens, zu verwechseln. Wer die Frage „Nation und Europa“ auf längere Sicht betrachtet, erkennt, dass die geschlossene nationalstaatliche Ordnung nur für einen insgesamt kurzen Zeitraum bestand, das Fortleben der Nation nicht an den Nationalstaat gebunden gewesen ist und dass auch Organisationsformen jenseits des Nationalstaates Bestand haben können, ohne dabei die Nation preisgeben zu müssen. Europa hat sich über die Nationen im ausgehenden Mittelalter entwickelt. In deren Existenz unterscheidet sich die spätmittelalterliche Welt von der Antike, die keine Nationen kannte.

Die Voraussetzung für den Aufstieg der Nation ist in Deutschland ebenso wie in den anderen europäischen Staaten dadurch geschaffen worden, dass der Mensch in den Mittelpunkt der

6 So auch Richard von Weizsäcker, Dreimal Stunde Null? 1949–1969–1989. Deutschlands europäische Zukunft, Berlin 2001.

7 Rudolf Stadelmann, Deutschland und die west-europäischen Revolutionen, in: ders., Deutschland und Westeuropa, Laupheim 1948, S. 22.

Geschichte gerückt wurde. Freilich verlief die Entwicklung nicht überall gleich. In Frankreich bestand ein nationaler Staat seit dem ausgehenden Mittelalter, in England seit dem Königtum der Tudors und in Spanien immerhin seit der Zeit der Reconquista. In Deutschland hingegen war um 1800 von einem einheitlichen staatlichen oder sozialen Gebilde wenig zu sehen. Vor der Staatsnation existierte in Deutschland die Kulturnation.

Der Schweizer Historiker Herbert Lüthy hat einst zutreffend darauf verwiesen, dass Geschichte immer Geschichte der Gegenwart sei, weil Vergangenes als Vergangenes gar nicht erfahren werden könne, „sondern nur aus der Vergangenheit Gegenwärtiges“⁸. Die Geschichtsbilder der Nationen, wie sie sich in den großen Kontroversen der jeweiligen Nationalgeschichte spiegeln, sind eine Hervorbringung der mit dem ausgehenden 19. Jahrhundert einsetzenden Herausbildung der modernen Nationen. Auf Deutschland bezogen bedeutet dies, dass sich erst mit den Kämpfen um die nationale Einheit seit der Mitte des 19. Jahrhunderts dieses auf den Nationalstaat bezogene Geschichtsbild durchgesetzt hat.

Auffällig sind beim Blick auf die deutsche Geschichte zunächst die zahlreichen Spaltungen: die Auseinandersetzung zwischen Kaiser und Papst, die Teilung des Landes in ein *corpus evangelicorum* und *corpus catholicorum* als Ergebnis des Dreißigjährigen Krieges, der preußisch-österreichische Dualismus, die Debatten über „kleindeutsche“ und „großdeutsche“ Lösungen. Einen deutschen Nationalstaat hat es überhaupt erst seit 1871 gegeben, und der war in seiner kleindeutschen Form von Anbeginn umstritten. Königgrätz (1866) galt manchem als erste deutsche Teilung. Für die Deutschen aus der Donaumonarchie und den östlichen Nachbarländern war im Bismarck-Reich kein Platz, Katholiken und Welfen freunden sich nur schwer mit dem preußisch dominierten Kaiserstaat an, und der bayerische König Ludwig II. hatte der Reichsgründung erst nach erklecklichen Begünstigungen aus Bismarcks Reptilienfonds zugestimmt. Das deutsche Kaiserreich von 1871 war als Nationalstaat mit Geburtsfehlern und strukturellen Anomalien behaftet. Es zählt zu den Charakteristika des Bismarck-Reiches, dass die Nationalitätenprobleme des Kaiserreiches nicht Relikte der übernationalen Vergangenheit von 1806, sondern vielmehr Ergebnis des politischen Prozesses der Nationalstaatsbildung in den Jahren 1864 bis 1871 waren.

8 Herbert Lüthy, *Wo liegt Europa? Zehn Versuche zu den Umtrieben des Zeitgeists*, Zürich 1991.

Die Probleme der Reichsgründungszeit hatten zunächst damit zu tun, dass die machtpolitische Position des Parvenu im Staatensystem prekär war und Bismarck erkennen musste, dass dem neuen Nationalismus in Europa mit der Staatsidee des 18. Jahrhunderts nicht beizukommen war. Die heikle Balance zwischen Innen- und Außenpolitik, die Instrumentalisierung der Außenpolitik für innenpolitische Zwecke, die Fixierung auf Prestige und eine tiefe innere Unsicherheit sind mitverantwortlich dafür, dass Nation und Europa im deutschen Nationalstaat von 1871 keine fruchtbare Ergänzung fanden. Zahlreiche Brüche haben dazu geführt, dass das Bekenntnis zur Nation in Deutschland immer wieder erschüttert wurde.

Mit diesen Erschütterungen hängt zusammen, dass die Legitimität der Nation das große Thema der Geschichte des deutschen Nationalstaats war.⁹ Um wie viel stärker musste die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, deutsche Schuld und deutsches Versagen in der nationalsozialistischen Zeit den Glauben an die eigene Nation beeinträchtigen. Hermann Heimpel sprach unmittelbar nach Kriegsende von der „bange(n) Frage, ob denn die deutsche Geschichte nichts anderes sei als ein sinnloses Auf und Ab, ohne gerade Linie, ohne die Hoffnung der Stetigkeit?“¹⁰

Die geteilte Nation

Dies war die Ausgangslage des Jahres 1945. Die Nation war in zwei Staaten geteilt, die nationalsozialistische Zeit bot keine positiven Anknüpfungspunkte, und die Zeit davor war auch nur sehr bedingt geeignet, Kontinuitätslinien in die Gegenwart zu ziehen. Der Katastrophenstimmung entsprach eine Katastrophenliteratur. Der Wunsch nach einem Abschied von der Geschichte war weit verbreitet. Die Geschichtsmüdigkeit, die nach 1945 einsetzte, folgte indes auch einem natürlichen menschlichen Reflex, um die dringend benötigten heilsamen Kräfte freizusetzen.¹¹

Die „Eingeborenen von Trizonesien“ konnten und wollten keinen „normalen“ Staat gründen. Das

9 Vgl. etwa Franz Schnabel, *Die Legitimität der Nation*, in: *Reden und Aufzeichnungen 1914–1968*, hrsg. von H. Lutz, Freiburg-Wien-Basel 1970, S. 151–163.

10 Hermann Heimpel, *Entwurf einer deutschen Geschichte. Eine Rektoratsrede (1948)*, in: *ders., Der Mensch in seiner Gegenwart*, Göttingen 1954, S. 186.

11 So die These von Hermann Lübke, *Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein*, in: *Historische Zeitschrift*, 236 (1983), S. 579–599.

Erbe des „Dritten Reiches“ blieb die eigentliche Last der deutschen Geschichte. Das schwierige Verhältnis der Deutschen zur Tradition und zum Staat hat darin seinen Grund. Die Bundesrepublik musste von Anfang an mit den Gespenstern der Vergangenheit leben und versuchte doch zugleich, von ihnen loszukommen. Die Situation war scheinbar widersprüchlich: einerseits die Last der persönlichen Erfahrungen, ein Zuviel an erlebter Geschichte, andererseits der Neubeginn, mit dem Wunsch nach einer *Tabula rasa*, welche die Geschichte gar nicht kennt. Das schillernde Wort von der „Normalität“, anderswo eine Selbstverständlichkeit, hat in Deutschland die öffentliche und die veröffentlichte Meinung immer wieder beschäftigt. Die Souveränität war beschränkt, das Land in Zonen geteilt, die Hauptstadt in Sektoren zerschnitten. Selbst der Verzicht auf nationale Symbole zählte anfangs zu den von den Siegern auferlegten Bedingungen.

Und doch gab es mit der offenen „deutschen Frage“ ein nationales Thema, das alle Entscheidungen durchzog. Vielleicht hat es zu keinem Zeitpunkt eine mehr von den Grundfragen der Nation bestimmte Politik gegeben als in der Bundesrepublik in den ersten beiden Jahrzehnten. Über nationale Interessen brauchte nicht gestritten zu werden, die deutsche Frage war das nationale Interesse schlechthin, mit ihr waren die Sicherheit des Landes und das Gleichgewicht in Europa untrennbar verbunden. Das nicht auflösbare Problem blieb, dass damit deutsche Außenpolitik Status-quo-orientiert und revisionistisch zugleich sein musste, die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten aufgrund der Souveränitätsbeschränkung, der Verflechtung mit der internationalen Lage aber ausgesprochen eng waren. Zyklisch kehrte das lähmende Gefühl des Ausgeliefertseins wieder. Berlin war die Achillesferse der freien Welt. Kann eine derartige Politik als „postnationaler Sonderweg“ beschrieben werden, wie sie Heinrich August Winkler in seiner deutschen Geschichte klassifiziert? Oder war sie nicht viel eher ein sehr eigener, nationaler Weg auf eng abgestecktem Gelände?

Die Abgabe von Souveränität war vorbildlich und alternativlos, und sie diente einem politischen Zweck: Nur über die Mitgliedschaft in den entstehenden europäischen Institutionen wurde die Rückkehr Deutschlands in die Staatengemeinschaft der freien Welt möglich. In den Europäischen Gemeinschaften lebten nationale Egoismen fort. Die großen Entscheidungen der europäischen Integration waren immer zugleich Kompromisse, und manchmal kamen sie nationalen Erpressungsversuchen sehr nahe: De Gaulles Politik des leeren

Stuhls, Margaret Thatchers Handtasche, mit der sie ihrer Forderung „I want my money back“ Nachdruck verlieh, oder das Feilschen um Fischfangrechte und um die Stimmengewichtung im Ministerrat haben Spuren hinterlassen. Wenn deutsche Politik weitgehend auf die brachiale Durchsetzung von Partikularinteressen verzichtete, so war dies auch jenem Musterschülerverhalten geschuldet, dem nichts ein größerer Greuel war als die Vorstellung, aus der Reihe zu tanzen.

Das Einerseits-andererseits der deutschen Politik, die Vorliebe für den Spagat, hat in diesem Spannungsverhältnis von Nation und Europa seinen Grund. Deutschlandpolitik wurde seit der Regierung Brandt/Scheel zum Inbegriff der Gratwanderung zwischen Prinzipientreue und menschlichen Erleichterungen. Die politischen Konzessionen durften nie jenen *point of no return* erreichen, an dem die scheinbar nebensächlichen Zugeständnisse eine einseitige Festlegung nach sich zogen.

Es blieb nicht aus, dass sich die Lebenswirklichkeit der Menschen unter diesen Umständen von der Einheit der Nation weg entwickelte. Die Entfernung von den Grundfragen der Nation hatte vor allem biographische Gründe. Seit den späten sechziger Jahren wuchsen in der Bundesrepublik Generationen heran, für die der westdeutsche Teilstaat die einzige Realität bildete. Wo für die älteren Deutschen die Geschichte der Nation vor allem eine von persönlichen Erfahrungen, oftmals von Enttäuschungen geprägte Niedergangsgeschichte war, wuchsen die jüngeren in einem national unvollständigen Land auf, das zu Symbolen und zur Rhetorik des Nationalen ein sehr eingeschränktes Verhältnis hatte. Widersprüche, bewusste und unbewusste, waren die Folge. Dazu zählte, dass „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ in den fünfziger und sechziger Jahren eine der am häufigsten benutzten politischen Wendungen war und doch das Auseinanderleben der beiden Teile nicht verhindert werden konnte.

Im unfreien Teil des Landes war die Situation noch heillos. Die Machthaber in der DDR taten alles, um den für sie gefährlichen Gedanken an die Einheit der Nation auszulöschen. 1968 verschwand der Anspruch auf gesamtdeutsche Gültigkeit aus der Verfassung. Immerhin wurde die DDR noch als sozialistischer Staat deutscher Nation titulierte, bevor 1974 auch dieser letzte Hinweis auf die deutsche Nation ersatzlos getilgt wurde. Vor diesem Hintergrund beschrieb Martin Walser mit seinen bitteren Bemerkungen 1962 das Auseinanderleben der beiden Teile Deutschlands treffend: „Wie wenig wir eine Nation sind, erwies sich, als Deutschland mit

zwei verschiedenen ideologischen Kulturen geimpft wurde. Wie rasch wuchsen die Teile auseinander. Heute gibt es Deutschland nicht mehr. Und wer von Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit spricht, der käme wohl in arge Verlegenheit, verlangte man von ihm, er solle beschreiben, wie er Frankfurt am Main und Frankfurt an der Oder in Frieden und Freiheit in einem Staat zusammenbringen will.¹²

Das Bewusstsein für eine gemeinsame Vergangenheit ist bei den Deutschen schwächer als bei den anderen Europäern ausgeprägt. Die nationale Frage bleibt gleichwohl der rote Faden der deutschen Geschichte. Der Kontinuitätsbruch durch die deutsche Katastrophe von 1945 bestand auch darin, dass mit dem ruhmlosen Ende des deutschen Nationalstaates das Wissen um die Nation als sichere Tatsache verloren gegangen war. Es zählt zu den Grundwidersprüchen der alten Bundesrepublik, dass die Wiederherstellung der nationalen Einheit zum vorrangigen politischen Ziel eines Staates wurde, der am Anfang nicht einmal über nationale Symbole verfügen durfte und sich in seiner Politik *volens volens* nationale Enthaltensamkeit verordnen musste.

Die Überwindung der Teilung 1989/90 erfolgte zu einem Zeitpunkt, als sich die Westdeutschen in ihrer Mehrheit mit der Teilung abgefunden und ihr Lebensgefühl auf postnationale Identität ausgerichtet hatten. Auf paradoxe Weise wurde die Richtigkeit der Adenauer'schen Wiedervereinigungslogik zu einem Zeitpunkt von den Ereignissen bestätigt, als kaum jemand mehr damit gerechnet hatte. Der Strom der Geschichte lässt sich nicht aufhalten; das Spiel um Irrungen und Wirrungen entlang des Ufers behält darüber episodenhafte Züge. Die Teilung blieb nicht das letzte Wort der Geschichte. Der Wunsch nach Freiheit, Demokratie und Menschenrechten, aber vor allem die Sehnsucht nach Wohlstand erwiesen sich als stärker als Gängelei und Zwangsherrschaft. Der Ruf der Montagsdemonstranten vom Herbst 1989 – zunächst nach Freiheit und dann nach Einheit – sprengte die Ketten der Diktatur.

Was die Besonderheiten der Geschichte der Bundesrepublik nach 1945 kennzeichnete, war den äußeren Umständen geschuldet: den Zwängen des Besatzungsregimes und der Einsicht, dass über Integration, also Abgabe von Souveränität, die Wiederaufnahme in die freie Staatengemeinschaft dem Land und seinen Menschen am ehesten gedient war. Das eigentliche Kunststück dieser alles in allem außerordentlich erfolgreichen Politik

12 Martin Walser, Ein deutsches Mosaik (1962), in: Erfahrungen und Leseerfahrungen, Frankfurt/M. 1965, S. 7–28, Zitat auf S. 8.

bestand gerade darin, auch in scheinbar aussichtsloser Lage den Funken der Hoffnung nicht verlöschen zu lassen und am Wiedervereinigungsziel festzuhalten. Von nationalstaatlichen Verirrungen ist diese Politik verschont geblieben.

Nation und Europa

Seit der Wiedervereinigung hat sich Deutschlands Lage wesentlich verbessert. Die „deutsche Frage“ ist verschwunden. Deutsche Außenpolitik ist auf ihren natürlichen Gehalt reduziert, d.h. auf die Frage, welchen Beitrag Deutschland zu einem zusammenwachsenden Europa und zum Frieden in der Welt leisten kann und will. Das enge politische Korsett, in das die alte Bundesrepublik durch die Zwänge der deutschen Frage geschnürt war, ist abgelegt. Geblieben sind die Fragen der Nachbarn, die Last der Geschichte, auch die Lebenserfahrungen seiner Bürger.

Es hat nach 1990 in Deutschland weder eine Renaissance des Nationalen noch eine Abkehr von Europa gegeben. Einzig die Diskussion über ein „Kerneuropa“ im Zusammenhang mit dem Schäuble-Lamers-Papier vom September 1994 hat für einen kurzen Moment Ansätze zu einer Debatte über Europa in die deutsche Öffentlichkeit gebracht.¹³ Die Abwesenheit einer Europadebatte findet ihre Entsprechung darin, dass es nach 1990 zu keiner großen Diskussion über die Nation gekommen ist. Nationale Begriffe – Patriotismus, „deutsche Leitkultur“, deutsche Interessen, „deutscher Weg“ – sind zwar in die tagespolitische Auseinandersetzung zurückgekehrt, sie werden aber unbefangener benutzt, und am grundsätzlichen Kurs der deutschen Politik haben sie wenig ändern können. Dies musste auch Bundeskanzler Gerhard Schröder erfahren, als er auf dem Höhepunkt des Bundestagswahlkampfes 2002 die Vorzüge des „deutschen Weges“ pries – gemeint war die Ankündigung, dass sich Deutschland unabhängig von der Entscheidung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nicht an einer militärischen Aktion der Staatengemeinschaft gegen den Irak beteiligen würde – und auf anschließende kritische Fragen versicherte, dass der Begriff hauptsächlich auf die Innenpolitik gemünzt sei.¹⁴

13 Vgl. Überlegungen zur europäischen Politik. Schäuble/Lamers-Papier: Kerneuropa vom 1. September 1994, abrufbar unter: www.cdusu.de/upload/schaeublelamers94.pdf.

14 Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Wahlkampfauftakt am 5. 8. 2002 in Hannover, zit. nach www.spd-bebelhof.de

Das geschichtliche Erbe hat jedoch nicht aufgehört, politisches Handeln in der Gegenwart zu bestimmen. Dazu gehören die Abwesenheit der Verpflichtung aus einer imperialen Vergangenheit, die frühe Absage an nationalstaatliche Extratouren. Die Erkenntnis, dass mit der Großmacht 1945 nicht auch der Nationalstaat gescheitert war, musste schrittweise erworben werden. Die nationale Selbstbescheidung, die Erfahrungen seit 1945, die Einbettung in das Institutionengefüge haben dazu beigetragen, dass eine Renaissance des Nationalstaats in Deutschland ausgeblieben ist. Viele Erwartungen, die sich zwischen 1789 und 1919 mit der Nationalitätenbewegung verbunden hatten, zerstoßen im Zeitalter der Ideologien. Das 20. Jahrhundert war auch ein Jahrhundert der Desillusionierung. Der romantische Glaube an die Harmonie der nationalen Interessen der Völker hielt einer kritischen Überprüfung durch die Wirklichkeit nicht stand.

Die Europäische Gemeinschaft war zwar von Anfang an immer auch ein ambitioniertes politisches Projekt, es hat seine Gründungsväter jedoch nicht daran gehindert, auf nüchterne Weise mit den Instrumenten der Einhegung von Macht, mit einem System von *checks and balances* zu operieren. Die Kunst der Bescheidung war nicht nur den schwierigen politischen Rahmenbedingungen im Kalten Krieg geschuldet, sie hatte auch etwas mit der Erfahrung der Geschichte zu tun, damit, dass das Nationalitätenprinzip in der dritten Phase der Nationalstaatsbildung in der Folge der Pariser Vorortverträge 1919/1920 vor allem in Ostmittel- und Südosteuropa viel Unheil verbreitet hatte. Diese Umstände wurden von Theodor Schieder bereits Anfang der sechziger Jahre als Indiz dafür gewertet, dass die Geschichte über den Nationalstaat hinweggegangen sei: „In dem Augenblick, in dem für uns der Nationalstaat ein historisches Phänomen geworden ist, sind wir für die Gegenwart und für die Zukunft im Grunde schon über ihn hinausgewachsen.“¹⁵

Die mangelnde Differenzierung zwischen Nationalstaat und Nation gehört zu den wiederkehrenden Grundfehlern der europapolitischen Debatte. Die Diskussion in Deutschland vor dem Hintergrund der besonderen staatlichen und politischen Lage bildete dabei einen Sonderfall. Die Balance zu wahren zwischen nationalem Bewusstsein einerseits und der Absage an übersteigertes Nationalge-

fühl auf Kosten anderer Nationen andererseits zählt zu den schwierigsten und zugleich notwendigsten Aufgaben; sie befördert das Bewusstsein für eine europäische Identität und ein gemeinsames europäisches Gegenwartsbewusstsein und schärft den Blick dafür, dass sich Europa nicht auf die Europäische Union als politische Einheit beschränkt. Das Nein von Norwegen und der Schweiz zum EU-Beitritt sind politische Willensbekundungen, Absagen an Europa sind es nicht. Es kommt hinzu, dass Europa im 20. Jahrhundert seinen ordnungsetzenden Charakter verloren hat. Im bipolaren System der Nachkriegszeit gab der Dualismus zwischen den USA und der Sowjetunion den Ton an. Seit der Zeitenwende 1989/90 herrscht trotz einer einzigen verbliebenen Weltmacht eine neue Unübersichtlichkeit im Staatensystem mit scheinbar widerstreitenden Tendenzen wie Krieg im Frieden und Frieden im Krieg, Integration und Zerfall, Zunahme der staatlichen und der nichtstaatlichen Akteure.

Mit dem Verlust der alten Orientierungsgewissheiten haben die Erwartungen an Staat und Politik zugenommen. Die Nation, einmal als „die nächste und unmittelbarste Behausung in einer unbehausten Welt“¹⁶ bezeichnet, genügt als Schutz stiftendes Gehäuse allein schon lange nicht mehr. Doch verzichtbar ist sie deshalb nicht geworden. Richtig verstanden, d. h. im Bewusstsein dessen, dass Nation und Nationalstaat nicht identisch sind, und im Wissen darum, dass es auch eine vorstaatliche Vergangenheit der Nation gegeben hat, kann mit der Besinnung auf die Nation in Europa einen Beitrag zu Weltoffenheit und europäischem Gegenwartsbewusstsein geleistet werden. Auf seine besonderen, von den Verläufen der Nationalgeschichte der anderen europäischen Staaten abweichenden Erfahrungen bezogen, würde dies für Deutschland bedeuten, dass sich der nach 1945 *nolens volens* und ohne Alternativen eingeschlagene Europakurs nach dem *annus mirabilis* 1990 mit dem Geschenk der Einheit ein zweites Mal auszahlen könnte: indem über die europäische Integration ein unverlierbarer Zugang zur eigenen Geschichte hergestellt wird und die Ungereimtheiten, Brüche und Unsicherheiten der vergangenen Jahrhunderte in Europas Schoß aufgehoben werden. Das wäre für die „verspätete Nation“ das späte Geschenk der Einheit in der Vielfalt Europas.

¹⁵ Theodor Schieder, *Der Nationalstaat als historisches Phänomen*, Köln 1965, S. 29.

¹⁶ Ebd.

Die Deutschen – eine Nation?

„Was ist eine Nation?“ fragte der französische Religionswissenschaftler Ernest Renan (1823–1892) vor mehr als einhundertundzwanzig Jahren.¹ Seine Antwort: „Eine Nation ist ein geistiges Prinzip, das aus tiefgreifenden Verbindungen der Geschichte resultiert, eine spirituelle Verbindung.“ Zweierlei sei wichtig, um jene große Solidargemeinschaft zu begründen: zum einen die Vergangenheit, der gemeinsame Besitz eines reichen Erbes an Erinnerungen, zum anderen die Gegenwart, der Wunsch, zusammenzuleben, der Wille, das Erbe hochzuhalten: „Die Existenz einer Nation ist ein Plebiszit, das sich jeden Tag wiederholt.“

Renan stellte eine Gretchenfrage und beantwortete sie mit der Rückschau auf die Geschichte und deren Annahme in der Gegenwart. Beide Male geschieht dies subjektiv: als Sicht und als Wille, und beide Male ist die Einheit bereits vorgegeben. Für Gegenwart und Zukunft ist die Subjektivität als Appell verständlich. Doch gilt dies auch für die Geschichte? Renan lehnte es ab, sie objektiv zu bestimmen oder zu bewerten. Im Gegenteil, er verwarf frühere Definitionen der Nation, etwa anhand einer bestimmten Bodenbeschaffenheit, anhand der Rasse, Sprache, Interessen, Religion, Geographie oder militärischer Notwendigkeiten. Neu war die Behauptung einer Einheit, die in der Rückschau auf die Vergangenheit als gewordene empfunden wurde.

Was fangen die Deutschen heute mit Renan an? Seine Aussagen einfach zu übernehmen macht verlegen, denn es fehlt die subjektive Gewissheit und Sicherheit: über die Vergangenheit und für den Appell in der Gegenwart. Wenn etwa Politiker versichern, sie seien stolz darauf, Deutsche zu sein, so ist dies eher eine Minderheitsmeinung. Der Deutsche Bundestag hat mehrheitlich die historische Widmung des restaurierten Reichstagsgebäudes, „Dem Deutschen Volke“, dadurch ergänzt (oder ihr widersprochen?), dass er in der Vorhalle einen Erdhaufen „der deutschen Bevölkerung“ gewidmet hat, zu dem jeder Abgeordnete einen Eimer Heimat Erde schütten sollte.

¹ Sein berühmter Vortrag ist neu auf Deutsch veröffentlicht worden: Ernest Renan, Was ist eine Nation? Rede am 11. März 1882 an der Sorbonne. Mit einem Essay von Walter Euchner, Frankfurt/M. 1995.

Wer als „Verfassungspatriot“ (Dolf Sternberger) das Grundgesetz aufschlägt, findet in der Präambel zwar den Begriff „Deutsches Volk“, danach aber ist die Rede von den „Deutschen in den Ländern“, und die Staatsrechtslehre verweist auf den föderalistischen Staatsaufbau, nach dem es das Bundesvolk und 16 Landesvölker gibt. Immerhin schließt die Aufzählung der Staatsangehörigen in Artikel 116 GG auch die aus den ehemaligen Ostgebieten Geflohenen oder Vertriebenen „deutscher Volkszugehörigkeit“ ein. Dieser Volksbegriff ist somit umfassender als der juristische.

Im Herbst 1989, vor dem Fall der Mauer, lautete nach dem Bekenntnis zur Demokratie („Wir sind das Volk!“) der zweite Sprechchor vieler DDR-Bürger: „Wir sind ein Volk!“ Angehörige der westdeutschen politischen Elite protestierten damals gegen das Wort „Wiedervereinigung“. Und Willy Brandt nahm mit seiner Äußerung, nun werde „zusammenwachsen, was zusammengehört“, die Einheit der Nation jedenfalls nicht als Gegebenheit an. Verweisen Versicherungen, das deutsche Volk habe unbeschadet der politischen Teilung als solches weiter existiert, nur auf das Überdauern familiärer Beziehungen? Oder übertragen sie die juristische Behauptung der Präambel des Grundgesetzes, mit ihm stellvertretend für „alle“ Deutschen gehandelt zu haben, und ihre Fortsetzung durch die Hallsteindoktrin, welche die völkerrechtliche Anerkennung des zweiten deutschen Teilstaates lange verhinderte, auf die politische Wirklichkeit? Wer die Geschichte der deutschen Teilung schreibt, wird sie kaum als ruhmreiches Zeugnis für eine nationale Politik würdigen können. Er wird im Nationenvergleich davor zurückscheuen, etwa das aufrüttelnd-beherrliche „Noch ist Polen nicht verloren“ als Maßstab zu verwenden.

Verständigung über Begriffe

Die Ursache für eine solche Verwirrung der Aussagen liegt vor allem in der Begriffsverwendung. Nation und Volk sind nicht dasselbe. Der Jurist verwendet den Begriff „Volk“ bei seiner Defini-

tion des Staates neben „Staatsgebiet“ und „Staatsgewalt“. Unter „Volk“ bzw. „Staatsvolk“ versteht er alle Menschen, die ein Gebiet bewohnen und der Staatsgewalt unterworfen sind. Sie können mit diesem Gebiet einem anderen Staat einverleibt werden, und sie können die Staatsgewalt selbst in Anspruch nehmen. Doch was geschieht, wenn sie aus diesem Gebiet vertrieben werden? Und wird, wenn das Volk die Staatsgewalt übernimmt, deren bisherige Struktur verändert, oder wird sie ungeachtet der Behauptung der „Volkssouveränität“ beibehalten und dient dann dazu, eine neue Herrschaftsordnung zu legitimieren?

Dem Begriff „Nation“ fehlt eine solche Missverständlichkeit.² Mit ihm verbinden sich Unabhängigkeit und Freiheit, und zwar sowohl die innere wie die äußere. Die Nation ist das souveräne Volk. Allerdings führt auch dies zu einer Ambivalenz: Wird die Abgrenzung nach außen, die Unabhängigkeit von Fremden, als primär angesehen, dann hat die Machtverteilung im Innern des Staates nur sekundäre Bedeutung und äußert sich als Forderung, sich nicht von außen in die inneren Verhältnisse einzumischen. Umgekehrt kann der innerstaatliche Machtkampf zwischen Bevölkerungsgruppen, ganz gleich, wie diese bezeichnet werden, als Stände, Klassen oder Schichten, dazu führen, dass die Unabhängigkeit nach außen vernachlässigt wird.

Dies sind freilich nur die Perspektiven innerhalb einer Nation. Allgemein verwandt können sie für deren äußere Beziehungen eine übereinstimmende Begriffsbildung erzeugen, der die Gleichwertigkeit zugrunde liegt: internationale Ordnung, internationales Recht oder auch Nationalitätenfrage, bei der Minderheiten Anspruch auf Freiheit und Unabhängigkeit oder zumindest auf Gleichbehandlung innerhalb der Nationalstaaten erheben. Stellt eine Nation die Gleichheit anderer in Frage, erhebt sie einen Herrschaftsanspruch, so kann dieser, notfalls durch Krieg, zurückgewiesen oder eine übernationale Ordnung begründet werden. An die Stelle des Vertrags zwischen Rechtsgleichen tritt eine neue Herrschaftsordnung.

2 Ich sage dies ungeschützt und lasse offen, wie weit die subjektiven Definitionen und Begriffsverwendungen der Vergangenheit auseinander gehen und welche Rolle juristische Aussagen gespielt haben. Voraussetzung für eine solche Analyse wäre die Bestandsaufnahme der Begriffsverwendung. Sie fehlt aber beispielsweise in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. von Otto Brunner/Werner Conzel/Reinhart Koselleck, Bd. 1–8, Neuausgabe, Stuttgart 2004.

Heute ist das Wort „Nation“ in Deutschland geradezu verpönt. Dies kann nach dem „tausendjährigen Reich“ der Nationalsozialisten nicht überraschen. Verwunderlich bleibt jedoch, dass die Deutschen auch fast 60 Jahre nach dem Ende des „Dritten Reiches“ ihre Unbefangenheit gegenüber der eigenen Geschichte nicht wiedergewonnen haben – obschon sich doch schon zwei Generationen darum bemüht haben. Dieser Prozess ist schwierig, vor allem, wenn er nicht vom Vorwurf des Tuns oder Unterlassens gegen den Zeitgenossen getrennt wird, wenn ein zweites Mal, nach dem Kriegsschuldvorwurf des Versailler Friedensvertrags, eine kollektive Schuld der Deutschen behauptet und aus ihr Individualschuld abgeleitet wird.

Wer Deutschland durchstreift, entdeckt eine Vielzahl von Gedenkstätten – zumeist einstige Konzentrationslager, in denen Juden, Sinti und Roma, Angehörige „minderwertiger“ Völker vernichtet, aber auch die deutschen politischen Gegner misshandelt und ermordet wurden. Was ist die Botschaft dieser Mahnmale und Gedenkstätten? Die Täter von damals sind ganz überwiegend gestorben. Handelte es sich bei ihnen um die Angehörigen einer Generation, die in einer vielleicht exzeptionellen historischen Situation versagt haben, die ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden sind? Oder ist die ganze Generation, ja das deutsche Volk als überzeitliche Einheit, schuldig geworden? Den Schluss von der Individualpsychologie auf die Kollektivpsychologie zu ziehen, lag in der alten Bundesrepublik nahe – vor allem für die unbelastet gebliebenen jungen Deutschen. Doch kann sich niemand dem historischen Erbe entziehen. Die Bürde muss bewältigt werden.

Richard von Weizsäckers berühmte Rede über die vom Nationalsozialismus befreiten Deutschen 1985 hilft nicht weiter – selbst wenn die Wortverbindung von national und sozialistisch³ aufgelöst würde. Sein Versuch, die Deutschen nach vierzig Jahren mit dem Ergebnis der Katastrophe von 1945 zu versöhnen, musste misslingen, weil seine Interpretation des äußeren Geschehens historisch

3 Seit Ferdinand Lassalle und Friedrich Naumann war gegen sie nichts einzuwenden. Worin besteht der Unterschied zwischen der Theorie und der historischen Herrschaftsordnung? Vgl. zu diesem Problem allgemein Thilo Ramm, Juristensozialismus in Deutschland, sowie ders., Anton Menger und die DDR, oder: Theorie und Praxis des Sozialismus. Ein Nachwort, beide in: Thomas Vormbaum (Hrsg.), Themen Juristischer Zeitgeschichte (= Juristische Zeitgeschichte, Abt. 2, Bd. 6), Baden-Baden 2000, S. 1 u. 17.

anfechtbar⁴ und Befreiung eben nicht schon Herstellung der Freiheit ist.⁵

Will der Deutsche Deutscher sein? Die Geschichte seit 1945 unter diesem Aspekt zu befragen erscheint nicht unberechtigt. Das Werden eines politischen Europas ist objektiv gesehen nicht der Zusammenschluss Gleichberechtigter gewesen. Der westdeutsche Teilstaat hat die Wiederaufnahme in den Kreis der Nachbarstaaten begehrt, und diese waren auf seine Wirtschaftskraft angewiesen. Doch war subjektiv die Politik der Bonner Republik von Selbstzweifeln geplagt, von dem Wunsch etwa, selbst keine weit tragenden Entscheidungen treffen zu müssen, um vor der eigenen, eben der nationalen Verantwortung fliehen zu können.⁶

Für Renan war klar, wer Franzose war – aber hat dies jemals auch für den Deutschen gegolten? Renan hatte mit seiner subjektiven Definition der Nation nichts anderes getan, als deren Bejahung der Nation für die Zukunft, das Plebiszit, auf die Vergangenheit zu übertragen. Mit seiner Kritik an den objektiven Kriterien seiner Zeit verschleierte er, dass er die Nation als solche, als Einheit, tatsächlich als gegeben ansah: Sie war der historisch gewordene Staat, der Staat in seiner reinsten Abstraktion – ohne Bezugnahme auf seine Struktur, insbesondere auf die Organisation der Staatsgewalt, und ohne die Festlegung auf ein Gebiet. Doch alle von ihm verworfenen objektiven Kriterien waren Elemente der historischen Einheitsstiftung, und sie blieben es auch für die Zukunft. Dem Plebiszit konnten auch diejenigen zustimmen, die Elsass-Lothringen zurückgewinnen oder das linke Rheinufer als natürliche Grenze erobern wollten, die Anhänger der Wiederherstellung des Königums oder des Kaisertums und die Republikaner.

4 Dem Sieger fehlte zur Versöhnung der Wille. US-General Eisenhower bezeichnete sich als Eroberer („conqueror“). Die Kriegsziele waren außer der „denazification“ die „demilitarisation“ (weshalb der Staat Preußen aufgelöst wurde) und die „decartellisation“ – insgesamt die Zerschlagung der Herrschaftsstruktur des deutschen „totalen Staats“, der als solcher eine Bedrohung des Weltfriedens bildete. Die bedingungslose Kapitulation vom Mai 1945 war die Aufgabe der politischen Selbstbestimmung, die zuletzt allein noch durch das deutsche Heer verkörpert wurde. Der Waffenstillstand von 1918 war deutscherseits unter Bezugnahme auf Wilsons 14 Punkte erfolgt; 1945 dagegen wurden die Waffen „auf Gnade und Ungnade“ gestreckt. Dies schloss auch die künftige politische Herrschaft über Deutschland ein.

5 Die Konstellation ist seit den Befreiungskriegen bekannt: Die Vertreibung des fremden Usurpators allein stellt keine Freiheit her.

6 Der Zusammenbruch des zweiten deutschen Teilstaats, der DDR, ist nicht der Bonner Republik als Erfolg zuzurechnen, auch wenn die Wiedervereinigung unter ihren Vorzeichen erfolgte.

Auf die Einheit des Staates sollten die politischen Kräfte zentriert werden.

Renans Orientierung der Nation am Staat erleichtert es den Deutschen, sich über ihn zu verständigen. Schließlich war ihnen eine solche Orientierung schon mit dem „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ vorgegeben. Jenes „alte Reich“ erhob den Anspruch, das weströmische Imperium fortzusetzen, und stand als „heiliges“ in der Tradition Kaiser Konstantins, der das Christentum zur Staatsreligion erhoben hatte. Die Deutschen waren danach das auf diese Staatszwecke bezogene Trägervolk.⁷ Dieses bestand aus „Stämmen“⁸, die der Kaiser auf den imperialen Anspruch verpflichtete und damit zu einigen suchte. Der Einheit des Reichs stand aber die Vielfalt gegenüber. Das 1922 zur Nationalhymne erklärte Deutschlandlied von 1841 spricht daher nicht von Einheit, sondern von „Einigkeit“. Sicherlich konnte diese im Deutschen Bund und sogar noch im „Zweiten Reich“, das ein erbliches Kaisertum⁹ geschaffen hatte, als politisches Ziel angesehen werden. Die 1918 geschaffene Republik beseitigte den fürstlichen Anachronismus, behielt aber die föderalistische Grundstruktur bei. Sie restaurierte den Staat und machte die politischen Parteien zu neuen Herrschern. Das „Dritte Reich“ beseitigte sie, ohne dass es selbst das Reich neu gegliedert hätte. Nach 1945 schufen die Siegermächte Institutionen politischer Selbstverwaltung. Im Westen wurden diese mit dem Bund als Zentralgewalt zur Bundesrepublik Deutschland vereinigt. Die DDR verkörperte den Einheitsstaat. Sie

7 Nach der Aufkündigung des „alten Reichs“ durch den Reichsdeputationshauptschluss 1803 und die Gründung des Rheinbunds 1806 übernahmen die Deutschen im österreichischen Kaiserreich die Rolle des Trägervolks, das nunmehr einem Vielvölkerstaat als Klammer diente.

8 Diese anachronistische Definition erhielt sich bis zur Präambel der Weimarer Reichsverfassung von 1919 und wurde von Josef Nadlers Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften (3 Bde., Regensburg 1912–1928; 4 Bde., 4. Aufl., Berlin 1938–1941) übernommen. Vielleicht kann in ihr, im Rückgriff auf die germanische Tradition, eine der Ursachen des Misslingens der nationalsozialistischen „Neuordnung des Reichs“ gesehen werden. Der juristische Begriff des Föderalismus taugt zur Erfassung der deutschen Geschichte nur wenig; vgl. dazu kritisch Thilo Ramm, Föderalismus in Deutschland, in: Thomas Vormbaum (Hrsg.), Jahrbuch der Juristischen Zeitgeschichte, 3 (2001/02), S. 1.

9 Der „deutsche Kaiser“ war eben nicht als „Kaiser von Deutschland“ den Fürsten übergeordnet. Der preußische König blieb formal als „Primus inter Pares“ innerhalb der durch den Rheinbund als staatsrechtliches Modell vorgegebenen Ordnung. Doch war das Modell stets durch die Hegemonie ergänzt worden: durch die französische, durch die Doppelhegemonie Österreichs und Preußens und dann seit 1866/71 durch die ausschließlich preußische.

schaffte 1952 die Länder ab – bis sie bei der Wiedervereinigung Auferstehung feierten.

Der Vergleich mit Renan lässt die Merkwürdigkeit der deutschen Entwicklung scharf hervortreten: Der politische Zusammenbruch von 1918 hatte zwar den Weg zu einer wahren nationalen Einheit freigemacht, er wurde aber dennoch nicht beschritten. Bedurfte es dazu erst des Diktators? Und warum ist die politische Entscheidung der Sieger des Zweiten Weltkriegs nicht nach Aufhebung der deutschen Teilung rückgängig gemacht worden? Das „reiche Erbe der deutschen Geschichte“ steht zur kritischen Überprüfung an.

Zum Selbstverständnis der Deutschen

Schon vor dem Untergang des „alten Reichs“ war dieses nicht mehr von der „teutschen Nation“ angenommen worden. Friedrich der Große fand als Rebell gegen das Reich Anerkennung,¹⁰ und dem Gebilde blieb nur Spott und Verachtung.¹¹ Goethe und Schiller fragten 1796 in den „Zahmen Xenien“: „Deutschland? Aber wo liegt es?! Ich weiß das Land nicht zu finden./ Wo das gelehrte beginnt./ hört das politische auf.“ Die Klassiker endeten mit der resignierenden Feststellung: „Zur Nation euch zu bilden, ihr hoffet es, Deutsche vergebens.“ Doch mittelbar, über die Literatur, war es immerhin möglich. Goethe (im „Egmont“) und Schiller (vor allem mit dem „Wilhelm Tell“ und der „Jungfrau von Orleans“) schufen Bestandteile eines Nationalbewusstseins. Die Charakterisierung der Deutschen als Volk der Denker und der Gelehrten und seine objektive Distanz zur Politik machten Schule. Goethe beschrieb in „Hermann und Dorothea“ (1798) das Idyll des unpolitischen Deutschen, und Spitzweg malte es mehr als zwei Generationen später.

Ernst Moritz Arndt erweiterte im Anschluss an Johann Gottfried Herder den Volksbegriff um die emotionale, demokratische Komponente. Er führte 1814 die Sprache und als emotionale Werte Zuverlässigkeit, Treue, Liebe, aber auch Mut an.

10 Nach Goethes Bericht in „Dichtung und Wahrheit“ waren die Frankfurter (die Bürger der Freien Reichsstadt und Krönungsstadt des Reichs) „fritzisch“ gesonnen.

11 Der Spott begann mit dem (wirklich ungewollten?) Druckfehler über die „e(i)lende Reichsarmee“. In Auerbachs Keller (Goethes „Urfaust“, 1773/1775) hieß es: „Das liebe heilige römische Reich, wie hält's nur noch zusammen.“ Samuel Pufendorf sprach vom „monstrum irregulare“, und Hegel erkannte dem Reich die Vernunft und damit die Realität ab (1802).

Seiner Beschreibung des deutschen Charakters fügte er den Zorn auf „welschen Tand“ und auf den „Franzmann“ hinzu. Er tat dies während des „Befreiungskriegs“. Indessen taugt jener nicht dazu, zum nationalen Freiheitskrieg erhoben zu werden, war er doch nur ein preußischer „Befreiungskrieg“, kein deutscher; dagegen stand die staatliche Struktur Deutschlands. In der Völkerschlacht vor Leipzig kämpften Truppen der Rheinbundstaaten auf Napoleons Seite – was das Überlaufen der Sachsen und Württemberger freilich nicht verhinderte. Der preußische Volkskrieg¹² gegen Napoleon I. und die Franzosen erfolgte in Übereinstimmung mit der beibehaltenen Herrschaftsordnung der Monarchie und des Adels.¹³ Die mit Napoleon verbündeten Rheinbundfürsten, die immerhin ein Drittel seiner Russlandarmee gestellt hatten, vollzogen nach Österreichs Beitritt zur preußisch-russischen Koalition den politischen Schwenk und retteten damit ihre Herrschaft. Noch mehr: Der Rheinbund diente dem Deutschen Bund von 1815 als politisches Modell.

Verband sich der süddeutsche Konstitutionalismus im Vormärz mit der Freiheitsidee? Der Verfassungsstaat war ein Mittel der Staatsbildung, das neben den klassischen Mitteln dynastische Kontinuität,¹⁴ Verwaltung, Armee und Strafrecht durch die Gewährung von Mitbestimmungs- und Freiheitsrechten für die Untertanen ein rechtliches Gegengewicht zu den Standesherrn, den Mediatisierten, schuf. Die Revolution von 1848/49 knüpfte an ihn an – und scheiterte an Preußen, dessen König die ihm angebotene Kaiserkrone ablehnte.

Das Verhältnis zu Frankreich war für die Deutschen stets bedeutungsvoll – und zwiespältig.

12 Der von Friedrich Wilhelm I. geprägte Militärkult war mit der Katastrophe von 1806 zusammengebrochen. Doch ging die Erneuerung Preußens von der allgemeinen Wehrpflicht aus, so dass die Armee einen neuen Stellenwert erhielt.

13 Wird die zeitgenössische Bewertung und nicht die spätere zugrunde gelegt, so ist zwischen der allgemeinen Ablehnung der Besatzungsarmee und der finanziellen Ausbeutung, dem emotionalen, kollektiven Empfinden der Demütigung sowie den Reaktionen der Eliten zu unterscheiden: der des Adels als des militärischen Versagers von 1806, und der des Bürgertums, das den Widerspruch zwischen französischer Menschheitsideologie und Imperialismus mitsamt Napoleons organisiertem Kunstraub zutiefst empfand. Das Volk, das noch in patriarchalische Verhältnisse eingebunden war, bedurfte des Aufrufs des Königs von 1813 zum Befreiungskampf.

14 Nach Kriegen besteht stets ein allgemeines Bedürfnis nach einem Ruhe und Ordnung symbolisierenden und garantierenden „Landesvater“. Kontinuität verspricht die Familie, die seit dem 19. Jahrhundert zumindest in Deutschland mit bürgerlichen Maßstäben gemessen wurde.

Frankreich bot politisch Verfolgten Asyl und galt als Exportland für Umstürze. Stets revolutionsbereit und -willig taugte es als politisches Vorbild wenig, nachdem die Revolution in der Herrschaft Napoleons und später in der Restauration der Bourbonen geendet war – ganz abgesehen davon, dass der deutsche Hang nach „Ruhe und Ordnung“ als Reaktion auf die Schrecken des Dreißigjährigen Kriegs, aber auch auf die Verwüstungen der Pfalz durch den „Sonnenkönig“ und die fast zwanzig Jahre währenden napoleonischen Kriege verständlich war. Frankreich blieb eine unberechenbare Bedrohung. Als seine Intellektuellen erneut die Rheingrenze als „natürliche Grenze“ einforderten, entstand ein deutsches Nationalbewusstsein, von dem die „Wacht am Rhein“ und das Deutschlandlied zeugen.¹⁵ Letzteres übernahm das „alte Reich“ als ungefähre geographische Einheit: „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“. Es war der Bereich der deutschen Kulturnation, der gegen Frankreich geschützt werden sollte.¹⁶

War der Deutsche „Der Untertan“, wie ihn Heinrich Manns berühmter Roman 1914 beschrieb? Der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. hatte seine Untertanen geprügelt und dies mit der Aufforderung begleitet, sie sollten ihn lieben. Mit dem Zuruf „Hunde, wollt Ihr ewig leben“ hatte Friedrich der Große seine Grenadiere bei Kunersdorf in den Tod gejagt. Doch ist das Verhältnis der Preußen zur Obrigkeit vielschichtiger. Diese war zur Beschützerin der Glaubensfreiheit geworden und wurde durch einen „aufgeklärten Absolutismus“ geprägt. Das „Räsonniert, aber gehorcht“¹⁷ markierte zunächst die Grenze, die der *premier serviteur de l'état* zog. Doch war der Bürger bereit, mit Kants kategorischem Imperativ, mit der Bereitschaft des Individuums, sein Interesse dem Gemeinwohl unterzuordnen,¹⁸ der Staatsgewalt

15 Vgl. hierzu Johannes Haller, Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen, Stuttgart 1930. Zeitzeuge für die damalige Reaktion ist Friedrich Engels, der Elsass-Lothringen zurückforderte.

16 Dies besagt die erste Strophe: „wenn es stets zu Schutz und Trutze brüderlich zusammenhält“.

17 Aus seiner Spätzeit stammt die Äußerung: „Ich bin es müde, über Sklaven zu herrschen.“ Sie markiert ein Ende des „aufgeklärten Absolutismus“. Das andere markiert Leopold II. als Großherzog der Toskana: die fortschreitende Machtbeschränkung des Monarchen bis zu seiner Selbstaufhebung. Dieser Gedanke findet sich auch in den letzten, fragmentarischen Äußerungen Fichtes, die Ferdinand Lassalle 1860 publizistisch für Preußen ins Spiel brachte.

18 Damit wird ein zentraler Punkt des deutschen Geschichtsverständnisses berührt: Das Individuum ist nicht das in sich ruhende, ungebrochene, das selbstverständlich agiert – und mit sich selbst einig ist, auch beim Königsmord. Geht dies auf den Protestantismus zurück?

entgegentzukommen. Dabei blieb es, obschon der preußische König nach dem Wiener Kongress sein Verfassungsversprechen nicht erfüllte. Der Staat honorierte dies mit der Gewährung der Gewerbefreiheit, und er sorgte für die Arbeiter mit der Sozialgesetzgebung. Beides waren wesentliche Schritte zur Nationsbildung.

Wie überall war der Krieg auch in Deutschland ein Mittel zur Einheitsstiftung.¹⁹ Dies gilt für den Krieg von 1813/14 als Kampf gegen die Fremdherrschaft und den Krieg von 1870/71 als Fortsetzung, denn er wehrte Frankreichs Anspruch auf Einmischung in die deutschen Verhältnisse ab. Als Einigungskrieg, der die süddeutschen Fürsten zur Aufgabe ihrer Souveränitätsideologie zwang und von ihrer Rheinbundmentalität löste, war er ein Schritt der deutschen Kulturnation zur Staatsnation, und dies auch noch in anderer Hinsicht: als Wiedergutmachung des von Ludwig XIV. begangenen historischen Unrechts, denn das Elsass gehörte zur deutschen Kulturnation. Nur prägte nicht sie das Reich, sondern der preußische Militarismus – wie die Ereignisse in Zabern und das eine Generation währende Ausnahmerecht für das „Reichsland“ zeigten.²⁰

Der Erste Weltkrieg förderte im Deutschen Reich die Einheit, aber auch die Konzentration der Macht. Insofern gab es keinen Unterschied zum Zweiten Weltkrieg, der den Charakter des Volkskriegs als Vernichtungskrieg offenlegte. Der Kampf mit der Sowjetunion übertrug den deutschen Bürgerkrieg, den Kampf gegen die inneren Feinde, die als Kommunisten Gegner der Nation waren, auf den äußeren Feind. Hitler bediente sich der Protestbewegung gegen den Versailler Frieden und verband sie mit der Rasseideologie, welche die Unterdrückung und Ausrottung „minderwertiger“ Rassen und Völker legitimieren sollte. Der Antisemitismus mündete im Holocaust. Die drakonische Erzwingung des Durchhaltens und die bevorstehende militärische Niederlage zerstörten

19 Die Liquidation der feudalistischen Ordnung in den Rheinbundstaaten bezahlten nicht zuletzt die in den napoleonischen Vernichtungskriegen im Zuge der Militärallianz zu Soldaten gepressten Untertanen.

20 Wie weit war der preußische Staat überhaupt integrationsfähig? Das Preußische Allgemeine Landrecht bot eine Integrationschance – die des aufgeklärten Absolutismus. Ob sie ausgereicht hätte, wenn nicht Friedrichs des Großen Nachfolger mediokre Persönlichkeiten gewesen wären? Ob Friedrich III. den Beweis hätte führen können? Historisch ging die Integration nicht über die Herrschaftssicherung durch Armee, Verwaltung und Justiz hinaus – ausgenommen die Selbstverwaltung der Städte. Die Assimilation der jüdischen Oberschicht gelang, nicht die der polnischen Untertanen in den Ostprovinzen.

den Anspruch des „Führers“, das nationale Interesse Deutschlands zu repräsentieren – wie nicht zuletzt das Attentat vom 20. Juli 1944 zeigte.

Im historischen Rückblick ist die Bilanz negativ. Die deutsche Kulturnation ist nicht Staatsnation geworden. Dem stand geographisch die Option für „Kleindeutschland“ entgegen, zunächst 1848/49 und sodann 1866/71. Und es fehlte stets die Freiheit²¹, eindeutig in der Zeit des Deutschen Bundes. 1848 scheiterte die Nationsbildung an der Monarchie. Es bedurfte im Kaiserreich einer langen Zeit, bis die Verwirklichung des Rechtsstaates ein Mehr an Freiheit bedeutete. 1918 brachte die Revolution einen bloßen Herrschaftswechsel, den weder Volk noch Elite annahm. Die „goldenen Jahre“ der Weimarer Republik waren nur die hypertrophe Blüte des Individualismus als Reaktion auf den Obrigkeitsstaat. Das „Dritte Reich“ bedeutete mit seiner Freiheitsfeindlichkeit, mit der Zwangsemigration seiner Kulturträger und dem Widerruf der jüdischen Assimilation, mit der Gewaltherrschaft und den Konzentrationslagern, mit seiner Vernichtung „minderwertiger“ Völker und der ganzen Primitivität seines rassistischen Herrschaftsanspruchs das vorläufige Ende der deutschen Kulturnation.

Die Kulturnation zu erneuern und aus ihr die deutsche Staatsnation zu begründen, ist nach 1945 erneut gescheitert: mit der Abtrennung Deutsch-Österreichs, dem Verlust der Ostgebiete und der deutschen Teilung, der Errichtung zweier konträrer Herrschaftssysteme. Die auf Befehl der westlichen Siegermächte errichtete Bundesrepublik schuf sich ein föderalistisch-parlamentarisch-bürokratisches Herrschaftssystem, welches das Volk von politischen Grundentscheidungen ausschloss²² und mit der Übertragung der Kulturhoheit auf die Länder Deutschland in die Zeit vor der Reichsgründung (1871) und der Weimarer Republik (1919) zurückversetzte. Die Aufhebung der deutschen Teilung im Oktober 1990 hat zwar die äußere Einheit wieder hergestellt, indem sie den westlichen Teilstaat um den östlichen erweitert hat. Doch ist die föderalistische Barriere auf dem Weg zurück zur deutschen Kulturnation geblieben. Es ist mühsamer geworden, ihn zu gehen.

21 Vgl. hierzu Th. Ramm (Anm. 8).

22 Die Haltung des Bundeskanzlers, unter Berufung auf das Grundgesetz eine Volksabstimmung über den europäischen Verfassungsentwurf abzulehnen, die in anderen Staaten durchgeführt wird, ist unbegreiflich, hat er doch vor nicht allzu langer Zeit den Entwurf einer Grundgesetzänderung eingebracht, der die Einführung von Volksabstimmungen zum Gegenstand hatte.

Was tun?

Die bedingungslose Kapitulation von 1945 hat dennoch den Weg vorgezeichnet: Die Deutschen können seitdem die Vergangenheit weder annehmen noch über sie hinwegsehen und in Geschichtslosigkeit fliehen. In der Generationenabfolge nach 1945 konnte diese als Verdrängung selbst erlebter Vergangenheit praktiziert und sodann der Vätergeneration vorgeworfen werden. Nunmehr könnte sie das Bewusstsein einer neuen Generation, etwa der Zwanzig- bis Dreißigjährigen, wiedergeben. Die deutsche Geschichte lässt sich nicht durch den Vergleich mit anderen Völkern umgehen, auch wenn über deren Entwicklung Grillparzers Wort „Von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität“ steht und die Nationalgeschichte demnach stets als eine nur in Einzelheiten abweichende Verbrecher- und Verbrechensgeschichte (mit dem „Schurkenstaat“ als Vergleichskategorie?) aufzufassen wäre.

Die Deutschen sind der Geschichte gegenüber offen, denn sie haben den Prozess ihres Werdens zur Staatsnation noch nicht abgeschlossen.²³ Sie sind auch dem Vergleich mit anderen Völkern gegenüber offen; der Bewertungsmaßstab ist der Anspruch an die Nation. Die deutsche Kulturnation gibt den Maßstab für diese Auseinandersetzung vor, die ohne Vorbedingung, ohne Konzession an den jetzigen oder an einen früheren Zeitgeist zu erfolgen hat. Geschichte ist Vergangenheit, „wie sie wirklich gewesen ist“²⁴. Sie ist die Geschichte der Herrscher, der eigenen wie der fremden, und sie ist ebenso die Geschichte der Beherrschten, der Untertanen und der Opfer der Herrschaft. Beide Aspekte gehören zusammen. Es geht um Legitimation von Herrschaft und um ihre Ausübung, um Verantwortung für das politisch Geschehene, das Tun und Lassen in bestimmten entscheidenden Situationen.

Die Historiker stehen vor wichtigen Aufgaben. Können sie überhaupt erfüllt werden? Die Bestandsaufnahme ist schwierig. Es gibt eine

23 In Deutschland sind erst im 19. Jahrhundert, dem Jahrhundert der Nationen, die objektiven Bedingungen der Staatsbildung gesetzt wurden. Diese Zeitversetzung hat unter dem Stichwort der „verspäteten Nation“ Helmuth Plessner abgehandelt. Konflikte, die früher als solche der Monarchien gesehen und abgetan wurden, wurden zu nationalen. So war Frankreich nach außen, d. h. territorial, mit Ludwig XIV. und subjektiv mit der Französischen Revolution abgeschlossen.

24 Vgl. zu den mit der Rückkehr zu Ranke verbundenen Forderungen Thilo Ramm, Der Jurist und das kollektive Erinnern, in: Juristenzeitung, 56 (2004) 14, S. 689–695.

Überfülle von geschichtlichen Arbeiten, doch sind sie nur allzu häufig Fragestellungen des Zeitgeistes verpflichtet, während erhebliche Lücken in der Forschung bei Grundfragen und deren Aufbereitung bestehen. Zudem hat sich der Adressatenkreis vergrößert, und die Medien haben einen anderen Erwartungshorizont geschaffen. Es geht nicht mehr nur um Geschichtsschreibung, sondern um kollektive Erinnerung: Die Vergangenheit soll unmittelbar nachvollzogen, soll erlebt werden. Es soll eine Brücke zu den früheren Zeitgenossen und deren Verhältnis zum kollektiven Geschehen geschlagen werden. Doch erschwert die Barriere des Kulturföderalismus die historische Analyse, denn die heutigen Länder entsprechen nicht den früheren und werden weder der Rolle Preußens noch der Österreichs und schon gar nicht dem Reich gerecht. Zum Gebot der Wahrheit tritt die Forderung nach gerechter Würdigung. Sie ist für die Zeit des Nationalsozialismus besonders dringlich. Der Jurist sollte über die Recht- oder Unrechtmäßigkeit des „Dritten Reichs“ urteilen.²⁵

Es bleibt die Hoffnung, dass der Bundespräsident als vergleichsweise machtloser Nachfahre des „aufgeklärten Absolutismus“, als selbstloser Berater das gelehrte, unpolitische Deutschland aktiviert.²⁶ Sicherlich ist der Bundespräsident kein Geschichtslehrer. Selbst mittelbar einzuwirken, die Richtung der wissenschaftlichen Arbeit oder gar deren Ergebnis vorzugeben, ist ihm versagt, ohne dass er damit freilich aus der wissenschaftlichen Diskussion ausgeschlossen werden sollte. Seine Aufgabe ist es, die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die der Freiheit der Wissenschaft entgegenstehen, und für den unmittelbaren Zugang des Bürgers zur Kultur, zu Wissenschaft und Kunst zu sorgen. Der Bundespräsident ist der unentbehrliche organisatorische Helfer. Er nutzt seine Autorität, um die bereits vorhandenen Kräfte – und sie stehen in ausreichendem Maße zur Verfügung – zu bündeln und die wissenschaftliche Arbeit für den

Bürger überschaubar zu machen.²⁷ Dabei kann er kraft der Autorität seines Amtes die Grenzen der deutschen Geschichte weit ziehen. Er ist weder an die bestehenden Staatsgrenzen, noch an die Staatsräson gebunden. Er kann daher weiter als die politische Gegenwart greifen und auch Österreich und Preußen, die verlorenen Ostgebiete, die Vertreibungsgebiete und die Zwangsemigrationen der beiden letzten Jahrhunderte²⁸ einschließen, ohne sich damit dem Vorwurf des Revanchismus auszusetzen. Und er kann ebenfalls kraft seiner Stellung dafür sorgen, dass die Ereignisse und die Eliten der deutschen Geschichte auch in den Blick der anderen Nationen geraten.²⁹

Doch das Amt gestattet noch mehr: Der Bundespräsident kann unmittelbar zur Bewahrung des kulturellen Erbes eingreifen. Gewissermaßen als Wächter über den Umgang mit der Vergangenheit obliegt es ihm, für die Verwaltung des deutschen Kulturbesitzes zu sorgen. Entsprechendes gilt für die Gegenwart: Die Gründung einer „Deutschen Nationalakademie“ ist überfällig. Schließlich ist der Bundespräsident auch für die Außenrepräsentanz der deutschen Kulturnation zuständig, und dies schließt, etwa beim schwierigen Thema der so genannten Beutekunst, den Schutz eines Kernbereichs der Kultur jenseits des politisch Verhandebaren und Verfügbaren ein.

Die Aufgabe ist groß. Sie wartet darauf, erfüllt zu werden. Das Amt des Bundespräsidenten harret seiner nationalen Sinngebung. Der Bundespräsident muss nur die bestehenden Freiräume im Bereich der Freiheit der Wissenschaft und der Kunst nutzen und gestalten. All dies dient dazu – und dies ist seine tiefst politische Aufgabe –, das deutsche Volk wieder Kulturnation werden zu lassen. Dann kann es über seine Geschichte befinden und über deren Annahme das Plebiszit abgeben, eine Staatsnation sein zu wollen.

25 Dies sollte durchaus förmlich, durch Ernennung eines besonderen Tribunals, etwa früherer Verfassungsrichter, geschehen. Ein solches juristisches Urteil über die Rechtmäßigkeit der Herrschaft ist zugleich auch eines über die des Widerstands. Ein Gesamturteil ist an der Zeit – nachdem die Urteile über die kollektiven Morde bis hin zur Rehabilitierung der Deserteure erfolgt sind. Das Drängen der Bonner Republik um die Rechtsnachfolge des Reiches entbehrt schon seit der Wiedervereinigung des politischen Anlasses.

26 Vgl. hierzu meinen „Standpunkt“ in: Focus, (2004) 21.

27 Damit setzt er eine alte, seit dem Freiherrn vom Stein bestehende Tradition fort. Doch ist nicht das Mittelalter und die Förderung der spärlichen Kenntnis durch die Herausgabe von Geschichtsquellen das Ziel, sondern die Beherrschbarkeit der Überfülle von Quellen und Deutungen in der Neuzeit.

28 Um den Akzent unmissverständlich zu setzen: Die deutsche Kulturnation hat nach 1933 nicht im braunen Deutschland, sondern in der Emigration überdauert.

29 National ist somit nicht nationalistisch. Andererseits kann noch nicht von einem gemeinsamen übernationalen, europäischen Standpunkt Geschichte geschrieben werden. Hierzu bedarf es erst der Feststellung des Gemeinsamen oder der Rückbesinnung auf eine frühere, historisch gegebene Gemeinsamkeit: etwa auf das Reich Karls des Großen.

Konrad H. Jarausch

Ph.D., geb. 1941; Professor und Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam; Lurcy Professor of European Civilization, University of North Carolina, Chapel Hill/USA.

Anschrift: ZZF, Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam.
E-Mail: jarausch@zzf-pdm.de

Veröffentlichungen u. a.: The Rush to German Unity, Oxford–New York 1994; Die unverhoffte Einheit 1989–1990, Frankfurt/M. 1995; (Hrsg. zus. mit Martin Sabrow) Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999; (zus. mit Michael Geyer) Shattered Past: Reconstructing German Histories, Princeton, NJ 2003.

Ute Planert

Dr. phil. habil., geb. 1964; Hochschuldozentin an der Universität Tübingen, Fakultät für Philosophie und Geschichte.

Anschrift: Universität Tübingen, Fakultät für Philosophie und Geschichte, Abteilung für Neuere Geschichte, Wilhelmstraße 36, 72074 Tübingen.
E-Mail: ute.planert@uni-tuebingen.de

Veröffentlichungen u. a.: Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität, Göttingen 1998; Nation, Politik und Geschlecht. Frauenbewegungen und Nationalismus in der Moderne, Frankfurt/M.–New York 2000; Der Mythos vom Befreiungskrieg. Eine Erfahrungsgeschichte der Revolutions- und napoleonischen Kriege (erscheint vorauss. 2005).

Antje Helmerich

Dr. phil., geb. 1971; Habilitandin am Geschwister-Scholl-Institut (GSI) für Politische Wissenschaften, Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München.

Anschrift: GSI für Politische Wissenschaften, LMU München, Oettingenstraße 67, 80538 München.
E-Mail: helmerich.antje@t-online.de

Veröffentlichungen u. a.: Nationalismus und Autonomie. Die Krise im Baskenland 1975–1981, Stuttgart 2002; (Hrsg., zus. mit Ellen Bos) Neue Bedrohung Terrorismus. Der 11. September und die Folgen, Münster 2003.

Ulrich Schlie

Dr. phil., geb. 1965; Historiker und Publizist, Lehrbeauftragter im Studiengang Public Policy an der Universität Erfurt, Präsident des Kuratoriums Carl Jacob Burckhardt.

Anschrift: Blankenbergstraße 5, 12161 Berlin.
E-Mail: ulrich.schlie@web.de

Veröffentlichungen u. a.: Die Nation erinnert sich. Die Denkmäler der Deutschen, München 2002; (Hrsg. zus. mit Eckart Conze und Harald Seubert) Wissenschaft und Politik. Festschrift für Michael Stürmer zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 2003; (Hrsg.) Ulrich von Hassell: Römische Tagebücher und Briefe (1932–1938), München 2004; Mit der schweren Last der Wahrheit: Carl Jacob Burckhardt. Eine Biographie (i. E., Berlin 2005).

Thilo Ramm

Dr. jur., geb. 1925; em. o. Professor für Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht; bis 1977 Ordinarius an der Universität Gießen und an der Fernuniversität Hagen.

Anschrift: Brahmsweg 11 A, 64287 Darmstadt.
E-Mail: thilo@proframm.de

Veröffentlichungen u. a.: Familienrecht. Verfassung, Geschichte, Reform, Tübingen 2000; Zum freiheitlichen sozialen Rechtsstaat, Frankfurt/M. 2001; Ferdinand Lassalle, Berlin 2004.

Nächste Ausgabe

Alexander Kraft/Günter Ulrich *Essay*
Vom Elend des Reformierens

Hans Jörg Hennecke
Regieren ohne inneren Kompass. Eine Zwischenbilanz der zweiten Regierung Schröder

Jürgen Dittberner
Die deutschen Parteien: Defizite und Reformideen

Elmar Wiesendahl
Parteien und die Politik der Zumutungen

Joachim Raschke
Rot-grüne Zwischenbilanz

Franz Walter
Zurück in das alte Bürgertum: CDU/CSU und FDP

Konrad H. Jarausch

Zeitgeschichte zwischen Nation und Europa

Eine transnationale Herausforderung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/2004, S. 3–10

■ Ziel der Überlegungen zum europäischen Erinnerungsdefizit ist es, eine Diskussion über das Geschichtsbild eines zusammenwachsenden Europas anzuregen. Voraussetzung für die diskursive Erarbeitung einer „gemeinsamen Erinnerungskultur“ ist ein Perspektivenwechsel der Zeithistoriker von der Ausrichtung auf die Nation zu breiteren europäischen Bezügen hin. Ein weiterer notwendiger Blickwechsel ist die Distanzierung von einem harmonisierenden Europabild zu einem Verständnis des alten Kontinents als Spannungsfeld zwischen befreienden zivilisatorischen Aspirationen und schrecklichen, menschenverachtenden Verbrechen. Der überfällige Abschied von der Nation darf nicht zu einer unkritischen Affirmation des europäischen Projekts als neuer geschichtspolitischer Norm führen. Die Bewahrung des europäischen Erbes der Menschenrechte verlangt vor allem auch von Zeithistorikern die Fähigkeit zur reflexiven Selbstkritik.

Ute Planert

Nation und Nationalismus in der deutschen Geschichte

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/2004, S. 11–18

■ Wie kaum eine andere Macht hat der Nationalismus die deutsche Geschichte der letzten Jahrhunderte geprägt. Bis sich die Nation als oberste Legitimationsinstanz politischen Handelns etablieren konnte, bedurfte es jedoch einer langen historischen Entwicklung, die im Spätmittelalter einsetzte und bis zur „nationalen Sattelzeit“ in den Jahrzehnten vor und nach 1800 reichte. Ein wesentliches Kriterium des modernen Nationalismus war das Wechselspiel von Partizipation und Ausgrenzung. Diese Dialektik wird abschließend am Beispiel der nationalen Frauenbewegung im 19. und frühen 20. Jahrhunderts aufgezeigt.

Antje Helmerich

Ethnonationalismus und das politische Potenzial nationalistischer Bewegungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/2004, S. 19–24

■ Ethnonationalismus ist ein universelles Phänomen. Da jedoch nur selten eine ganze Ethnie oder Nation aktiv aufgebeht, kommt nationalistischen Bewegungen und Parteien große Bedeutung zu. Ihnen obliegt die Politisierung der Identität, die Formulierung von Zielen sowie die Mobilisierung von Mitgliedern und Sympathisanten. Gerade in Zeiten besonderer politischer, ökonomischer oder sozialer Unsicherheit gelingt

es nationalistischen Bewegungen und Parteien, generationenübergreifend erfolgreich zu sein, Gemeinschafts- und Solidaritätsgefühle zu wecken und vermeintlich einfache Lösungen aufzuzeigen.

Ulrich Schlie

„Behausung des Menschen in einer unbehausten Welt“

Nation und Europa in der deutschen Geschichte

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/2004, S. 25–31

■ Der klassische Nationalstaat scheint auf dem Rückzug, Spielräume für nationale Politik werden durch die zunehmende Abgabe von Souveränität an supranationale Einheiten geringer. Vor diesem Hintergrund wird die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Nation und Europa und der Zukunft der Nationalstaaten vor den spezifischen Erfahrungen der deutschen Geschichte erörtert. Ausgangspunkt ist die These von Deutschland als „postklassischem Nationalstaat“ und der unmittelbaren Erfahrung von Nation und Europa durch die deutsche Wiedervereinigung, die nach vier Jahrzehnten der Teilung Nation und Nationalstaat zusammengeführt hat. In der Unterscheidung zwischen Nation und Nationalstaat und in der Einsicht, dass die Geschichte über den Nationalstaat als Organisationsform bereits hinweggegangen ist, liegt die Chance, sich auf die vornationalstaatlichen Wurzeln der Geschichte der Nation zu besinnen und ihr Erbe für die Gestaltung Europas zu erhalten.

Thilo Ramm

Die Deutschen – eine Nation?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/2004, S. 32–38

■ Wird eine Bilanz der deutschen Nationsbildung gezogen, so ist sie negativ, denn es hat stets die Freiheit gefehlt. 1848 scheiterte sie an der Monarchie, 1918 an der Restauration der politischen Herrschaftsstruktur. Den Herrschaftswchsel in der Republik nahmen weder das Volk noch die Elite an. Auch die bedingungslose Kapitulation von 1945 hat den Deutschen nicht die Freiheit gebracht, denn die Siegermächte haben Deutschland geteilt und dem Westen eine politische Struktur vorgegeben, die der Weimarer Demokratie – in die Zeit vor Gründung des Zweiten Reichs zurückversetzt – entsprach. Die Aufhebung der Teilung stellte die äußere politische Einheit her. Doch das föderalistisch-parlamentarisch-bürokratische Herrschaftssystem scheint auch weiterhin den Weg zur Nation zu versperrern, denn es schließt das deutsche Volk von politischen Grundentscheidungen aus. ■